

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 3. Mai 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Wahlrechtsmai!

Der 1. Mai hat nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland einen glänzenden Verlauf genommen. Zahlreicher denn je strömten die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu den Vormittagsversammlungen, massenhafter denn je waren die Nachmittags- und Abendversammlungen besucht. Der 1. Mai hat in Deutschland als proletarische Demonstration so feste Wurzeln geschlagen, daß er nicht mehr auszurotten ist!

Wenn die bürgerliche Presse meint, die Mäifeier habe diesmal nur deshalb so großen Zulauf gehabt, weil sie zur Wahlrechtsdemonstration gestempelt worden sei, so vergessen die klugen Deutschen, daß der Charakter des 1. Mai ja keineswegs so starre Flügel trägt, wie sie sich in Verkennung der sozialistischen Arbeiterbewegung und der Lattik der Arbeiterklasse einbildet. Der 1. Mai ist geschaffen worden als Demonstration für den Achtstundentag und die Völkerverbrüderung. Der 1. Mai sollte eine internationale Kundgebung der Kultur- und Friedensbestrebungen der Arbeiterklasse sein. Wie aber die Kultur selbst unendliche Verästelungen besitzt, so saugt auch das Streben des Proletariats, die Welt der Kultur auch für sich zu erobern, aus tausend Wurzeln seine Nahrung.

Zur Verwirklichung einer energischen Sozialreform, deren vornehmste Forderung wiederum in einer Verkürzung der Arbeitszeit, der Einführung des Achtstundentages für alle Berufe, in dem Schutz der Frauen und dem Verbot der Kinderarbeit besteht, gehört unzweifelhaft auch die politische Freiheit, das politische Selbstbestimmungsrecht. Die Klassenkampfanschauung des Proletariats lehrt ja, daß die Arbeiterklasse sich nur aus eigener Kraft aus den Fesseln des Kapitalismus zu befreien vermag. Nur dadurch, daß die Arbeiterklasse wie auf wirtschaftlichem so auch auf politischem Gebiete die Macht erringt, vermag sie ihre sozialpolitischen Ideale zu verwirklichen. So liegt die Erringung des gleichen Wahlrechts in Preußen durchaus im Ziele des Mägedankens! Und es versteht sich ganz von selbst und fügt sich ganz ungezwungen im Laufe der Zeiten und der wechselnden sozialen und politischen Kämpfe, daß jede Mäifeier ihr besonderes Gepräge erhält. Die eine Mäifeier steht im Zeichen einer Wahl. Zur Zeit einer anderen Mäifeier beherrschen gewaltige wirtschaftliche Kämpfe alle Gemüter. Und wieder bei einer anderen Mäifeier ist es das Ringen des Volkes nach politischer Gleichberechtigung, ist es der preussische Wahlrechtskampf, der den Volkzorn aufschäumen und die Massen bei der Maidemonstration das glühende Gelöbde ablegen läßt, nicht zu ruhen und zu rasten, bis auch die Entrechtung von dem arbeitenden Volke genommen, bis das niederträchtige Dreiklassenwahlrecht zertrümmert und das freie und gleiche Wahlrecht auch für den Proletarier erkämpft ist!

Wer deshalb alltägliche Betrachtungen darüber anstellt, daß die Sozialdemokratie eigentlich wieder einmal ihr Schweineglück bewiesen hat, und daß die Reaktion selbst Schuld daran trägt, daß die Mäifeier zu neuem Leben erwacht, mit neuem Inhalt erfüllt worden sei, der vergißt nur das eine, daß auch dieser Widerstand der Reaktion gegen die Forderungen des Volkes etwas ebenso Natürliches und Unausbleibliches ist wie der Klassenkampf der Arbeiterschaft, ihr Ringen nach Freiheit und Gleichheit selbst. Der Aufstieg des Volkes zu Licht und Freiheit vollzieht sich nun einmal durch den Klassenkampf.

Noch nie hat eine ruhende Klasse daran gedacht, freiwillig auf ihre Privilegien zu verzichten, gutwillig auf Drängen des Gegners abzutreten. So denkt auch die Reaktion in Preußen nicht daran, ihre Vorrechte gutwillig zu opfern. Der Wahlrechtskampf ist die Folge der wirtschaftlichen Gegensätze, die der Kapitalismus nun einmal bedingt, er muß darum ausgekämpft werden. Daß aber die Arbeiterklasse entschlossen ist, diesen Kampf in heller Begeisterung, mit zähstem Opfermut, unter Einsähen des letzten Atemzuges auch künftig bis zum endlichen Siege durchzuführen, das hat gleich den letzten machtvollen Kundgebungen des preussischen Proletariats auch die prächtige Mäifeierdemonstration nicht nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland bewiesen!

Das Verbot der Mäiumzüge.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß das Verbot der Mäiumzüge, das ja sogar zum Widerruf der Umzugserlaubnis in einer Anzahl von Städten führte, nicht der zufällig gleichen Geistesverfassung der örtlichen Polizeibehörden zugeschrieben war, sondern einer Anweisung von oben. Der

Minister des Innern hatte dabei seine Hand im Spiele. Er, der berufen ist, über die korrekte Ausführung des Gesetzes zu wachen, hat diesmal, offenbar dem Drängen reaktionärer Kreise nachgebend, die Anweisung zur gegenwärtigen Auslegung der Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes gegeben! Der an die Regierungspräsidenten Preußens gerichtete und von diesen weitergegebene Erlaß des Ministers hatte folgenden Wortlaut:

Der Minister des Innern. Berlin, den 16. April 1910.
11. c. 1115.

Bei der diesjährigen Mäifeier wird die Sozialdemokratie vermuthlich in erhöhtem Maße Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge auf öffentlichen Straßen zu veranstalten suchen. Diesen Veranstaltungen gegenüber, welche den gleichen demonstrativen Charakter haben wie die aus Anlaß der Wahlrechtsdemonstration in letzterer Zeit hervorgetretenen sozialdemokratischen Straßenkundgebungen, werden die Grundzüge zur Anwendung zu bringen sein, welche für Veranstaltungen der letzten Art gelten. In dem ich auf die entsprechenden Anweisungen Bezug nehme, fasse ich dieselben wie folgt zusammen.

1. Betreffs der Versammlungen unter freiem Himmel haben die Polizeibehörden nach Lage der örtlichen und zeitlichen Verhältnisse selbständig darüber zu beschließen, ob die durch § 7 des Reichsvereinsgesetzes vorgeschriebene polizeiliche Genehmigung zu erteilen oder zu verweigern ist.

2. Zu Aufzügen auf öffentlichen Straßen oder Plätzen ist der Regel nach die Genehmigung zu verweigern. Abgesehen davon, daß Kundgebungen dieser Art die allgemeinen Verkehrsverhältnisse in empfindlicher Weise beeinflussen und besonders geeignet sind, auf weite Kreise der Bevölkerung beunruhigend und erregend zu wirken, erscheint ihnen gegenüber nach den bisherigen tatsächlichen Ergebnissen die Annahme gerechtfertigt, daß das unbotmäßige Verhalten und das aufreizende Auftreten der Teilnehmer die öffentliche Sicherheit im Sinne des § 7 des Reichsvereinsgesetzes gefährden.

Kommen Umzüge trotz versagter Genehmigung zustande, so haben die Polizeibehörden nach bestem Ermessen die Maßnahmen zu bestimmen, mit denen die Aufzüge verhindert, und wenn dies undurchführbar ist, auf bestimmte Straßen abgelenkt oder beschränkt werden sollen.

Eure Hochwohlgeborenen (Durchlaucht, Hochgeborenen) wollen die nachgeordneten Behörden hiernach gefälligst mit Anweisung versehen.

gez. v. Rolffe.

An die Herren Regierungspräsidenten.

Der § 7 des Reichsvereinsgesetzes bestimmt bekanntlich, daß bei Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzügen die polizeiliche Erlaubnis nur dann verweigert werden darf, wenn tatsächlich eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu erwarten ist. Gerade der preussische Minister des Innern mußte nach den letzten Ergebnissen in Treptow und anderen Städten felsenfest davon überzeugt sein, daß eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit nicht vorlag. Da zudem das Oberverwaltungsgericht unlängst entschieden hat, daß ein Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel sowohl als auch von Umzügen, die im § 7 als etwas durchaus Gleichwertiges betrachtet werden, niemals nach einer schablonenhaften Anweisung von oben erfolgen könne, sondern stets nach gewissenhafter Prüfung der örtlichen und zeitlichen Verhältnisse darüber entschieden werden müsse, setzt sich auch aus diesem Grunde der ministerielle Erlaß in schroffstem Gegensatz zu dem offenkundigen Sinn des Reichsvereinsgesetzes!

Der Demonstration des 1. Mai selbst hat diese Schikane ja nichts anzuhängen vermocht; trotzdem aber hat die Arbeiterklasse ein unbedingtes Recht darauf, genau mit demselben Maße gemessen zu werden, wie Angehörige der Bourgeoisie. Es wird denn auch dem Minister des Innern klar gemacht werden, daß seine Anweisung das ohnehin durch die schändliche Wahlrechtsvorlage aufs schwerste verletzte Rechtsempfinden des Volkes nur noch mehr aufzuputtschen geeignet ist!

Die Massendemonstration der Berliner Gewerkschaften.

Die Vormittagsveranstaltungen der Gewerkschaften gingen in ihrem Charakter teilweise weit hinaus über den Rahmen gewöhnlicher Versammlungen und gestalteten sich durch die Massenhaftigkeit des Anmarsches zu Kundgebungen, deren Gewaltigkeit auch den der Arbeiterbewegung fernstehenden hinstreichen mußte. Das war namentlich der Fall bei den Versammlungen der Metallarbeiter und Holzarbeiter.

Gerade lag am Vormittag der schon demonstrationsgewohnte Friedrichshain in seiner jungen Frühlingspracht im Maiensonnenschein. Blätter, Blüten und Knospen erzitterten unter

der sanften Verührung eines leichten Lufthauches. Der wärmende Auf der Sonne erweckte manche Knospe zu einem neuen Leben. Und die Ahnung eines neuen stark zur Entfaltung drängenden Lebens auch in Staat und Gesellschaft bewegte die Brust derer, die hier Zeuge sein konnten, wie ein Teil des willenskräftigen Proletariats zusammenströmte, um sein „Ich will!“ und „Es werde!“ aller Welt kundzutun. Saal und Garten der Brauerei Friedrichshain drüben am Rande des schönen Parks hatten die Berliner

Metallarbeiter

außersehen zur Demonstration gegen wirtschaftliche Gebundenheit und politische Entrechtung. Schon frühzeitig sah man einzelne und kleine Gruppen sich dem Ziele nähern. Von irgendwoher verführte laut eine Uhr, daß es eine halbe Stunde vor zwölf ist, der für die Versammlung festgesetzten Zeit. Gleich danach verändert sich das Bild wie auf einen Zauber Schlag. Es sind die Massen angelangt, die sich branchenweis in vielen, zum Teil recht ferngelegenen Lokalen zusammengefunden hatten. Sie kommen in der Ruhe und Ordnung, die sie eine praktische Straßenstrategie gelehrt hat und in der selbst der polizeilichste Polizeier keine Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit erblicken kann. Da kommen die Klempner, die Schlosser, die Dreher, die Schmiede und wie sie alle sonst nach heißen. Die breite Allee längs der Friedenstraße kommt es heraus vom Landsberger Tor, eine unübersehbare schwarze Linie. Die halbe Seite der Promenade bleibt frei für den „Verkehr“, den in letzter Zeit so oft mißhandelten Begriff. Und aus einer Seitenstraße quillt es hervor, und die Neue Königstraße ist schwarz von heranzustromenden Demonstranten. Und auf der oberen Friedenstraße, da, wo von der einen Seite die alten Bäume des Georgenfriedhofes herüberwinken, erstaut es soviel Leben, regen sich die Franzen der Metallindustrie aus dem Norden und Nordwesten, den Ecken der Riesenbetriebe, die dort ganze Straßengebiete einnehmen. Nichts natürlicher, als daß hier das Hauptheer heranzückt. Auf dem Straßendamm neben den Gleisen der Straßenbahn, denn das Trottoir ist stellenweis nicht breit. Der Platz am Königstor liegt in einer Senkung des etwas hügeligen Terrains. So hat man auf erhöhter Stelle am Gain einen Ueberblick. Außerordentlich stark ist der Eindruck, den das Herankommen der endlosen Reihen macht. Manchmal eine kleine Unterbrechung. Dann wieder neue Scharen: Alle biegen ein in die Straße „Am Friedrichshain“, wo das Ziel winkt.

Der große Saal ist schnell gefüllt und im Ru überfüllt die Masse den weiten Garten, von wo man in den Park hinüberblicken kann und zu dem zwei breite Freitreppen emporführen. Langsam nur geht es hinauf. Die Masse bewahrt ihr Ruhe und Würde. Es bedarf gar nicht der vielen Schutzleute und Polizeioffiziere, die mit einem Male zur Stelle sind, herbeigeeilt aus ihrem nahen „Konzentrationslager“. In richtiger Würdigung der Situation beschränkt sich auch die Polizei darauf, den nicht verriegelnden Menschenstrom bis zum Königstor hinab in Abständen von vielleicht zehn Schritt zu flankieren und den Damm für den Wagen- und Straßendahnverkehr freizuhalten. Und das geht fast stumm vonstatten, fast ohne jedes Wort. Endlich scheint der Ansturm vorüber. Es scheint aber nur so. Immer wieder kommen Gruppen — aus dem fernen Roabit und aus dem nicht minder entfernten Südosten und Süden — gleichsam als Nachzügler heran. Es ist kein Platz mehr im Riesengarten, wohin Cohen, der Leiter der Berliner Metallarbeiter, laut Vereinseuse, Paragraph foundso, die Versammlung „verlegt“ hat. Tausende müssen umkehren. Und wieder Tausende. Sie fluten zurück, wohl an 10 000; andere kommen noch. So herrscht Leben auf der Straße, viel Leben, als im Garten längst die Versammlung begonnen hat.

Im Garten

sind sicher mehr als 20 000 Personen versammelt. Kopf an Kopf steht man bis in die äussersten Hallen. Die breite Treppe vor dem Saalbau und dessen erhöhter Vorplatz verschwinden unter den auch hier dicht gedrängt stehenden Menschen. Und selbst auf dem großen Balkon im ersten Stock und an den geöffneten Fenstern der Saalgalerie ist kein Plätzchen mehr frei. Das Wort nimmt Reichstagsabgeordneter Friß Zubeil, nachdem die Mäiengröße eines Sängerkhore verlungen sind. Er würdigt die Bedeutung des Tages in längerer Rede. Ihm folgt Cohen mit einer Knappen, aber flammenden Ansprache. Dann erlöst wieder Gesang. Ein Wald von Händen strahlt gegen den lichtblauen Himmel, als über die Resolution abgestimmt wird. Ein zehntausendfüßiger Treueschwur! Dann brausen donnernde Hochrufe auf das Recht, das erkämpft werden soll, durch die Luft, weithin vernehmbar auf der Straße und im Park, wo sie ein Echo auslösen. Wer jetzt im Gain steht und seinen Blick zurückschweifen läßt, der wird wieder und wieder gepakt von der Wucht dieser Wahlrechts-Maidemonstration. In breiten Strömen ergießt sich über die beiden Treppen die Menge auf die Straße. Das geht so mehr als eine Viertelstunde lang, obwohl schon vorher Tausende und aber Tausende sich entfernt haben. Nach drei Seiten fliehen die Menschenströme ab. Nach Nord und Süd die Straße und schräg durch den Gain gen Osten. Ruhig geht man dann auseinander.

Mit Trara und Bumbum kam gegen 1/2 Uhr die Jugend, welche die Straße „Am Friedrichshain“ heraufgezogen. Gerade, als die letzten Tausende der Maidemonstranten sich entfernten, unsere Leute lächelten nur ob dieser Kriegsspieler. Die Vertreter

Die Interflans-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonialzelle oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Feier Besten zogen einander vorüber, ohne daß auch nur der Versuch einer Weisung erfolgte. Der beste Beweis gegen die polizeiliche Weisheit, mit der man namentlich in der Provinz haufieren geht, indem man Verbote von öffentlichen Aufzügen mit den Vorgehensweisen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten rechtfertigt.

Anderes wie sonst an Sonn- und Feiertagen sah es am Vormittag des Feiertages im Osten und Südosten Berlins aus. Nicht nach Erholung nur oder nach Feiertagsunterhaltung strebten die festlich gekleideten Männer und Frauen, welche die Straßen bevölkerten. Von einem höheren Gedanken besetzt, eilten sie, teilzunehmen an den Kundgebungen, welche die Gewerkschaften veranstalteten. In Gruppen, bald größer bald kleiner an Zahl, strömten die Maidemonstranten den Versammlungsorten zu.

Besonders stark war der Zug der Massen nach dem Süden. In allen Straßen, die sich am Kottbusser Tor schneiden, kamen sie herbeigeströmt, die Märschierenden. Als Festzeiten die rote Kette im Stropfloch, schritten sie ernst und gemessen dahin. Ein Zug folgte dem anderen. Viele hatten am Kottbusser Tor ihr Ziel erreicht. Sie strömten in das „Konzerthaus Sanssouci“, wo die Buchbinder und Gasarbeiter ihre Versammlung abhielten. Doch der größte Teil ging weiter. Aus allen Seitenstrahlen erhielt die Menschenmenge neuen Zuwachs. Aus allen Richtungen nahen sich größere und kleinere Gruppen. In dichten Scharen zogen die nach vielen tausenden zählenden Massen den Kottbusser Damm entlang, alle von einem Gedanken erfüllt, nach einem Ziele strebend. Der „Neuen Welt“, dem Versammlungsorte.

Holzarbeiter

Strömten die Massen in unabsehbarer Menge zu. — Auch auf der anderen Seite des Kottbusser Damms bewegten sich starke Züge von Märschierenden in entgegengesetzter Richtung. Es waren Arbeiter und Arbeiterinnen, die aus den südlichen Stadtteilen und aus Hixdorf kommend, nach den in der Stadt liegenden Versammlungsorten ihrer Gewerkschaften zogen. Eine Kundendemonstration, durch keinerlei äußere Umstände als solche kenntlich gemacht, aber doch für jeden der sehen kann, deutlich erkennbar, vollzog sich hier in ungeörter Ruhe und Ordnung. Polizei war, außer den vereinzelt Schutzmännern, die zu jeder Zeit an den Punkten des lebhaften Verkehrs stehen und einigen Beamten am Eingange des Versammlungsortes, nicht zu sehen. Wer hätte also die Ruhe und Ordnung stören können.

In der „Neuen Welt“ drängten sich die Massen Kopf an Kopf. Sie füllten den großen Saal, sodas buchstäblich kein Apfel zur Erde fallen konnte, und sie übersüllten, nach Zehntausenden zählend, die riesige Fläche des Gartens. Im Saale sprach Karl Liebknecht, im Garten Heinrich Schulz. Die Verherrlichung des Märschens durch die Redner, die Propagierung der großen Ziele des Sozialismus und die Aufmunterung zur energischen Fortsetzung des Wahlrechtskampfes fanden begeisterte Zustimmung bei den Massen der Demonstranten.

Besonderes Interesse erregten diesmal auch die Versammlungen der Bauarbeiter.

Die Maurer

sind ja gewohnt, den 1. Mai, auf welchen Tag er auch falle, allgemein zu feiern, unbekümmert um die regelmäßig wiederkehrenden Ausperrungsbeschlüsse des Unternehmertums. Auch diesmal, wo dergleichen Schikanen nicht zu erwarten sind, haben sie wiederum einmütig in einer erhebenden Kundgebung ihrer Begeisterung für die Ideale des Proletariats Ausdruck gegeben und Protest erhoben gegen die wirtschaftliche und politische Smedschaft, die auf dem Wolfe lastet. Sie versammelten sich im großen Saale und Garten der Hofbrauerei am Tempelhofer Berg. Am halb 12 Uhr war der Saal noch leer, während der Nebensaal, wo die Arbeiter und Arbeiterinnen der graphischen Gewerbe ihre Maiderversammlung hatten, schon überfüllt war. Die Maurer kamen nach. Sie hatten sich erst in ihren Bezirkslokalen, ihre Kollegen Fliesenleger in Habels Brauereiausgang versammelt, um dann zu rechter Zeit gemeinsam nach der Hofbrauerei zu marschieren. Nun kamen sie herbei in großen Zügen aus allen Stadtteilen, viele in Begleitung ihrer Frauen. Man versammelte sich erst im Garten. Bald war aber auch der große Saal gefüllt. Heiterlich klangen die Märschlieder des Gesangsvereins der Maurer. Dann lautete man der Rede des Genossen Paul Girsch, der dem Empfinden und Wollen, das die Bauarbeiterenschaft und das gesamte Proletariat besetzt, treffenden Ausdruck gab. Die Ausperrungssucht des Unternehmertums, die Schmach und Schande der sogenannten Wahlrechtsreform, all die gerade jetzt so stark hervortretenden Smedungselüste der herrschenden Klassen liehen den Aufruf des Redners zum Kampf für die Ideale des 1. Mai um so kräftiger widerhallen in den Herzen der Versammelten. „Wir schützen das heilige Feuer“, erschallte es aus der Sängerschar, und das Feuer der Begeisterung für die Befreiung des Volkes löste in den Proletariatschergen.

Der Vortragende dankte erinnerte an das Wort Heuers vom „auf Granit heißen“. — „Wir geloben“, sagte der Redner, „daß die Unternehmer bei uns auf Granit heißen, sich an uns die Zähne ausbeihen sollen!“ — Durch brausende Hochrufe auf die Bauarbeiterbewegung, auf die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung, wie auf den Wahlrechtskampf stimmten die Versammelten ein in das Gelächter.

Die Zimmerer

hatten schon lange vor der festgesetzten Zeit den großen Saal der Hofbrauerei Königsplatz, Schönhauser Allee, besetzt und immer neue Scharen strömten herbei, so daß Kopf an Kopf sich reihete, als Genosse David seinen Vortrag begann. Mit schlagender Logik zeichnete Genosse David ein treffendes Bild von den Widersprüchen unserer heutigen Gesellschaftsordnung, wo der eine darbt und der andere im Ueberflusse schlamm. Wo der eine entbehren muß, während die Produkte sich massenhaft aufhäufen, wo Tausende hungern und doch die Mengen für Lebensmittel gespart und Felle aufgerichtet werden, um nicht Bedarfsartikel ins Land zu lassen.

Aus dem Herzen der Zuhörer war es gesprochen, als der Redner die frivole und brutale Ausperrung im Baugewerbe berührte, die den Arbeiter um seine Menschenrechte bringen will, die dem Arbeiter in der Zeit der enorm gestiegenen Lebensmittelpreise, wo man den Beamten Teuerungszulagen gewährt, jede Lohnaufbesserung abzuschneiden sucht. Jündende Worte trafen die Frauen, denen der Redner die hohen Aufgaben der Frau als Kämpferin und Mutter vor Augen führte. Auf das Verhältnis von Kopfarbeit und Handarbeit eingehend, meinte der Redner, wenn diese beiden Pole im Leben sich verbinden, werden sie sämtliche Kulturhindernisse spielend überwinden. Witter farlastisch schilderte Redner die preußischen Verhältnisse und kühnliche Weiterkeit löste die Wendung aus, auf der Brüsseler Weltausstellung das preußische Herrenhaus mit seinen Anzügen auszustellen, die goldene Medaille wäre uns sicher. Mit der einbringlichen Aufforderung an die Anwesenden, mit allen Fasern des Herzens für den internationalen Sozialismus und seine Ziele zu wirken und mit einem frohen Ausblick auf die Zukunft schloß der Redner. (Stürmischer Beifall.) Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Mit einem begeisterten Hoch endete die imposante Versammlung.

Die Bauhilfsarbeiter hatten ihr Versammlungsort, Kramers Festsaal in der Bodstraße, vor 12 Uhr mittags schon so gefüllt, daß viele wieder umkehren, nachdem sie sich ihre Anwesenheit durch den üblichen Vermerk im Verbandsbuch hatten bestätigen lassen. Robert Schmidts Rede fand aufmerksame Zuhörer und reichen Beifall. Er hob hervor, daß die Arbeiterkraft, die ihren Teil an dem reichen Kulturleben unserer Zeit immer stürmischer verlangt, die beste Gewähr bietet für die Erhaltung und Vermehrung der Kulturgüter, für den Völkerrfrieden, für Geistesfreiheit und Gerechtigkeit und allgemeinen Fortschritt der Menschheit. Der Redner begrüßte den demokratischen Zug, der gegenwärtig durch alle Lände geht und der auch in Preußen den Kampf gegen das Junkertum immer heftiger auflockern läßt, der ein freies Wahlrecht fordert und die Arbeiterkraft mit Mut und Kraft erfüllt. Eine scharfe Kritik übte der Redner an den preußischen Zuständen und er forderte unter der Zustimmung der Versammelten dazu auf, energisch für des Volkes Rechte einzutreten. — Die Resolution, die der Vorsitzende zur Verlesung brachte, wurde einstimmig angenommen. Die Polizei überwachte die Versammlung von den umliegenden Straßenenden aus, wo überall ein Schutzmännchen stand und den Eingang zum Lokal scharf ins Auge faßte, ganz überflüchtigweise, denn die zahlreichen Teilnehmer gerieten sich nach Schluß der Versammlung so ruhig wie sie gekommen waren.

Die Pauer tagten bei Freyer, Koppenstraße. Saal und Galerien waren von 2000 Personen besetzt. Der Gesangsverein der Pauer leitete die Feier durch Gesang ein. Dann nahm die Versammlung das Referat des Genossen Ad. Ritter entgegen. In seinem Schlusswort rechnete Redner mit dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe ab und appellierte an die Versammlung, die Beschlüsse der Organisation zu halten. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und einem Schlussgesang des Gesangsvereins wurde die Feier würdig geschlossen.

Die Sektion der Gips- und Zementbranche des Bauereverbands hielt ihre Maiderversammlung im großen Saale der Brauerei Hoppoldt ab. Der Saal war vollständig gefüllt. Dr. Silberstein hob besonders die Angriffe der Reaktion und des Unternehmertums gegen die Arbeiterklasse hervor, die sich besonders in der preußischen Wahlreform, der sogenannten Krankenversicherungsreform und der Ausperrung der Bauarbeiter dokumentieren.

Die Bäcker- und Konditoreierversammlung war gut besucht. Saal und Galerien waren dicht besetzt. Als Versammlungsort dienten die „Sophien-Säle“. Genosse Dittmer referierte. Der Vortrag der Tellerfassung wurde den ausgesperrten Bauhandwerkern überwiesen. Der Gesangsverein „Morgengrauen“ sang zu Anfang und Schluß der Versammlung mit Begeisterung aufgenommene Arbeiterlieder.

Die Bildhauer hielten dieses Jahr ihre Maiderversammlung im Treppenturm „Lustigloh“ im Freien ab. Das Referat des Genossen Link fand in der gut besetzten Versammlung lebhaften Beifall.

Bootbau. Die Versammlung der Bootbauerei war von etwa 100 Personen, darunter eine Anzahl Frauen, besucht. Das Referat hielt Genosse Girsch, dessen Ausführungen ungeteilten Beifall fanden.

Im überfüllten Saal des „Elysium“, Landsberger Allee 40/41, sprach Genosse Haas vor den Brauereiarbeitern. Ebenso einstimmige Annahme wie die Paarerolution fand folgender Antrag: Die heute, am 1. Mai 1910, zahlreich versammelten Brauereiarbeiter Berlins und Umgegend sprechen den ausgesperrten Bauarbeitern ihre warmste Sympathie aus. Die Versammelten verpflichten sich, sich an der vom 7. Gewerkschaftslongreß beschlossenen allgemeinen Sammlung für die ausgesperrten Bauarbeiter nach besten Kräften zu beteiligen. Die Versammlung beschließt weiter, am Schluß der heutigen Versammlung eine Tellerfassung zugunsten der kämpfenden Bauarbeiter vorzunehmen.

Die Maiderversammlung der Dachbeder im „Englischen Garten“ war von über 350 Personen, darunter vielen Frauen, besucht. In dem vorzüglichen Referat des Genossen Waldt wurde hauptsächlich auf die gegenwärtige politische Situation und auf die Kämpfe im Baugewerbe Bezug genommen.

Zu einer imposanten Kundgebung gestalteten sich auch die zwei Versammlungen der Buchbinder im Lokal „Sanssouci“, Kottbusser Straße 6, in welchen Klotz und Rüchner referierten. Die Resolution wurde von über 4000 Personen einstimmig angenommen.

Die Maiderversammlung der Bureauarbeiter war überfüllt. Das Referat hielt Siebel. Anwesend waren 600 Personen. Der Vortrag der Tellerfassung wurde den ausgesperrten Bauarbeitern überwiesen.

In der Versammlung der Fabrikarbeiter bei Dreier, Große Frankfurter Straße 117, waren laut Kontrolle 750 Teilnehmer.

Die vom Gemeindeförderverband in den „Ruffierfälen“ einberufene Versammlung war von circa 1000 Personen besucht. Das vom Stadtvorordneten Paul Dupont übernommene Referat wurde mit spontanem Beifall aufgenommen. In der Feier wirkte durch Gesangsvorträge der Männerchor „Norden“ mit.

Die Versammlung der Glaser, Glasarbeiter und Arbeiterinnen bei Liffin in der Kramler Straße war von circa 500—600 Personen besucht. Der Gesangsverein der Glasarbeiter leitete die Versammlung durch den „Festgesang“ von Uffmann ein. Stöckel hielt das Referat.

Die Versammlung der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe Angestellten, welche im „Deutschen Hof“, Rudower Straße Nr. 15, stattfand, war von weit über 2000 Personen besucht. Sämtliche Tische waren entfernt worden, doch konnte der Saal die Besucher nicht alle fassen. Hunderte mußten wieder umkehren, da das Lokal ¼ Stunde vor Eröffnung schon überfüllt war. Der Vortrag von Adolf Hoffmann wurde mit Begeisterung aufgenommen.

Der Treffpunkt des Zentralverbandes der Gutmacher war Große Hamburger Straße 18—19. Von dort ging es im Zuge nach der Schwebler Straße zu Obiglos Festsaal. Der Gutmacher-Gesangsverein „Einigkeit“ eröffnete mit dem Liede „Frühlingsstürme“ die Versammlung und dann hielt Stadtvorordener Koblenzer die Festrede. Mit einem Hoch auf die völkerebeizende Sozialdemokratie wurde die von 500 Personen besuchte Versammlung geschlossen.

In Voelkers Festsaal in der Webersstraße fand eine von circa 200 Personen besuchte Versammlung des Verbandes der Schlosser und Strickholzfleger statt. In zündenden Worten erliebigte sich der Referent Genosse Wäde seiner Aufgabe. Versöhnert wurde die Feier durch die Mitwirkung des Gesangsvereins der Maurer, Schönhauser Vorstadt.

Die Versammlung der Kupferschmiede war von circa 400 Personen, darunter viele Frauen, besucht. Referent war der 2. Verbandsvorsitzende M. Hecht. Einige durch den Gesangsverein der Kupferschmiede gut vorgetragene Freiheitslieder versöhnerten die Feier.

Die Leberarbeiter hielten ihre Maiderversammlung bei Schmidt, Bringen-Allee, ab. Gegen 600 Personen waren anwesend, der Saal war dichtgefüllt. Das Referat des Genossen Barthel wurde mit brausenem Beifall aufgenommen. Wichtiger Männergesang leitete den Vortrag ein. Mit zwei weiteren Liedern des Männergesangsvereins „Harmonie“ und einem begeisterten Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Die Maiderversammlung der Maler, Radierer usw. tagte in den Festsaal von Dräfel in der Neuen Friedrichstraße. Die Räume reichten bei weitem nicht aus, die Demonstranten zu fassen und wurde polizeilicherseits abgesperrt. Die trefflichen und padenden Ausführungen des Genossen Bauer fanden begeisterten Beifall. Die Maidemonstration erhielt noch eine besondere würdige Note dadurch, daß der Gesangsverein der Radierer zu Anfang und am Schluß Kampflieder sang. Mit einem enthusiastischen Hoch auf die völkerebeizende internationale Sozialdemokratie gingen die Versammelten auseinander.

Bei den Porzellanarbeitern im Gewerkschaftshaus (Saal 1)

waren 350 Personen anwesend. Die Versammlung wurde durch Gesang eingeleitet.

In außerordentlich überfüllter Versammlung demonstrierten die Sattler und Portefeuliker für den Maidedanken. Der große Saal der „Arminhallen“ vermachte selbst unter Zuhilfenahme der Galerie und der Bühne die Zahl der Besucher nicht zu fassen, so daß viele Berufsbegünstigten keinen Zutritt finden konnten. Die begeisterten Ausführungen des Genossen M. Brunwald fanden in den Reihen der Zuhörer lebhaften Widerhall.

Die Märscherversammlung der Schmiede tagte bei Wille in der Brunnenstraße und war von ungefähr 600 Personen besucht. Die Feier wurde durch stimmungsvolle Gesangsvorträge des Gesangsvereins „Flamme“ eingeleitet. Vassner referierte.

Die Arbeiter der Berliner Schuhindustrie waren vollständig im Schmeizergarten versammelt. Genosse Bernstein, beim Erscheinen stürmisch begrüßt, hielt das Referat.

Die Steinarbeiter hatten sich in einer Zahl von circa 500 in den Arminhallen versammelt. Nachdem der Gesangsverein „Schönhauser Vorstadt“ einige Lieder gesungen, sprach Genosse Boesch über die Bedeutung des Tages, wobei er es nicht unterließ, das volksfeindliche Verhalten der Junker aufs schärfste zu geißeln.

Die Maiderversammlung der Steinfeiler, Steinbauer und Kammer war von 700 Personen besucht. Das mit großem Beifall aufgenommene Referat hielt Genosse Dr. Wehl. Die Versammlung wurde eröffnet und geschlossen durch Gesangsvorträge des Steinfeiler-Gesangsvereins.

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses waren die Mitglieder des Zentralverbandes der Typsetzer Deutschlands in übergroßer Zahl mit ihren Frauen versammelt. Referent war der Genosse Wühl. Die von der Gewerkschaftskommission und Partei vorgelegene Resolution fand einstimmige Annahme.

Vor 750—800 Tapezierern referierte Hyewig über die Bedeutung des 1. Mai. Ein Antrag auf Tellerfassung für die ausgesperrten Bauarbeiter wurde einstimmig angenommen. Durch Freiheitslieder des Gesangsvereins der Tapezierer wurde die Versammlung eingeleitet und geschlossen.

Die Versammlung der Textilarbeiter in den „Patria-Festsaal“, Große Frankfurter Str. 28, war von 600 Personen, darunter vielen weiblichen, besucht. Referent war Wilhelm Köffel. Der Saal war festlich geschmückt. Die Feier wurde vom Textilarbeiter-Gesangsverein „Deutsche Wache“ mit dem Liede „Die Erde ist zum Licht erstanden“ eröffnet. Das vorzügliche Referat erweckte begeisterten Beifall. Mit dem Gesang der Internationale wurde die Feier geschlossen.

Die Veranstaltungen der Partei.

Den Tempelhofer Berg hinan zogen dichte Scharen von Proletariern mit Frauen und Kindern. Märschierende waren es, die nach der Hofbrauerei strömten. In kurzer Zeit war der Garten dicht besetzt, auch der große Saal füllte sich und immer drängten noch neue Massen durch die Eingänge des Gartens. Vergebens suchten die Spätergekommenen nach Sitzplätzen. Erst als die einsetzende Abendkühle viele Familien mit kleinen Kindern zum Aufbruch veranlaßte, reichte der Raum des großen Gartens einigermaßen für die Zurückbleibenden aus. — Doch die mancherlei Unbequemlichkeiten, welche der Massenandrang in den Radmittagsstunden mit sich brachte, beeinträchtigte die Festimmung in keiner Weise. Alt und Jung erfreute sich an den Musikvorträgen des Berliner Sinfonieorchesters und den von Mitgliedern des Arbeiterfängerbundes vorgetragenen Kampfliedern. Auch die exakten Aufführungen einer Frauenabteilung des Arbeiterturnerbundes fanden lebhaften Beifall. — Die Festrede hielt Genosse Richard Richter. Er sprach im Garten zu einer nach Tausenden zählenden Menge, die sich unter dem weiten Zeltdach vor der Bühne zusammenhängte. Wie der Gedanke der Märschier entwand, wie er im Laufe der Jahre immer mehr Boden faßte in den Massen des Proletariats, wie gleichzeitig auch die Ideen des Sozialismus immer weitere Verbreitung fanden und die Massenbewußte Arbeiterchaft zu einer gewaltigen Macht anwuchs, das zeigte der Redner in einem großzügigen Bilde, welches vervollständigt wurde durch die Aufmunterung zur allseitigen energischen Betätigung an dem großen Kampfe zur Verwirklichung unserer Ideale.

Alleinst Festfälle in der Hofenheide vermochten den Andrang der Besucher kaum zu fassen. In allen Räumen herrschte drückende Hitze, besonders dann, als am Abend, wo der Aufenthalt im Garten nicht gerade angenehm war, die Fortsetzung des Festprogramms im großen Saale vor sich ging, während ein Nebensaal den Tanzlustigen zur Verfügung stand. — Nach dem stimmungsvollen Vortrage eines Festgesanges durch Mitglieder des Arbeiterfängerbundes wurde Genosse Eduard Bernstein in seiner Festrede der Bedeutung des Tages gerecht. Nach einem Hinweis auf die hohen Ideale unserer Partei gedachte er auch der gegenwärtigen Kämpfe um das Wahlrecht in Preußen und forderte zur energischen Fortsetzung unseres Wahlrechtskampfes auf. Der Festrede folgte ein Gesangsvortrag und dann nahmen die musikalischen Darbietungen des Programms ihren Fortgang. Besonders Aufmerksamkeit erregten die Aufführungen der Turner, die bereites Zeugnis ablegten von der Leistungsfähigkeit des Arbeiterturnerbundes. In froher Stimmung blieben die Festteilnehmer bis zum späten Abend beisammen.

Raum hatten die Holzarbeiter die Räume der „Neuen Welt“ verlassen, da strömten auch schon die Massen herbei, welche an der Veranstaltung der Partei teilnehmen wollten. In kurzer Zeit war das riesige Festlokal in allen seinen Teilen wieder von einer nach zehntausenden zählenden Menge gefüllt, die sich an den dargebotenen Musik- und Gesangsaufführungen erfreuten. — Obgleich die Frühlingssonne über dem Garten lachte, bot er doch keinen sehr freundlichen Eindruck. Ja, an verschiedenen Stellen sah er etwas wüst aus. Einige Bauarbeiten für die Lustbarcheiten der Sommerzeit sind noch unvollendet. Besonders störend wirkte es, daß vor der Hauptbühne im Garten ein großes Leitergerüst emporragte, welches die ganze Bühneneröffnung wie mit einem dichten Gittermeer überzieht. Und hinter diesem Gitter produzierten sich Akkordisten und Gymnastiker. Auch unsere Arbeiterturner traten hinter dem Gitter auf. Ihre mit bewundernswürdiger Präzision ausgeführten Leistungen kamen infolge dieses Hindernisses nicht voll zur Geltung, sondern aber doch den wohlverdienten Beifall. Das hindernde Leitergerüst konnte nicht vor dem Fest entfernt werden, weil die Gerüstbaufirma Altmann, deren Arbeiter zurzeit streikten, es nur durch Streikbrecher hätte entfernen lassen können. Das wollten die organisierten Arbeiter natürlich nicht zugeben und deshalb nahmen denn auch die Teilnehmer der Märschier diese Beeinträchtigung ihres Genusses als ein unvermeidliches Übel in Kauf. Auf einer anderen, durch kein Gerüst verdeckten Nebenbühne trugen Arbeiterfänger ihre kampfbereiten Weisen vor, welche die Hörer zu begeisterten Beifallskundgebungen mitforttrieben.

Im großen Saale hielt Genosse Wolfgang Heine eine kurze, die Bedeutung des Tages würdige Festrede, die lebhaften Beifall fand.

Obgleich beim Eintritt der Dunkelheit der Garten sich zum Teil entvölkerte, blieben immer noch gewaltige Menschenmassen sowohl im Freien wie in den Sälen bis zum späten Abend in ungetrübter Feststimmung beisammen.

Die Feier im Gewerkschaftshause war verhältnismäßig ebenso stark besucht, wie die Veranstaltungen in den anderen Festlokalen. Die Säle waren gefüllt. Im großen Saale konzertierte eine Musikkapelle, der Männerchor „Fichte-Georgina“ entfaltete durch stimmungsvolle, gut vorgetragene Lieder den Beifall der Zuhörer und die Vorkämpfungen von Mitgliedern des Arbeiterfängerbundes erregten allseitiges Interesse. — Die Feier fand ihren Abschluß in einer würdevollen, mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Festrede des Genossen Wolfgang Heine.

Ein Teil der Genossen vom 1. Wahlkreis hielt das Maifest weit draußen in Lichtenberg ab. Sie hatten das allergrößte und schönste Gartenlokal der Gegend gewählt, die „Seeterrasse“, und sie taten gut daran. Ein kleineres hätte nicht ausgereicht. Schon früh am Nachmittag waren sie gekommen, die Scharen der Festteilnehmer und immer strömten neue Massen herbei. Man hatte über 10 000 Programme zur Verfügung, aber die waren bald alle ausgegeben. Es waren gewiß an 30 000 Menschen, Männer, Frauen, Kinder, die am Feste teilnahmen. Für Unterhaltung und erhebende Gemüts war reichlich gesorgt. Der Arbeiterfängerbund ließ seine von Beoifizierung getragenen Lieder erschallen, Akteure zeigten ihre außerordentlichen Kräfte, auch andere Artisten sorgten für Unterhaltung. Die ersten Gedanken der Feste, der Kampfesmut des Proletariats lebten und wirkten auf die Massen in der zündenden Wärme des Genossen Bühler.

Nicht minder zahlreich besuchte die Maifeier im „Viktoriagarten“ zu Treptow. Hier war zeitweilig kaum durchzukommen. So groß waren die Massen der Festteilnehmer. Genosse Henschold sprach im Garten klar und kräftig mit weitinhaltender Stimme über die Bedeutung des Tages, über die Kämpfe der Gegenwart, über den Kampf und den Sieg, den die Zukunft bringen wird. Stürmischer Beifall lohnte den Redner. Auch hier war alles getan, um das Fest schön und unterhaltend zu gestalten.

Die Lokale in der Stadt füllten sich, wie das bei dem sonnig schönen Wetter nicht anders zu erwarten war, hauptsächlich erst gegen Abend, wenn sich auch sowohl in „Sandsouci“ wie bei Freyer schon am Nachmittag Hunderte von Festgästen eingefunden hatten. Am Abend waren sie gedrängt voll.

Im großen Konzerthaus „Sandsouci“ in der Kottbuser Straße fanden Tausende von Proletariaten und Proletarierinnen Festesfreude und sie wurden angeregt, weiter zu kämpfen für die Ideale des 1. Mai. Die Feste der Genossin Ottilie Baader, durchdrungen von Entrüstung über die schmachvollen Zustände der Gegenwart, getragen von Begeisterung für den Befreiungskampf des Proletariats, war von anfeuernder Wirkung. Die gemäße Satire in den Vorträgen der Gesellschaft Lewandowski fand allgemeines Verständnis.

Nicht minder erhebend war die Maifeier in Freyers Festsälen, für die nicht minder zahlreiche Teilnehmerzahl. Hier hielt Genosse Bauer die Feste, schilderte in klaren, trefflichen Worten, was heute die preussische, die deutsche Arbeiterkraft bewegt, was mit ihr das internationale Proletariat fühlt und denkt, um was es ringt und kämpft, und wie ein jeder, ob Mann oder Frau, mitringen und mitkämpfen muß, bis das Ziel erreicht ist. Seine Worte fielen sicherlich auf guten Boden. Kampfesfreude klang aus den Liedern der Arbeiterfänger, Turnerkämpfe, Musik, Liebesvorträge und schließlich der Tanz schloß auch hier nicht.

Nach dem „Berliner Prater“ ergoß sich vom frühen Nachmittag an ein Menschenstrom, der gegen Abend immer mehr anschwellte. Um 8 Uhr war es erdrückend voll in dem großen Garten wie im Saal. Viele suchten Unterkunft in dem gegenüber liegenden großen Lokal „Friedrichs-Hain“, aber hier bot sich dasselbe Bild. Unsere Genossen selbst sperrten die Lokale. Die Festkomitees hatten die größte Mühe, allen Anforderungen gerecht zu werden. Ein vielseitiges Programm wurde den Besuchern geboten, Sänger, Turner und Künstler ernteten reichen Beifall. Im „Prater“ hielt Hans Weber die Feste im Garten, in Friedrichs Lokal sprach Dr. Conrad. Mit Begeisterung wurden die Hodozie auf unsere Partei von den Massen aufgenommen. Die Freiheitslieder der Arbeiterfänger fanden in den Herzen der Hörer lebhaften Widerhall und eine Feststimmung beherrschte die Massen, die den großen Gedanken, der dieser Maifeier für uns ein besonderes Gepräge aufdrückt, in all dem Jubel und Trubel nicht untergehen ließ.

Auch der Friedrichs-Hain schien das Ziel einer kleinen Küsterwanderung zu sein. Die Massen strömten ununterbrochen herbei und gar bald waren unsere beiden Festlokale, Lippys Brauerei und der „Schweizergarten“, überfüllt. Im Saal von Lippys Brauerei war die Hitze geradezu bedrückend und doch war der große Garten ebenfalls dicht besetzt. Die kühle Bitterung schien niemand zu spüren, jeder war froh, daß er einen Platz beschaffen konnte. Bei Lippys würdigte Griebel als Festredner die Bedeutung dieses Tages, und im „Schweizergarten“ sprach Robert Schmidt zu der versammelten Menge im Freien. Was das Programm bot, wurde dankbar aufgenommen. Reich belohnt durch Beifall wurden die Sänger, wenn sie in ihren Liedern wiedergaben, was die Menge unserer Parteigenossen und Genossinnen an diesem Tage bewegte, wenn sie den Hoffnungen des Volkes Ausdruck gaben und von Frühlingsstürmen sangen:

Drause, Wind, bis die Mauer fällt,
Die die Herzen gefangen hält,
Reich die Ketten mit Hosenkraft,
Reiß' mich aus Not und Gefangenschaft,
Drause, Wind, Frühlingswind, drause.

Stürme und brause mir durch die Brust,
Pflüß sie jauchzend mit Augenlust,
Schleud're mich in die Welt hinein,
Wo Frühlingslicht und der Sonnenschein
Und die Freiheit, die goldene Freiheit.

Auf dem Gesundbrunnen, „oben“ in der Badstraße, hatten unsere Genossen vier Lokale zur Feier ausbetreten. Sie liegen nicht weit voneinander. So machte sich hier schon in den frühen Nachmittagsstunden ein gewaltiges Leben bemerkbar. Alle Lokale füllten sich bis zum letzten Platz. Als dann die Abendfülle sich bemerkbar machte, wanderte allerdings manche Familie heimwärts wegen der Kleinen, die auch ihre Maifeier haben wollten, nun aber doch geschützt werden mußten. Lustig flackerte das Lichtlein in ihren Stodlaternen. So hatte die kleine Welt — die „Kommenden“ im Proletariat — gleichsam auch ihre Straßen-demonstration. — Neuer Zugzug ließ aber in den Festlokale keine Ruhe aufkommen. Ganz besonders lebhaft ging es bei Wall-schmieder zu, wohl dem größten der vier Lokale. An 10 000 Personen mögen im Laufe des Nachmittags die Kontrolle passiert haben. Konzert und den Waldgängen folgende Lieder der geschulten Arbeiterfänger erfreuten die Festteilnehmer. Dazu kam die politische Satire des Berliner Mikros und lebende Bilder der Turner, von denen einige verheißungsvolle Bekanntheit mit Gruppen der Sieges-allee hatten. Im großen Saal sprach abends Genosse Wermuth vor einer dicht gedrängten Zuhörerschaft unter großem Beifall. — Im Marienbad war das Programm ein ähnliches. Auch hier gab das Mikrio eine Gastrolle. Es fehlte nichts, was zu einer rechten Maifeier gehörte. Den Festvortrag hielt Genosse Sillier, worüber ihm die Versammelten lebhaft Anerkennung schenken. — In „Volgts Theater“ gab es außer den übrigen Darbietungen einige heitere Theaterstücke. Den Höhepunkt erreichte die Feste, als Genosse Heinrich Ströbel, einer aus der kleinen kampfesfrohen Schar im Landtag, seinen Vortrag im Saal hielt, wo durchsichtlich kein Apfel mehr hätte zur Erde fallen können. Die mit Rede vorgetragene Rede machte starken Eindruck und löste große Begeisterung aus. — In „Franz's Festsälen“ wurden im Laufe des Nachmittags mit Ad- und Zugang an 5000 Teilnehmer gefüllt. Theateraufführungen wechselten ab mit den Freiheitsliedern der Mitglieder des Arbeiterfängerbundes und mit musikalischen Darbietungen. Auch trugen Angehörige des Arbeiterathletenbundes, wie übrigens auch in den anderen Lokalen, zur Unterhaltung bei. Im Saal würdigte vor 1500 Hörern Genosse Waldi in kurzer, aber eindringlicher Rede unter großem Beifall die Bedeutung des Tages.

In der Bahnhöfer Brauerei, Turmstraße 25-28, hatten sich die Roabiter Maifestgäste versammelt. Gut 5000 Menschen, in jeder Altersstufe, füllten Garten und Säle. Wie in einem Amelshausen wimmelte und trübte es im Garten durchschießend, über den die heitere Maitraube strahlte. Bis in die Abendstunden hinein strömten die Gäste herbei. Für Unterhaltung, ernste und heitere, war in ausreißender Weise gesorgt. Unter anderem wirkten mit: das Gesangsrio „Die Triole“, ein

Teil des Turnvereins „Fichte“ und der Arbeiterfängerverein „Sorgenfrei“. Den Höhepunkt erreichte die Veranstaltung mit der Feste der Genossen Dr. Wehl. Vor einem dichtgedrängten Publikum behandelte er die alle Gemüter bewegenden Tagesfragen.

Nicht minder gut besucht war die Feier in der Vordrauer (Abteilung II), Chausseestraße, wo das glücklich zusammen-gestellte Programm durch die Beteiligung von Mitgliedern der „Freien Turnerschaft“ und des „Kraftturnvereins Süd-Ost 1804“, sowie der Arbeiterfängervereine „Woblinger Harmonie“ und „Humanität“ und auch des Mundharmonikabereins „Vormärts“ wirksam ergänzt wurde. Die Kaffeeküche war belagert wie eine richtige Grenzfestung, und wer sich eine Kanne voll duftenden Tranke erobert hatte, kämpfte sich vergnügt nach seinem Platte durch, allwo schon die Umrunde sehnsüchtig mit den Tassen klopfte und die Kleinsten verstoßen die Kundenstühle besetzten. Die jungen Mädchen aber, in ihrer Jugend Reuezeit, wiegen sich schon im Vorgefühl der lockenden Klänge, die von vier Uhr ab im Saale erklingen würden. Die Feste hielt Genosse Buchti vor einer vieltausendköpfigen Zuhörerschaft, die seinen kernigen Ausführungen begeistert zustimmte.

Beängstigt feststellte sehen und standen die Gäste bei Wille, Brunnenstraße 188, deren Zahl auf 3000 geschätzt wurde. Hier traten im Festeil der Gesangsvereine „Morgengrauen“ (Mitglied des Arbeiterfängerbundes), der „Kraftturnverein Nord-Ost“ (Mitglied des Arbeiterathletenbundes), die Humoristische Gesellschaft „Apolo-Trio“ und Mitglieder des Verbandes der Zivilberufsmusiker auf und alle lösten beim Publikum freudigen Applaus aus. Die schäumende Rede des Genossen Stühmer krönte die Feier und eine Fackelpalast bot ein farbenreiches Bild und gab den Kindern die erwünschte Gelegenheit, ihre Stodlaternen leuchten zu lassen.

Eine Stadt für sich stellten die Pharusäle dar, indem das Lokal tatsächlich eine Menschenmenge aufzuweisen hatte, wie sie größer manche mittlere Provinzstadt nicht umfaßt. Von den Kontrollen wurde die Zahl auf 25-30 000 geschätzt und wer einen Blick in diese in wirklich „drangvoller Enge“ befindliche Gästeschar warf, die sich auf drei Säle und den Garten verteilte, mußte zugeben, daß die Schätzung nicht übertrieben war. Auch hier wirkten Mitglieder des Arbeiterfängerbundes, des Arbeiterturner-bundes und des Arbeiterathletenbundes mit. Leicht hatte es Genosse W. Grünwald nicht, als er vor dieser Menschenmenge seine Feste hielt. Von der breiten Freitreppe herab entledigte er sich seiner Aufgabe, so daß man vom Saale und vom Garten aus seinen Worten folgen konnte.

Im Roabiter Gesellschaftshaus in der Wicelstraße und im Stablissemment der Kronenbrauerei in Alt-Roabit hatten die Parteigenossen ihre Maifeier veranstaltet. In beiden Lokalen hatte es die Theatergesellschaft „Hans Reich“ übernommen, für Unterhaltung zu sorgen, während der „Rännechor Roabit“ durch seine Darbietungen auf die erste Bedeutung der Feier hinwies. Aufführungen der Arbeiterturnerschaft ergänzten das Festprogramm. In der Kronenbrauerei sprach Genosse Pochisch. Schwer wurde es ihm, den weiten geräumigen Saal, in dem die Menschen Kopf an Kopf gedrängt standen, mit seiner Stimme zu durchdringen. Fast lautlose Stille kam ihm zu Hilfe. Aufmerksam lauschte man den Worten des Redners, der die Bedeutung des Tages schilderte. Drohnender Beifall der Massen begleitete den Schluß der Rede. Ein dreifaches Hoch auf die internationale, völkervereinende, siegreiche Sozialdemokratie folgte.

Im Gesellschaftshaus wies Genosse Heinrich Schulz auf die Bedeutung der Feier hin.

In den Vororten

nahmen sowohl die Vormittagsveranstaltungen wie auch die Nachmittagsveranstaltungen einen imposanten Verlauf. Das trifft nicht nur auf die großen Orte der beiden Randkreise, sondern auch auf die kleineren, eisernerer zu. In Orten, in denen noch vor wenigen Jahren die Sozialdemokratie nicht Fuß fassen konnte, hat sie diesmal — nicht zum mindesten infolge des schamlosen Hohnes der Reaktion auf die Forderungen der Gleichberechtigung — glänzende Kundemonstrationen zustande gebracht. Ueberall waren es von unerschütterlichem Willen besetzte Massen, die sich zusammengefunden hatten am Festtage der Arbeit. Und überall wurde der Schwur, nicht eher zu ruhen, als bis die Massenforderungen des Proletariats erfüllt sind, mit der gleichen Begeisterung geleistet.

Spandau. Die hiesige Maifeier hatte sich einer sehr zahlreichen Beteiligung seitens der Genossen und Gewerkschaften zu erfreuen. Vormittags 8 Uhr wurde im Vöhlischen Lokal eine vom Gewerkschafts-komitee einberufene Versammlung abgehalten, welche von zirka 2000 Personen besucht war. Genosse Dr. Karl Liebknecht referierte. Mittags 1 Uhr fand die Abschließung der Mitgliederversammlung im Lokal von Grotwald, Schönwalder Straße statt. Die Polizei, die wohl einen Umzug erwartete, hatte bereits um 1 Uhr an der Mittel- und Kirchhofstraße Aufstellung genommen, aber die Genossen schlugen ihr doch ein Schnippchen, indem sie in zwanglosen Gruppen von 20-30 Personen von Grotwald aus nach dem Vöhlwerder pilgerten. Die Feier selbst fand im freundlichen Lokal in Vöhlwerder statt. Das Lokal konnte die Teilnehmer kaum fassen.

Teltow-Weesow.

Die von der Charlottenburger Gewerkschaftskommission veranstalteten drei Versammlungen wiesen eine Besucherzahl von etwa 3000 Personen auf. Die Referenten Martin Zieg, Wilhelm Siering und Dr. Rosenfeld fanden stürmischen Beifall.

Die vom Wahlverein veranstaltete Nachmittagsfeier im Volkshaus hatte einen außerordentlich starken Zuspruch. Schon in den frühen Nachmittagsstunden war der festlich dekorierte Garten sowie der große geräumige Saal, in dem den Festteilnehmern ein volkstümliches Konzert geboten wurde, voll von Menschen, während im unteren Saale schon frühlich getanzt wurde. Immer stärker wuchs die Teilnehmerzahl, so daß in den späten Nachmittagsstunden in sämtlichen Räumen kaum durchzukommen war.

Schöneberg. Die in den Neuen Rathausgassen tagende Gewerkschaftsversammlung war überfüllt, zirka 1200 Personen mochten im Lokal Platz gefunden haben. Der Gesangsverein „Schöneberger Rännechor“ brachte das Lied „Empor zum Licht“ recht stimmungsvoll zum Vortrag. Das Referat des Tages hielt Genosse Dr. Jadel, dessen Ausführungen brausen den Beifall fanden. Die Nachmittagsveranstaltung fand in der Schloßbrauerei statt. Weskremend erregte es, daß in dem Verwaltungsgelände der Schloßbrauerei eine fliegende Polizeiwache errichtet worden war. Daß gerade die Direktion der Schloßbrauerei es ist, die Unterkunftsräume dazu hergibt, um der Polizei Gelegenheit zu geben, die Veranstaltungen der Arbeiterkraft, die in den der Direktion unterstellten Lokalitäten stattfinden, von weitem überwachen zu lassen, erregte den größten Unwillen der Arbeiterkraft. Sie wird hierzu unabweislich Stellung nehmen.

Die vier Versammlungen in Rixdorf gestalteten sich zu einer machtvollen, imposanten Kundgebung für die Forderungen des Proletariats. Die Versammlungen waren durchweg überfüllt. Der Hoppische Saal, in dem Genosse Ströbel referierte, war schon lange vor Beginn der Versammlung abgesperrt. Im „Rixdortgarten“ sprach Genosse Silvert, bei Felsa Genosse Launische und bei Wolf entlegte sich die Genossin Kaaber, wie alle übrigen Redner, in wirkungsvoller Weise ihrer Aufgabe. Die Zahl der Versammlungsteilnehmer wird auf 4000 bis 5000 geschätzt.

Die Nachmittags- und Abendveranstaltungen wurden in den Lokalen „Rixdortgarten“, Vereinsbrauerei, Hoppe und Felschloßchen abgehalten. Ueberall nahmen bei außerordentlich starker Beteiligung die Arrangements einen würdigen Verlauf.

In Wilmersdorf hatten sich 900 Personen versammelt, die ein der Bedeutung des Tages entsprechendes Referat der Genossin Frau Dr. Wehl entgegennahmen, und deren Ausführungen am Schluß mit großem Beifall folgten.

Röpenitz. Hier füllten etwa 1800 Personen den großen Saal des Stadttheaters. Das Referat hielt unter stürmischem Beifall Genosse Hammacher.

Pankow. Die Versammlung unter freiem Himmel war von 7-800 Personen besucht, die sich nach Schluß im Zuge „ohne Musik“ durch die Pieten-, Kaiser-Wilhelm- und Victoriastraße nach dem Festlokal von Prochaska begaben. Das Referat hielt Genossin Zieg. Auch die übrige Feier verlief gut.

Preis-Sadow. Die Versammlung unter freiem Himmel war von 600 Personen besucht.

Nowawes. In gutbesuchten Versammlungen bei Schmidt und Singer referierten die Genossen Ritter-Schöneberg und Udo-Berlin.

Treptow-Baumshulenberg. Vor 500 Teilnehmern sprach im Ortsteil Baumshulenberg unter großem Beifall Genosse Zubeil. Abends fand ein großer Kinderfeste durch die Straßen des Ortsteils statt. Die sogenannte „Edelweisse“, wo am Donnerstag die Grundsteinlegung zur Kirche stattfindet, durfte der Zug der Genossen nicht passieren. Aber noch eine andere Gegendung mußte die Polizei vollbringen: Unter den Hunderten von Kindern trug ein Kind eine Stodlaterne mit der Aufschrift „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“. Der Polizist pustete mit der Bemerkung, daß Laternen mit demonstrativen Aufschriften nicht getragen werden dürfen, die Laterne aus. — Hurra, das Vaterland ist wieder gerettet.

Trebbin. Die Maifeier verlief hier unter großer Beteiligung an beiden Tagen in der schönsten Harmonie und dem Tage entsprechend. Großen Eindruck machte der am Morgen des 1. Mai veranstaltete Kundmarsch, an welchem sich über 250 Personen beteiligten; der Kundmarsch verheißte auch seine Wirkung nicht, denn der Zug hatte sich um rund 100 Personen vergrößert. Die von auswärts hier eingetroffene Gendarmerie kam sich ziemlich verlassen vor.

Königs-Wackerhausen. Die Nachmittagsversammlung erfreute sich eines Besuches von 500 Personen. Das Referat des Genossen Albin Mohr-Schöneberg wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Grünau. Nach Schluß der von 250 Personen besuchten Versammlung, in der Genosse Trahl referierte, unternahmen die Besucher einen Spaziergang nach Wörsdorf.

Gidwalde. Vor 300 Versammlungsteilnehmern referierte Genosse Ziehl über die Bedeutung des Tages.

Alt-Glienitz. Der zuerst vom Amtsvorsteher genehmigte Umzug wurde noch am Sonnabendabend unterlag. Die Versammlung war von 500 Personen besucht. Das Referat hielt Genosse Ewald jr.

Das Nachmittagsvergessen fand unter großer Beteiligung im Lokal von Tropens statt.

Einen unerwarteten Verlauf nahm die Demonstration in Teltow. Etwa 400 Personen zogen mit Musik durch die Stadt nach dem Festplatz, dort harrten bereits Hunderte, so daß, als Genosse Fuchs-Jespersen sein Referat hielt, an 1000 Personen versammelt waren. Eine solche Kundgebung hat Teltow noch nicht gesehen.

Mariendorf. Vor überfüllter Versammlung sprach hier Genosse Barz unter begeisterter Zustimmung. Nach der Versammlung formierte sich ein städtischer Zug mit über 500 Teilnehmern nach dem Festlokal „Schweizerhaus“, wo bei Spiel und turnerischen Aufführungen eine rechte Maitraube herrschte. Es war das erste Mal, daß der Maitraube behördlich genehmigt wurde.

Niederbarnim.

Lichtenberg. Die vormittags von der Gewerkschaftskommission nach dem „Schwarzen Adler“ einberufene Versammlung war von 1800 Personen besucht, sie mußte, weil der Saal nicht ausreichte die Teilnehmer zu fassen, im Garten stattfinden. Das Referat unter großem Beifall hielt Genosse Sillier.

In der Abendversammlung hatten sich etwa 3000 Personen eingefunden.

Waglagen-Rummelsburg. Die unter freiem Himmel tagende Versammlung, an der sich auch Straßau beteiligte, war von zirka 5000 Personen besucht. Referenten waren die Genossen Müller, Hübsch und Schmidt.

Ober-Schöneweide. In 1500 Personen versammelten sich im Lokal Haffelwerder. Das Referat hielt Genosse Dießing. Nach der imposanten Versammlung wurde eine Teilerammlung für die ausgescherrten Männer vorgenommen, die 66 M. ergab.

Die Nachmittagsveranstaltung der Genossen von Ober-Schöneweide in Bloemers Blumengarten wies eine Teilnehmerzahl von zirka 2500 Personen auf. Genosse Georg Schmidt-Berlin hielt die Feste. Der Gesangsverein „Ober-Schöneweider Liedertafel“ und der Turnverein „Oberpre“ trugen zum Gelingen des Festes ihr Bestes bei.

Weißensee. Zwei glänzende besuchte Versammlungen tagten im Schloß Weißensee. Das Referat hielten unter begeisterter Zustimmung die Genossen Schleminger und Kohl.

Pankow. Die nach dem Lokal von Nothdi von der Gewerkschaftskommission einberufene Versammlung war von 500 Personen besucht. Das Referat hielt Genosse Weiler. Auch die Nachmittagsveranstaltung nahm einen großartigen Verlauf.

Nieder-Schönhausen. Die hiesige Versammlung tagte unter freiem Himmel im Lokal Neu-Karlshof; sie war von zirka 300 Personen besucht. Das Referat hielt unter lebhaftem Beifall Genosse Denger.

Reinickendorf (Ost und West). 600 Personen hatten sich zu der von der Gewerkschaftskommission einberufenen Mittagsversammlung eingefunden; das Referat hielt unter begeisterter Zustimmung Genosse Domina.

Bernau. Die vom hiesigen Gewerkschaftskomitee einberufene Versammlung war von 600 Personen besucht.

In Oranienburg fand zunächst ein Umzug durch die Stadt statt, an welchem sich etwa 300 Personen beteiligten. Hierauf sprach in überfülltem Lokal Genosse Störmer. Die Nachmittagsveranstaltung verlief gleichfalls imposant.

Wilhelmsruh. In den Lokalen von Kollmann und Mühlbrodt, welche beide stark besucht waren, wurde von den Genossen Kaaß und Dießing die Feste gehalten. Zur weiteren Unterhaltung der Teilnehmer trugen der Arbeiter-Gesangsverein „Solidarität“ sowie der Arbeiter-Radfahrerverein „Großes Ziel“ Wilhelmsruh bei.

Schöneiche und Umgegend. Auch hier erstreckte sich die von den Genossen arrangierte Maifeier eines guten Besuchs. Das Referat hielt Genosse Köffel.

Strausberg. Die Mittagsversammlung war von 400, die Abendversammlung von 700 Personen besucht. Referent war Genosse Artur Schmidt.

Patienten der Heilmühle Buch sowie der Heilmühle Grabowsee haben durch Sympathie-Telegramme an die Zeitung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend ihre Interessen solidarität betundet.

Potsdam. In den Vormittagsveranstaltungen nahmen bei Glaser 300 Personen und im „Viktoriagarten“ 600 Personen teil. Die Polizei hatte wieder große Vorbereitungen getroffen. Da man einen Hauptzug nach Potsdam von Sandsouci vermutete, wurden die Hauptzugänge sorgfältig überwacht. — Die Beteiligung an der Nachmittags- und Abendfeier hatte in Potsdam eine solche Größe noch nie erreicht.

Französisch-Buchholz. In der gutbesuchten Vormittagsversammlung sprach Genosse Martin Meyer. Der Gesangsverein „Wach auf“ trug zu Beginn und am Schluß der Versammlung einige Lieder vor. Die Nachmittagsfeier war so überfüllt, daß viele im Saal keinen Platz mehr fanden.

Schönwalde. Die Maifeier verlief hier gut. Die Feste hielt Reichstagsabgeordneter Genosse Stadthagen.

Friedrichsfelde. Hier referierte Genosse Jeserich vor zirka 250 Personen.

Provinz Brandenburg.

Begünstigt vom herrlichsten Frühlingswetter verlief die Maifeier in würdiger Weise. In vielen Orten hatten die Genossen am Vormittag einen Ausflug unternommen; nachmittags und abends fanden Festveranstaltungen statt, die sich eines guten Besuchs erfreuten.

In allen Versammlungen wurde besonders des Wahlschicksams in Preußen gedacht; die Teilnehmer gelobten nicht zu ruhen und zu rasten, ehe ein gleiches Wahlschicksal erobert ist.

Auch die im Dienste des Kapitals frantgewordenen Arbeitsbrüder gedachten des Weltfeiertages. So erfreuten sich die Genossen aus Bielefeld i. Markt mit einem Telegramm, in dem sie zum Weltfeiertage ihre volle Sympathie ausdrückten. Die Parteien von Hohentelze der Rheinberg i. Markt überbrachten uns ein Telegramm, in dem sie ihren Arbeitsbrüdern zum 1. Mai von ihrem Spaziergang brüderlichen Gruß entbieten und dem preussischen Proletariat vollen Sieg im Wahlrechtskampf wünschten.

Berlin. An dem polizeilich genehmigten Festzug beteiligten sich über 1000 Personen. Im Anschlag daran fand eine Versammlung statt, in der Genosse Karl Liebknecht vor 1200 Zuhörern sprach. Auch abends fanden in drei Lokalen festliche Veranstaltungen statt.

Auch in Aachen hatte die Polizei die Genehmigung für einen Umzug erteilt. Unter Vorantritt eines Musikchors bewegte sich der Zug durch die Stadt und mehrere umliegende Dörfer. Überall wurden die Teilnehmer von den Einwohnern lebhaft begrüßt. Nachmittags sprach Genosse Hies-Berlin in einer stark besuchten Versammlung.

Brandenburg. Vormittags machten die Gewerkschaften einen Ausflug nach dem Neuen Krug. Es nahmen 12 000 Personen teil. Nachmittags hatte die Partei in drei Lokalen, im Volkshaus, im Volksgarten und im Café Helgoland von der Partei Massenveranstaltungen arrangiert, die einen glänzenden Besuch aufwiesen. In den Parteiveranstaltungen der einzelnen Lokale feierten die Genossen Redakteur Klitz-Rixdorf, Redakteur Karl Leib-Berlin und Parteisekretär Hermann Müller-Berlin die Bedeutung des Tages.

Rathenow. Die hiesigen Genossen begingen den Tag durch einen Festzug. Im Anschlag daran fand eine Versammlung unter freiem Himmel statt. Beteiligung etwa 4000 Personen.

In Schwedt beteiligten sich an einem Morgenspaziergang circa 250 Personen. Bei der Rückkehr zur Stadt stellte sich dem Zuge die gesamte örtliche Polizeigewalt in Stärke von vier Mann entgegen. Die beachtliche Sprengung mislang und unter allgemeiner Heiterkeit bewegte sich der Zug nach dem Versammlungslokal, wo eine von circa 400 Personen besuchte Versammlung stattfand. Genosse Wuhl-Berlin hielt das beifällig aufgenommene Referat.

Schwiebus. 400 Personen beteiligten sich an der Veranstaltung. Genosse Krause-Berlin fand mit seinen Ausführungen lebhaften Beifall. Die Berliner Resolution wurde einstimmig angenommen.

In Marzisch bei Witten sprach vor einer überfüllten Versammlung Genossin Agnes Fahrenwald. Die ersten 20 weiblichen Mitglieder wurden für die Partei gewonnen.

Die Genossen in Heegermühle veranstalteten am Morgen einen Spaziergang; nachmittags fand ein Umzug mit Musik durch das Dorf statt; im Anschlag daran sprach in einer gut besuchten Versammlung Genosse Schulz-Berlin.

Rheinberg. Vormittags Ausflug, am Nachmittag öffentliche Versammlung, in der Genosse Nürnberg-Berlin referierte.

Die Genossen in Bessitz i. M. begingen das Maifest durch eine Mittagsversammlung, in der Genosse Gaida-Rixdorf unter lebhaftem Beifall sprach.

In Rahnitz i. M. war von den Parteigenossen ein Festzug geplant. Der zuständige Amtsvorsteher hatte es aber nicht für notwendig gehalten, auf das Gesuch eine Antwort zu geben. Circa 300 Erwachsene und zahlreiche Kinder fanden sich am Nachmittag zu einem Waldspaziergang, das in einer Festrede des Genossen Kunze-Rixdorf seinen Höhepunkt fand.

Im Kreise Königsberg i. R.-M. war die Beteiligung stärker als je zuvor. In Neudamm sprach Genosse Hadelbusch-Berlin in überfülltem Saale. — In Austra fand ein Ausmarsch nach dem Stadtwald statt. Der Zug bewegte sich unter Führung der Arbeiterradsfahrer und Vorantritt eines Musikkorps durch die Vorstadt nach dem Festplatz. Es waren wohl 1000 Personen im Zuge. Die Festrede hielt der Kandidat des Kreises, Genosse Voremann.

Kirchhain N.-L. Genosse Büchner referierte vor über 400 Besuchern, die seine Ausführungen mit lebhaftem Beifall aufnahmen. Vormittags unternahmen etwa 200 Genossen einen Ausflug.

Wassau, N.-Pommern. Frühmorgens unternahmen die Genossen bei starker Beteiligung einen Spaziergang, nachmittags fand eine festliche Veranstaltung statt, bei der Genosse Pause-Berlin die Festrede hielt.

Preußen.

Halle a. S. An einem Frühspaziergang beteiligten sich 2000 Personen. Gegen Mittag fanden hiesigen Versammlungen statt, die 7-8000 Teilnehmer zählten. Nach Schluß derselben kam es an einer Stelle zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, die mehrere Verhaftungen vornahm. Auch zwei Kompanien Infanterie waren bereitgehalten. Im Regierungsbezirk Merseburg fanden insgesamt 73 gutbesuchte Versammlungen statt. In sechs Städten wurden polizeilich genehmigte Umzüge veranstaltet, einige waren nachträglich verboten worden.

Magdeburg. Statt des wieder verbotenen Rahnungzuges unternahmen die Genossen in Magdeburg einen Massenspaziergang in den städtischen Voranlagen. Beim Rückweg durch die Stadt nach den Versammlungslokalen Luisenpark, in dessen Garten vier Redner sprechen sollten, nahm die Polizei verschiedene Absperrungen vor. Das gleiche geschah, als die Massen, etwa 12-15 000 Personen nach Schluß der Versammlung den Heimweg antraten. War bis dahin die Polizei verhältnismäßig ruhig gewesen, so wurde sie jetzt nervös. Am Ullrichstor wurde niemand hindurchgelassen und die Menge in die Gladbachanlage abgedrängt. In der Wilhelmstraße zogen mehrere Schaulente, herittene und unberittene, blank, trieben eine Menge von etwa 800 Personen vor sich her und hieben mit der Waffe in die Fliehenden ein. Auch an anderen Stellen zog die Polizei mehrfach blank, jedoch ist über ernsthafte Verletzungen bisher nichts bekannt geworden. In der inneren Stadt wurden noch längere Zeit hindurch die Absperrungen aufrecht erhalten. Es scheint der Polizei darum zu tun zu sein, unter allen Umständen eine Ansammlung der Maifeiernden in der Hauptstraße der Stadt, dem Breiten Wege, zu verhindern.

Erfurt. Unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung beging die Erfurter Arbeiterschaft die Maifeier. Früh 7 Uhr wurde in mehreren Abteilungen ein Spaziergang durch die Stadt unternommen, bei dem die außerordentliche Zahl ausgebotene Polizei mehrfach förend eingriff, ohne daß es indessen dank der Disziplin der Parteigenossen zu Zwischenfällen kam. Der Heimweg von dem außerhalb der Stadt gelegenen Ausfluglokal wurde gemeinsam angetreten. Über 3000 Personen waren daran beteiligt. Vor der Stadt gestreute sich auf Anordnung der Festleitung der Zug in vollkommener Ordnung. Abends fand in den überfüllten Räumen des „Livol“ eine Versammlung statt, in der Redakteur Genosse Dähmig sprach. Jegendwelche besonderen Zwischenfälle kamen nicht vor.

Witten. Trotz polizeilichen Verbots fand ein Umzug statt, an dem sich mehrere tausend Personen beteiligten. Die Polizei begleitete den Zug, verhielt sich aber ruhig. Im Anschlag an den Umzug fand eine Versammlung unter freiem Himmel statt. In zahlreichen Orten Niederschlesiens fanden gleichfalls Umzüge statt.

Wiesbaden. Für Weiswasser und Umgebung fand eine Maifeierveranstaltung unter freiem Himmel in Reulshütte bei Kuslau statt. Besucherzahl circa 2000. Kleine Meiderien mit der Gendarmerie, sonst alles ruhig verlaufen.

Breslau. Die Vormittagsversammlung fand im Gewerkschaftshaus statt. Um einen Umzug in der Stadt zu verhindern, sperrte die Polizei nach Schluß der Versammlung die benachbarten Straßen nach dem Innern der Stadt ab, nachmittags zogen die Maifeiernden in Trupps nach Morgenau, wo sich ca. 15 000 Personen sammelten. Die Polizei ließ diesen Aufmarsch gewähren. Im Landbezirk Breslau fanden 5 stark besuchte Feste statt.

In Frankfurt a. M. fand nachmittags 8 Uhr eine Versammlung unter freiem Himmel im Stadtwald statt. Von drei Rednerinnen sprachen vor ungefähr 20 000 Menschen die Genossen Götter, Müller und Rudolph. Während und nach den Referaten zogen

immer weitere Menschenmassen im Wald zum Maifest, an dem ungezählte Tausende — 50 000 ist nicht zu hoch geschätzt — insgesamt teilgenommen haben. Die Polizei hatte umfangreiche Vorkehrungen getroffen. Seit 11 Uhr morgens waren die Schaulente truppenweise in der Stadt verteilt. Im Walde selbst waren uniformierte Schaulente nicht zu sehen, dafür aber ein ganzes Heer Reimnaler, die bis in die spätesten Abendstunden ausharrten. In der Nähe des Waldes, im Hippodrom, war eine starke Abteilung Schaulente untergebracht, die eine event. Zugbildung verhindern sollten. Die Polizei belam aber keine Arbeit.

Wiesbaden. Die Maifeier fand unter freiem Himmel statt. Circa 3-4000 Teilnehmer marschierten in geschlossenem Zuge nach dem Festplatz auf der Wiesbadener Barre.

Hannau. Versammlung unter freiem Himmel, Besuch 12 000 Personen. Nachmittags beteiligten sich am Festzuge 5-6000 Personen. Im Wahlkreise Hannau fanden 22 große Versammlungen statt. In Weinhäusern fand ebenfalls ein Festzug statt, auch in Hefenheim.

Königsberg. Die Maifeier litt unter der Ungunst der Witterung, es war kalt, dazu herrschte ein rauher Wind, am frühen Abend fiel auch ein leichter Regen. Trotzdem nahmen an der Maifeier circa 8000-10 000 Personen teil. Zwei Versammlungen tagten im Parteistabillust Ludwigslust unter freiem Himmel. Redner waren die Genossen Hugo Haase und Koenen. Die Versammlungen mußten am Nachmittag abgehalten werden, da der Polizeipräsident deren Abhaltung am Vormittag aus „religiösen“ Gründen verboten hatte. Ebenso fand der geplante Umzug durch die Stadt nicht die Genehmigung der zuständigen Behörden, die öffentliche Ruhe und Sicherheit sollte gefährdet sein. In der Nacht zum 1. Mai tobte aber im Zentrum der Stadt die akademische Jugend. So wurde in leuchtend-fröhlicher Alkoholstimmung von „diesen“ Tägern der Zukunft, der Sonnenanbetung begrüßt. Musikpfeifen ließen auf offener Straße ihre Weiten erklingen, dazu grüllte man die sogenannten Burschenslieder, indem die einzelnen Verbindungen, deren Mitglieder teilweise in Weis waren, mit leuchtenden Lampen durch die Anlagen des Schlossparks und über die öffentlichen Plätze zogen. Rotürlich gab es unzählige Gaffer, die den Standal mitmachten, aber hier war weder die öffentliche Ruhe, noch die bürgerliche Sicherheit in Gefahr, dort, wo der meiste Lärm war, war auch nicht ein Schaulmann zu sehen. Dagegen war am Weltfeiertag, den sich die „Kanaille“ gegeben, Königsberg unter Waffen.

Danzig. Die Danziger Polizei hatte zur Maidemonstration ihre besonderen Vorbereitungen getroffen. Den beantragten Umzug hatte sie ebenso wie die Versammlung unter freiem Himmel verboten. Der Verlag der freisinnigen „Danziger Zeitung“ hatte es als Vädter der städtischen Plakatiolen abgelehnt, ein hübsches Maifestplakat anzulieben, weil — der Kopf rot gedruckt war. Trotz des wenig günstigen Wetters waren denn auch wieder unheimliche Volksmassen mobil gemacht worden. Vom Langenmarkt durften die Demonstranten durch die Langgasse noch unbehelligt abziehen. Am Langgasser Tor sperrten jedoch Polizeileuten den gesamten Verkehr über den Hofmarkt. Ebenso ging es den Genossen, die von der Altstadt kamen. Eine Anzahl Arbeiterturner wurden unter reichlichen polizeilichen Liebenswürdigkeiten festgesetzt, weil sie in ihrer leidensamen Tracht, weicher Anzug mit fast ganz verdeckter roter Schärpe, spazieren gingen. In der völlig überfüllten Versammlung im „Bürgergarten“ in Schidlig referierte Genosse Vartel.

Stettin. Aus 13 Versammlungen strömten nach Schluß circa 13 000-15 000 Menschen nach einer Ballklüftung im Stettiner Daff und demonstrierten dortselbst mehrere Stunden. Die Polizei ließ An- und Abmarsch ruhig gewähren. Sie hatte früh morgens um 8 Uhr schon eine Demonstration im Innern der Stadt, aber vergeblich erwartet.

Kiel. Demonstration auf der Waldwiese. Besucherzahl circa 15 000.

Hamburg (Elbe). Die Morgenversammlung unter freiem Himmel war trotz schlechten Wetters von über 2000 Personen besucht.

Elmsborn. Morgens: Beteiligung 500 Personen. Nachmittags Ausmarsch: Beteiligung circa 3000 Personen. Die Festrede hielt Genosse Krause. An der Nachmittags- und Abenddemonstration beteiligten sich 3000 Personen.

Hannover. Die Arbeiterschaft Hannovers traf sich vormittags bei der Herrenhäuser Allee, um sich von dort aus im Zuge, der auf circa 25 000 Personen angewachsen war, nach den fünf Versammlungslokalen zu begeben, die natürlicherweise alle überfüllt waren. Die Nachmittagsdemonstration litt sehr unter starkem Regen, der einen Aufenthalt im Freien unmöglich machte. Die Abendkommerse fanden in sieben Lokalen statt.

Bernburg. 2000 Personen beteiligten sich am Ausflug nach Rieburg. Morgens 11 Uhr Versammlung unter freiem Himmel, besucht von 3000 Personen. Landtagsabgeordneter Voigt-Bernburg referierte. Die Versammlung gestaltete sich zu einer wichtigen Wahlrechtsdemonstration. Abends Kommerse, in Bernburg und Rieburg überfüllt.

In Sandersleben nahmen 300 Personen an der Maifeier teil. Landtagsabgeordneter Voigt-Bernburg sprach über unsere Wahl- und Wahlrechtsforderungen.

Deßliches Deßles. In Herford waren 800 Personen versammelt, in Eger 500, in Hünde 450, in Minden 350, in Nehme 250, in Salzkufen 300, in Lemgo 250. In weiteren 10 Orten fanden gutbesuchte Versammlungen und der Würde des Tages entsprechende Feiern statt.

Wilhelmshaven. In Rühringen bei Wilhelmshaven versammelten sich früh circa 3000 Personen zu einer Versammlung. Sie gingen dann gemeinsam durch Wilhelmshaven nach Vant und hielten auf dem Marktplay eine öffentliche Demonstrationsversammlung ab. Die Oldenburger Polizei verhielt sich passiv, dagegen verwehrete die preussische Polizei in Wilhelmshaven den Teilnehmern den Durchgang durch die Hauptstraßen.

Rhin a. Rh. Nachmittags fanden unter freiem Himmel Versammlungen statt, an denen 15 000 Personen teilnahmen. Ein ungeheures Schaulmannsaufgebot verhinderte den Spaziergang. Abends fanden zehn massenhaft besuchte Feiern statt.

Düsseldorf. Hier selbst fand eine Versammlung unter freiem Himmel statt, an der 15 000 Personen teilnahmen, trotz strömendem Regen.

Dortmund. Trotz des Verbots des Festzuges fand eine Demonstration statt, wie sie Dortmund noch nicht gesehen. Um 1/3 Uhr sammelten sich in den Hauptstraßen der Stadt 40-50 000 Menschen. Die Polizei hatte sich ebenfalls in Mengen eingefunden, namentlich an den Zugangsstraßen zur Stadt, verhielt sich aber in der Hauptsache zurückhaltend. Der Vorbeimarsch dauerte etwa 1 Stunde. An der Hobergsburg an der Festwiese fand eine große Versammlung unter freiem Himmel statt, es wurde von mehreren Rednerinnen gesprochen.

Duisburg. In der Mittagsstunde fanden 7 Versammlungen statt, die überall stark besucht waren. Circa 5000 Personen versammelten sich am Nachmittag zu einem Ausflug in die Umgebung. Circa 5000 Personen waren anwesend.

Solingen. Trotz schlechter Witterung waren 10 000 bis 12 000 Demonstranten unter freiem Himmel versammelt. Von zwei Rednerinnen wurde gesprochen. Vor und nach der Versammlung fanden Strahendemonstrationen statt; die Polizei benahm sich sehr zurückhaltend. Im oberen Kreise Solingen waren auf Pflaumen und Schornsteinen 40 bis 50 rote Fahnen angebracht. Die Abendfeste in zehn Orten waren lokal überfüllt.

Effen. Die Maifeier wurde begangen durch einen Ausflug des ganzen Kreises nach dem drei Stunden entfernten Werden. 80 000 Personen beteiligten sich an dem Zuge. Die Essener Polizei war wieder massenhaft aufgeboten, sperrte abends ganz unnötigerweise die Straßen in der Stadt ab und nahm eine Menge Verhaftungen vor, von denen viele gewöhnlich bürgerliche betroffen wurden, die mit der Maidemonstration nichts zu tun hatten. Der Verichtersteller des „Berliner Tageblatt“ wurde auch verhaftet und, wie er seinem Blatte schreibt, nur deshalb, weil er eine kritische Bemerkung darüber machte, daß ein Rivallist, wie sich später herausstellte, ein

Kriminalbeamter, einen flüchtenden, gutgekleideten Bürger am Kragen nahm und durch herittene Schaulente wegbringen ließ.

Bochum. Die Maifeier für den Bezirk Witten wurde um 8 Uhr morgens mit einem Feihlongiert eingeleitet, nach dem Konzert fand ein Ausflug nach den städtischen Anlagen statt. Um 3/4 Uhr Festrede; daran schloß sich Konzert und Ball. Circa 3000 Personen nahmen an der Versammlung teil, die Polizei verhielt sich reserviert. In Bochum fand eine Versammlung auf dem Schützenhof statt, Beteiligung 3000 Personen.

In Hagen, wo der freisinnige Oberbürgermeister Cuno jede Strahendemonstration am 1. Mai verboten hatte, nahm der Protest der Arbeiterschaft besondere Formen an. 12 rote Fahnen mit Inschriften wehten am frühen Morgen von den Höhen herab. Von 9 Uhr morgens ab war der Belagerungszustand verhängt. Die Polizei hatte von auswärtigen Beamten zur Verstärkung zugezogen. Jeder uniformierte Schaulmann hatte einen Beamten in Zivil als Begleiter. Die Maifeier gestaltete sich zu einem Protest gegen den Freisinn und gegen das Verbot des Spazierganges. Den Teilnehmern, die wegen Ueberfüllung die Versammlungen nicht besuchen konnten, wurde der Rückzug durch die Polizei abgesperrt. Es kam zu einer großen Strahendemonstration. Die Polizei sperrte die Straßen und den Marktplay ab. Viele Verhaftungen erfolgten, unter anderem wurde der Redakteur Genosse Liebig von der Elberfelder „Freien Presse“ verhaftet. Bis 5 Uhr abends ist kein Blutvergiehen gemeldet.

Selsenkirchen. In Selsenkirchen und den umliegenden Orten fanden Morgenausflüge statt, die sich reger Teilnahme erfreuten. Die Mittagsversammlungen und die Nachmittagsfeste waren überfüllt.

Kettlinghausen. Am Morgen ein Ausflug unter Beteiligung aus dem ganzen Kreise, circa 3000 Personen. Die Polizei verhielt sich ruhig, obwohl sie massenhaft zur Stelle war und die innere Stadt Effen abspernte.

Hattingen. Maifeier unter freiem Himmel, Beteiligung circa 4000 Personen.

Bielefeld. Der genehmigte Morgensfestzug fand unter Musikbegleitung und Beteiligung von circa 9-10 000 Personen nach Bradweide statt. Nachmittags fanden in neun Lokalen der Stadt und Umgebung entsprechende Feiern statt.

In Herford fanden vormittags vier überfüllte Versammlungen statt und nachmittags eine Festveranstaltung. Gleiche Feiern fanden unter starker Beteiligung in 18 Orten und Städten des östlichen Westfalens und der beiden Lippe statt.

Die Hansestädte.

Die Feiern in Hamburg gestaltete sich, wie das nicht anders zu erwarten war, zu einer massenhaften Kundgebung des Proletariats. Obwohl der launische Wettergott abwechselnd Hagel, Regen und — in den ersten Nachmittagsstunden allerdings nur knapp bemessen — Sonnenschein zur Erde niederließ, hatten sich um 1 Uhr mittags riesige Menschenmassen in den zur Aufstellung des Festzuges freigegebenen Straßen eingefunden. Um 1/4 Uhr setzte sich, an der Spitze unsere ehrwürdige rote Parteifahne, der aus 53 Abteilungen bestehende Zug, in dem wir 18 Musikkorps und über 200 Fahnen und Banner bemerzten, unter den Klängen: „Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!“ in Bewegung und marschierte hinaus nach den großen Gartenlokalen Wühlenscamp und Schützenhof. Der Vorbeimarsch dauerte über 3/4 Stunden. Die Massen dieser aus mindestens drei kriegsstarken Korps bestehenden roten Armee zu zählen, war unmöglich. Rechts und links von den Straßen, die der Zug passierte, standen wohl über 100 000 Menschen; tausende eilten dem Zuge voraus, um sich ein Plätzchen zu sichern; der größte Teil der Hamburger Bevölkerung war auf den Weinen. In den Lokalen hielten die Genossen Reichstagsabgeordneter W. Wegner, Förster und Saalfeld kernige Ansprachen, die in draufenden Tönen auf die internationale Sozialdemokratie ausklangen. Da die Lokale auch nicht annähernd die Massen zu fassen vermochten, schwenkten Zehntausende nach dem zur preussischen Gemeinde Steilshoop gehörenden „Fortis“, den in geschlossenem Zuge zu betreten der um Preußens Sicherheit bedachte vorsichtige Amtsvorsteher in Poppenbittel bekanntlich verboten hatte. Es dürften wohl nur wenige Arbeiter Hamburgs gefehlt haben.

In Bremen nahm die Feiern einen würdigen und imposanten Verlauf. Auf der großen Wiese beim Schützenhof, wo seit Jahren das Gewerkschaftsfest begangen wird, fand morgens eine Versammlung unter freiem Himmel statt; von vier Rednerinnen herab erfolgten anfeuernde halbblühdige Ansprachen an die dichtgedrängte Menge. Zu gleicher Zeit schloffen die Redner mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Dann formierte sich der von der Polizei genehmigte Demonstrationszug, an dem wohl an die 15 000 Personen beiderlei Geschlechts teilnahmen. Es ging durch verschiedene Straßen der Stadt zu dem im jungfräulichen Grün prangenden Bürgerpark, wo sich der Zug, dessen Vorbeimarsch fast eine Stunde währte, allmählich auflöste. Im Zuge erblickte man die alte Parteifahne und die Embleme und Fahnen der Gewerkschaften, die sich alle an der Demonstration beteiligten.

Lübeck. An der Morgenveranstaltung beteiligten sich 3000, am Nachmittagsfestzug 11 000 Personen. Im benachbarten Stokelsdorf und in Eutin fanden Versammlungen statt, die den Verhältnissen nach gut besucht waren. Nirgends waren Störungen.

Thüringen.

Weimar. Am Vormittag fand ein Ausflug nach dem benachbarten Ehringsdorf statt. Am Nachmittag bewegte sich ein Festzug, an dem sich rund 1000 Personen beteiligten, durch die Hauptstraßen der Residenz, ohne daß die öffentliche Ordnung eine Störung erfahren. Die Festrede im Garten des Volkshauses hielt Genosse Waudert. Da dieser Teil des Festes als öffentliche Versammlung galt, mußte auf Anweisung des liebertwachen Genosse Waudert keine Rede unterbrechen, um auf die gesetzlichen Bestimmungen betreffs der Jugendlichen hinzuweisen, so daß selbst die Kinder den Garten verlassen mußten. Am Abend Unterhaltung und Ball.

Eisenach. Die Maifeier ist unter starker Beteiligung gut verlaufen. Das Programm war folgendes: Vormittags von 11-12 Uhr Volksversammlung im „Engel“, Nachmittags Umzug, Beteiligung über 3000 Personen. Darauf in sämtlichen Lokalen des „Livol“ Konzert. Der Reichstagsabgeordnete L e b e r hielt in der Vormittagsversammlung die Festrede. Die Versammelten gaben ihr Einverständnis mit dem Referenten durch stürmischen Beifall kund.

Saalfeld. Der Nachmittagsfestzug durch die Stadt zählte 900 Teilnehmer. Auf dem Festplaye sammelten sich 2800 Personen an.

Gera-Reng. Vormittags fanden drei Versammlungen statt, an denen circa 3500 Personen teilnahmen. In sechs Nachmittagsversammlungen wurden 14 000 Teilnehmer geschätzt.

Greiz. Der Umzug zählte 1200 Personen, die Versammlung 1600 Teilnehmer.

Wühlshausen (Thüringen). Vormittags fand ein Ausflug mit 1500 Teilnehmern statt. Nachmittagsversammlungen waren überfüllt. Die Polizei verhielt sich zurückhaltend, obgleich die Versammlungen nicht genehmigt waren.

Langensalza. Hier hatte der Magistrat den städtischen Schützenplay für eine Versammlung unter freiem Himmel hergegeben. Die Versammlung war von ca. 800 Personen besucht.

Gotha. Der Festzug, der nachmittags durch die Hauptstraßen der Stadt zog, umfaßte circa 2000 Personen. Anschließend war eine Versammlung im „Volkshausgarten“. Der Umzug machte großen Eindruck, da seit Jahren Umzüge nicht stattfanden. Zwei Fabriken mit zusammen 700 Arbeitern haben ihrem Personal den Besuch der Maidemonstration verboten. Die Arbeiter befolgten leider größtenteils dieses schimpfliche Verbot.

Sachsen-Altenburg. Die Maifeier bestand hier in einem nicht genehmigten Umzug, an dem 4000 Personen teilnahmen. In zahlreichen Orten des Herzogtums Sachsen-Altenburg fanden Veranstaltungen statt, die zumeist sehr gut besucht waren.

(Schluß in der 1. Beilage.)

Die Gemeinheit.

Der Beschluß, den Herr v. Bethmann Hollweg den urteilslosen Herrenhäuslern abgerungen hat, ist eine Niedertracht und eine Provokation, die an die Ehre jedes einzelnen Arbeiters greift. Feierlich ist in der Thronrede eine organische Fortentwicklung des Wahlrechts versprochen worden. Die Vorlage des Herrn von Bethmann war in ihrer ursprünglichen Gestalt schon ein Hohn auf das „Königswort“.

Diese Verschlechterung des bestehenden Zustandes eine Wahlreform zu nennen, ist es muß immer wieder gesagt werden, eine Gemeinheit. Die edlen Herren haben erklärt, sie müßten ein Gesetz zustande bringen, um ein Königswort zu erfüllen. Was sie unter Anstiftung des Herrn v. Bethmann in Wirklichkeit getan haben, ist etwas ganz anderes: Schindluder haben sie getrieben mit dem Königswort! Statt es zu erfüllen, haben sie es ins Gegenteil verkehrt, statt der organischen Fortentwicklung eine infame Rückentwicklung beschlossen.

Wir sind die letzten, die den Herren Vorwürfe machen wollen darüber, wie sie mit dem feierlichen Versprechen ihres Königs umspringen. Aber sie sollen gefälligst aufhören, uns von Königstreue zu sprechen. Ihre Königstreue ist ein Gelächter und eine Heuchelei und die Dummen, die daran noch glauben, werden sehr bald alle geworden sein.

Aber fast scheint es, daß Herr v. Bethmann mitsamt seinen Herrenhäuslern sich arg verrechnet hat, wenn er meinte, daß diese Gemeinheit Gesetz werden könnte. Denn die Zeit, die noch zur Verfügung steht, wird von der Sozialdemokratie gründlich ausgenützt werden, um die ganze Niedertracht der neuen Verschlechterungen darzulegen. Und die Wirkung kann nicht ausbleiben.

Die Nationalliberalen freilich lassen deutlich ihre Verehrlichkeit erkennen, den Konservativen und der Regierung die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Aber es wird dafür gesorgt werden, daß das Feuer noch etwas mehr angefaßt wird und daß es selbst den Nationalliberalen bei ihrem Versuch ein wenig zu heiß werden wird. Wir denken, die Nationalliberalen werden es bei den nächsten Wahlen zum Reichstag ohnehin nicht leicht haben, die Sünden ihrer preussischen Fraktion zu entschuldigen, die durch ihren bornierten Widerstand gegen das gleiche Wahlrecht erst dem Zentrum den Verrat an dem Volksrecht möglich gemacht hat. Was für eine Rolle sollen aber die Nationalliberalen erst spielen, wenn sie jetzt das Verbrechen begehen, der Arbeiterklasse selbst das Wenige zu rauben, das ihr das infame Klassenwahlrecht heute an Vertretungsmöglichkeit gibt. Sie müßten als Todfeinde der Arbeiterklasse behandelt und mit aller Rücksichtslosigkeit, der die Arbeiterklasse fähig ist, bekämpft werden. Tragen die Herren wirklich Verlangen danach, die Stellung einzunehmen, die das Zentrum zu beziehen eben im Begriffe war?

Was das für die Nationalliberalen als Partei zu bedeuten hätte, das legt ihr badißes Parteiorgan, die „Badische Landeszeitg.“ folgendermaßen dar:

„Die Nationalliberalen haben sich zu entscheiden, ob sie einen scheinbaren Triumph über das Zentrum davontragen, den schwarz-blauen Block scheinbar sprengen und mit den Konservativen das Gesetz machen wollen, das auch in der heutigen Fassung vom liberalen Standpunkt aus gänzlich ungenügend ist, oder ob sie fest bleiben und lieber die ganze Wahlrechtsaktion ins Wasser fallen lassen wollen.“

Die Konservativen wissen genau, warum sie jetzt sich für eine Zeit vom Zentrum trennen wollen. Lassen nämlich die Nationalliberalen sich betören, dann ist der Bruch zwischen ihnen und der Fortschrittspartei vollständig, dann werden sie zum Bligableiter auf dem Dach des konservativen Hauses, über dem sich in der Reichstagswahl 1911 das Gewitter des Volkswillens entladen wird, dann sind sie für immer die Gefangenen der Konservativen, die ro bene gesta sich dann doch wieder mit dem Zentrum verbinden, verbinden müssen, wenn sie eventuell die Reichsregierung noch eine Wehrzeit wollen bieten können. Es wäre ein geradezu glänzender Schachzug des Herrn v. Seydebrand, der dabei der geheimen inneren Zustimmung des Zentrums, trotz äußerlichem Egoismus, sicher wäre. Denn mit der Zustimmung zu diesem Wahlgesetz würde die nationalliberale Partei zwar nicht verschwinden, aber als eine selbständige Partei aufhören zu existieren. Es wäre nichts anderes mehr als ein geduldetes, bürgerlich-gewerbliches Anhängsel des konservativen Großgrundbesitzes.“

In der Tat: die Zustimmung zu dem Schandgesetz bedeutet für die Nationalliberalen im Reiche das Ende als selbständige Partei. Die Zustimmung wäre das Dummste und Schlechteste, was selbst diese Partei je getan hätte.

Das aber selbst die preussischen Nationalliberalen um den Lohn des Verrats geprellt würden, ein Gesicht, vor dem jetzt das Zentrum zittern muß, beweist klar die Haltung der „Deutschen Tageszeitung“. Das Organ des Bundes der Landwirte, der in entscheidenden Fragen zuletzt doch die Politik der Konservativen bestimmt, will man von der

Ausschaltung des Zentrums absolut nichts wissen. Es meint, es sei sehr zweifelhaft geworden, was nunmehr das größere Uebel sei: das Scheitern des Gesetzes oder seine Annahme in der Fassung des Herrenhauses. Das Blatt fürchtet die Drohung des Zentrums, für das die „Röln. Volksztg.“ erklärt, die Zentrumspartei werde durch die Ablehnung des abgeänderten Entwurfs auch für die Forderungen des Elbogensfreiheit erlangen, die sie im Abgeordnetenhaus bisher schweren Herzens habe zurückerlangen müssen. Das weist auf eine Gefahr hin, die nicht außer Betracht bleiben darf. Die Konservativen schätzen eben den reaktionären Bund mit dem Zentrum zu hoch ein, um ihn so leicht aufs Spiel zu setzen, wie sich die einseitigen Nationalliberalen es vorstellen mögen. Das weiß das Zentrum und deshalb bleibt es bei seinem „Unannehmbar“, froh über das Glück, von dem schmutzigen Wahlrechtshandel leichter, als es hoffen durfte, loszukommen. Die „Germania“ sagt:

„Die Fraktion des Zentrums im Abgeordnetenhaus hat als solche freilich zu den Beschlüssen des Herrenhauses noch keine Stellung genommen, aber wir sind nicht einen Augenblick zweifelhaft darüber, welcher Beschluß in der Zentrumsfraction des Abgeordnetenhauses gefaßt werden wird. Wir haben bis jetzt auch noch kein Mitglied der Zentrumsfraction angetroffen, das nicht der allgemeinen Auffassung „Unannehmbar“ Ausdruck gegeben hätte. Dies festzustellen und das „Unannehmbar“ nochmals mit allem Nachdruck zu betonen, halten wir für unsere Pflicht, damit weder bei der Regierung, noch bei den anderen Parteien, am wenigsten aber in den Kreisen der Zentrumswähler, eine falsche Auffassung über die Stellungnahme des Zentrums plaggreifen oder weitere Verbreitung finden kann.“

Die „Kreuz-Zeitung“, die im Gegensatz zur „Deutschen Tageszeitg.“ von den Herrenhausbeschlüssen sehr eingenommen ist, wird also ihre Hoffnungen auf die Zustimmung des Zentrums revidieren müssen.

bleibt aber das Zentrum fest, dann lastet die große Verantwortung für ein Zustandekommen des Schandgesetzes auf den Nationalliberalen. Das Gesetz ist aus den Beratungen des Herrenhauses noch schlechter herausgekommen, als es das Abgeordnetenhaus verließ. Damals stimmten die Nationalliberalen dagegen. Werden sie es jetzt wagen, dafür zu stimmen und damit im Bunde mit den verhassten Junkern eine Gemeinheit an der Arbeiterschaft zu begehen, wie sie schlimmer seit der Annahme des Sozialistengesetzes nicht mehr verübt worden ist?

Die Herren schwanken. Aufgabe unserer Agitation muß es sein, den Herren den Unfall doch noch als größeres Uebel erscheinen zu lassen.

Wahlrechtsmai!

(Schluß aus dem Hauptblatt.)

Sachsen.

Dresden. Hier wurde das Maiest durch eine einzige imposante Kundgebung begangen. Ein Festzug, wozu die Massen nachmittags 1 Uhr sich auf verschiedenen Plätzen einstellten, führte die Maidemonstranten nach dem Festplatz auf den Elbweiden. Etwa 20 000 Personen marschierten im Zuge zwischen einer spaltbildenden Menge dahin. Beinahe zwei Stunden währte der Vorbeimarsch. Auf dem Festplatz mochten 30 000 bis 40 000 Demonstranten versammelt sein. Durch Gesangsvorträge des Arbeiter-Sängerbundes wurde die Feier würdig eingeleitet. Von vier Rednertribünen sprachen die Genossen Gradnauer, Prähdorf, Fleißner und Schmidt zu den Massen. Einstimmig wurde die Resolution angenommen. In ein brausend aufgenommenes Hoch klang die aus bester verlaufene Feier aus, die von der Polizei völlig unbehelligt blieb und vom Wetter begünstigt wurde.

In Leipzig nahm die Feier einen glänzenden Verlauf. Aus den zu Mittag eintreffenden zwölf Vorversammlungen strömten gegen 1 Uhr die Massen auf dem Sammelpunkt, dem im Westen der Stadt gelegenen König-Albert-Park zusammen. Hier formierte sich der gewaltige Demonstrationzug, der sich die Leuznitzerstraße entlang, am neuen Rathaus vorbei, an der Promenade herum durch die Königs-, die Tal- und die Hospitalstraße nach Thonberg und seinem Ziel, dem Brunnergarten in Stötteritz, bewegte. Der Vorbeimarsch vor dem Rathaus dauerte 1 1/2 Stunden, die Spitze des Zuges war bereits in Stötteritz, als das Ende die Promenade, also das Zentrum von Leipzig, verließ. Es ist sicher anzunehmen, daß 50-60 000 Personen an der Demonstration teilnahmen. Zahlreiche, mit weißen Armbinden versehene Redner sorgten dafür, daß der Verleher selbst an den belebtesten Punkten glatt abgeweidet werden konnte. Die Polizei war nicht härter vertreten als sonst; sie überließ es unseren Genossen, die nötigen Anordnungen zu treffen; und so verlief denn auch die Demonstration würdig und ohne Störung. Auf dem Festplatz in Stötteritz wurden fünf Massenversammlungen abgehalten, vier unter freiem Himmel, eine in der großen Festhalle. Es sprachen die Genossen Dignmann-Ganau, Wittmann-Solingen, Koch, Lange und Lüttich aus Leipzig. Die Leipziger Arbeiterklasse kam mit Stolz auf den Verlauf ihrer Maifeier zurückblickend; hat sie doch mit ihrer gewaltigen Demonstration den herrschenden Gewalten aufs neue bewiesen, daß die Massen mehr und mehr der Fahne des Sozialismus folgen.

Ghemnitz. Einheitslich und großartig wie nie zuvor, tüchtig und eindrucksvoll wie noch keine andere Massenveranstaltung, war in der alten sächsischen Arbeiterstadt Ghemnitz die diesjährige Maifeier. Zum ersten Male war von der Polizeibehörde ein geschlossener Zug mit Musik durch die Stadt genehmigt worden, an dem sich die Partei und die Gewerkschaften korporativ und zahlreich beteiligten. Ueber 80 000 Teilnehmer befanden sich im Zuge, dessen Anmarsch auf dem Festplatz über zwei Stunden in Anspruch nahm. Etwa 40 000 Teilnehmer befanden sich auf dem Platz, auf dem von vier Tribünen die Redner sprachen. Bemerkenswert war die zahlreiche Beteiligung der organisierten Frauen und Mädchen. Nach kurzen Ansprachen wurde eine gleichlautende Resolution zur Abstimmung gebracht. Den Ordnungsdienst versehen Ordner, die die Partei und die Gewerkschaften gestellt hatten. Polizei war weder bei der Aufstellung des Zuges, noch auf dem Platz anwesend; sie verhielt sich völlig passiv. In musterhafter Ordnung hielten die Massen während des Marsches und auf dem Platz aus, ohne Störung erfolgte die Auflösung. Eine herrliche Demonstration! Ghemnitz fest noch!

Zwickau. Am Vormittag wurde ein Festzug veranstaltet, der 500 Personen stark durch die Straßen der Stadt nach den Versammlungslokalen sich bewegte. Nachmittags nahmen am Auszug 500-600 Personen teil. Abends fanden in 7 Lokalen Kommerse statt, die insgesamt von 5000 Personen besucht waren.

Crimmitschau. Der Festzug wies 2500 Teilnehmer auf. Eine Versammlung fand unter freiem Himmel statt. Die Abendkommerse waren von circa 3000 Personen besucht.

Verdau i. Sachsen. Festzug und Abendkommerse erfreuten sich starker Teilnahme.

Planen i. S. Festzug umfaßte 5000 Personen, Abendkommerse und Versammlungen waren überfüllt.

Deßau i. B. Morgenparade mit 500 Teilnehmer, Versammlung 1000 Besucher. In den anderen vogtländischen Städten fanden überall unter starker Beteiligung gleichfalls Maiereien statt.

Bayern.

München. Von 10 Uhr ab zogen Münchens Sozialdemokraten zu den 12 Versammlungslokalen. Pünktlich zur verabredeten Zeit zogen die Züge, unter Vorantritt von Musikkorps, in Bewegung. Rote Fahnen, darunter historische, die vor dem Sozialistengesetz schon Wahrzeichen einer engeren Parteigruppierung waren, und viele Embleme, deren Inhalt sich auf den Achtstundentag und auf das freie Wahlrecht bezogen oder die Sympathie für die ausgesperrten Bauarbeiter ausdrückten, wurden in der schier endlosen Kolonne mitgetragen. Die beim Marsche durch die Stadt von Tausenden begrüßten Züge liefen auf der Theresienwiese zusammen, wo am Standbild der Babaria 8 Rednertribünen mit roten Zählern und Tannengrün geschmückt, aufgeschlagen waren. Der Arbeiter-Sängerbund hatte in der Mitte des kolossalen Platzes Aufstellung genommen und um 1 Uhr ertönte aus mehr als 500 Kehlen der prächtige Chor: „Empor zum Licht!“ Eine rote Flagge gab den Rednern das Signal, der Zuhörerchaft, die mehr als 100 000 Köpfe zählte, die Bedeutung des 1. Mai zu erklären. Wie großer Donner ging es durch die Reihen, wenn die Redner auf die schmachvollen Vorgänge in Preußen und die brutale Aussperrung der Bauarbeiter hinwiesen, und begeistert wurde die Resolutions angenommen. Mit dem Raffengefang der Marzellaise endete die Versammlung. — In musterhafter Ordnung traten dann die Reihen wieder an und zogen mit Musik entweder zu Ausflugsorten oder zu den Versammlungslokalen. Noch nie hat München eine so gewaltige Demonstration gesehen wie die Maifeier 1910.

Die Maifeier in Nürnberg zeigte ein kolossales Massenaufgebot demonstrierender Proletarier. Schon vor 8 Uhr strömten ungezählte Scharen der städtischen Festhalle im Luisoldhain zu, wohin das Massenmeeting einberufen war. Bald war der gewaltige Hauf, der 20 000 Menschen faßt, von Menschen angefüllt. Ein Massenschrei der Arbeiter, dirigiert von Wendelin Weißheimer, leitete die Feier ein. In zwei verschiedenen Stellen der Festhalle sprachen zwei Redner, die Genossen Dr. Südekum und Simon, zu gleicher Zeit über die Maiforderungen. Nach Annahme der Resolution schloß ein Gesangchor die Versammlung. Die vielen Tausende strömten hinaus in die Anlagen des Parks und machten durch ihre musterhafte Ordnung die Gründe zuschanden, die der Magistrat vorgebracht hatte, als er die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Versammlung unter freiem Himmel in demselben Park verweigerte. Er meinte: bei dem Massenandrang würden die Anlagen beschädigt. Aber nicht ein Grasalm litt Schaden, als die gewaltige Menschenmenge sich draußen sammelte und ohne Kommando zu einem Zuge ordnete, der sich ernst und feierlich zur Stadt zurück und dort um den Ring bewegte. Polizei war nirgends zu sehen, sie hatte das Feld unseren Ordnern überlassen, so daß keinerlei Mißklang in die Feier hineingetragen wurde.

Nachmittags fanden in zwei Parklokalen Festlichkeiten statt, zu denen die Besucher zum Teil in verschiedenen Zügen marschierten. Die Badergerfellen, die gerade in einer Bewegung stehen, benützten den Tag zu einer Rebedemonstration für ihre Forderungen auf Beseitigung des Kost- und Logiszwanges, indem sie sich auf dem Spitalplatz sammelten und auf einem großen Umzuge vor den hartnäckigen Badermeistern defilierten, um dann nach dem Tullnauer Park abzumarschieren.

In den übrigen Orten des Industriegebiets nahm die Feier ebenfalls einen erhebenden Verlauf. Festzüge fanden statt in Fürth, Gerbrud, Lauf, Schwabach und vielen kleineren Orten. Überall wickelte sich die Demonstration in der größten Ruhe ab.

Hof. Ein Festzug in Hof unter Beteiligung von 4000-5000 Personen.

Ludwigshafen. Eine Maifeierdemonstration wie noch nie bisher. Am Festzug beteiligten sich 10 000 Personen, auf dem Festplatz waren 15 000 Personen versammelt. Auch in Kaiserlautern und anderen Pfälzer Städten große Beteiligung an der Maifeier.

Neustadt a. S. Zur Maifeier auf der historischen Stätte des Gambader Schlosses waren 6000 Personen versammelt. Die Feier verlief großartig.

Bayreuth. Erste Versammlung unter freiem Himmel, 6000 Personen, anschließend ein Umzug.

Schweinfurt. Die Maifeier gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung. An dem Festzuge beteiligten sich über 8000 Personen. Bei der Massenversammlung auf dem Reichrasen standen 4000 Personen Kopf an Kopf.

Württemberg.

Stuttgart. In Stuttgart fand Sonntag mittag um 2 Uhr eine von gegen 15 000 Personen besuchte Versammlung unter freiem Himmel auf dem Cannstatter Wasen statt, in der von drei Tribünen herab gesprochen wurde. Die Parteigenossen aus den einzelnen Stadtteilen marschierten im geschlossenen Zuge und mit Fahnen durch die Stadt zur Versammlung sowie wieder zurück, was einen sehr imposanten Eindruck machte. Abends fanden statt besuchte Feiern in fünf Lokalen statt.

Heilbronn. 8000 Menschen an der Demonstration auf dem Festplatz beteiligt, 3000 an der Versammlung. In vielen württembergischen Orten Demonstrationen.

Auch in Ehlingen, Göppingen, Gerchenheim war die Maifeier glänzend besetzt.

Baden.

Mannheim. Die Mannheimer Arbeiterklasse veranstaltete am Vormittag einen Umzug durch die Stadt, an dem sich über 15 000 Arbeiter beteiligten. Im Anschluß hieran fand eine Versammlung unter freiem Himmel statt, bei welcher von drei Standorten aus gleichzeitig die Genossen Dr. Frank, Remmele und Werfel sprachen. Die Straßen, durch die der Umzug ging, waren dicht mit Zuschauern besetzt. Die Polizei war gänzlich zurückgezogen, so daß die Veranstaltung ohne jeden Zwischenfall verlief.

Im 11. badischen Wahlkreis tagten außerdem nachmittags in 18 Orten gutbesuchte Versammlungen.

In Heidelberg war ein Umzug und eine Versammlung unter freiem Himmel arrangiert. Die Zahl der Teilnehmer wird hier auf 7000 bis 8000 geschätzt.

Die Feier war in hiesiger Gegend durch ein prächtiges Wetter gefördert.

Karlsruhe. Demonstration unter freiem Himmel; 8000 Personen waren anwesend; von zwei Tribünen wurde gesprochen. Anschließend ein Umzug unter Mitführung der Fahnen der Arbeiterorganisationen. Die Radmittagsfeiern waren in ganz Baden, auch in den ländlichen Ortschaften, sehr gut besetzt.

Walsdorf (Els.). In der Vormittagsversammlung waren 5000 bis 6000 Personen. Nachmittags fanden Straßenzüge statt mit anschließendem Waldfest. Die Beteiligung betrug hier circa 10 000.

Strasbourg i. Elz. Die Maifeier hat in ganz Elzsaß-Polsingen unter großer Teilnahme der Arbeiterklasse einen ausgezeichneten Verlauf genommen. Die Versammlungen unter freiem Himmel und die Umzüge waren durchweg gestaltet worden. In Strasbourg beteiligten sich an der Versammlung im alten Bahnhof und am Umzug 3000 Personen.

In Neuch war die Versammlung auf dem Marzellenplatz von 2500 Personen besucht. Auch in den kleineren Städten war die Beteiligung viel größer als in den früheren Jahren. Ein Hindernis hat die Feier nur in Diedenhofen gefunden, wo durch den Einfluß der Eisenindustriellen unseren Genossen das Lokal noch in letzter Stunde abgetrieben wurde.

Weitere Meldungen aus dem Reiche.

Braunschweig. Vormittags fand ein Ausflug nach dem Walde bei einer Teilnehmerzahl von 25 000—30 000 statt. Dasselbe gruppierte sich die Teilnehmerzahl zu zwei Versammlungen. Die Nachmittagsfeier wurde in sieben Lokalen begangen. Im Herzogtum fanden weiter 27 Kaiserfeierveranstaltungen statt.

Helbra (Ransfelder Seelweis). Welche Fortschritte mit unserer ganzen Bewegung auch der Kaisergedanke gemacht hat, trat besonders in dem Ransfelder Bergrevier zutage. Sowohl die politische wie die gewerkschaftliche Bewegung haben dort nach dem großen Ransfelder Bergarbeiterstreik bekanntlich einen gewaltigen Aufschwung genommen. In verschiedenen Ortschaften wurden denn auch diesmal Waisfeiern veranstaltet. In dem großen Bergarbeiterdorf Helbra, wo bisher überhaupt noch keine Waisfeier zustande gekommen war, hatte Genosse Ledebour am 1. Mai die Beaderung dieses sozialistischen Neulands übernommen. Von weit her waren aus dem ganzen Gebiet die Genossen zusammengeströmt, so daß, als um 4 Uhr nachmittags die Versammlung eröffnet wurde, Willetts für die Feier an 3500 Personen, darunter sehr viele Frauen, abgesetzt waren. Die Rednertribüne mußte im Freien, unmittelbar vor den geöffneten Saalfenstern errichtet werden, um den in Saal und Garten dicht zusammengedrängten Leuten das Zuhören zu ermöglichen. Mit freudiger Zustimmung begleiteten sie die Worte des Redners, als er die Bedeutung dieses Gedentages des internationalen, völkerbefreien Sozialismus erläuterte, so daß die Waisfeier auch jetzt in Helbra fest eingewurzelt ist.

Saarbrücken. Die Polizei hatte den Maiumzug mit Musik durch die Stadt nach dem Marktplatz und Maschütze genehmigt und die Genehmigung nicht zurückgezogen. Jedoch der Maiumzug vom Gewerkschaftshaus in besagter Richtung ohne Störung stattgefunden hat. Die Polizei ließ sich auf der ganzen Strecke, weder in der Stadt noch außerhalb sehen. Die Zahl der Teilnehmer betrug 600 bis 800, für Saarbrücken eine glänzende Beteiligung.

Bonn. Die Vormittagsversammlung in Püchen war sehr gut besucht. Der Kandidat des Kreises, Genosse Dr. Erdmann-Köln, erlitt stürmischen Beifall. Die Abendveranstaltung im Volkshaus war überfüllt. Die Darbietungen wurden durchweg sehr gut aufgenommen.

Die Waisfeier in Elbing litt außerordentlich unter schlechtem Wetter. Immerhin nahmen 800 Genossen als Zuhörer das Referat des Genossen Crispian-Danzig entgegen.

In Kafel a. d. R. wurde zur Waisversammlung ein städtischer Platz zur Verfügung gestellt. Trotz des schlechten Wetters waren rund 700 Personen erschienen. Dagegen verbot der Distriktskommissar für Steinburg, einem Vorort von Kafel, das Waisfest. In Kafel selbst fehlt der Arbeiterschaft kein größeres Lokal zur Verfügung, deshalb mußte das Fest nach dem Vorort verlegt werden. Die Begründung hat folgenden Wortlaut: „Ihrem heutigen, im Auftrag des Gewerkschaftsrates gestellten Antrage um polizeiliche Erlaubnis zu einem Vergnügen im Lokale des Gastwirts Jittlow zu Steinburg für den 1. Mai d. J. muß ich die Genehmigung verweigern, weil die durch die Bewegung im Bauergewerbe in Steinburg und Brückenlopf hervorgerufene Erregung Unruhestörungen infolge eines derartigen Vergnügens befürchten läßt und weil ferner das Lokal des Gastwirts Jittlow für Veranstaltung eines größeren Vergnügens unzulänglich ist.“ Welche polizeiliche Fürsorge! Dafür leben wir auch in der polizeilich regierten Provinz Posen!

Die Waisfeier im Ausland.

Oesterreich.

Wien, 2. Mai (Privatdepesche des „Vorwärts“). Der Waisfeiertag wurde in Oesterreich überall durch Straßenumzüge und Versammlungen gefeiert. In Wien war die Beteiligung an dem Marsch in den Prater eine außerordentlich starke. Die Züge marschierten geschlossen unter Mitnahme ihrer Fahnen und Banner. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

Schweiz.

Bern, 1. Mai. Der heutige Tag ist in der ganzen Schweiz vollkommen ruhig verlaufen. Nur in Genf kam es zwischen der Polizei und einer Volksmenge, die von auswärts nach der Stadt zurückkehrte und von Anarchisten geführt wurde, zu einem Zusammenstoß. Die Menge umringte einen Gendarmeposten und schlug mehrere Fensterscheiben ein. Nach einer Stunde hatte die Polizei, die drei Aufseher verhaftete, die Ordnung wiederhergestellt.

Frankreich.

Paris, 1. Mai. (Eig. Ber.) Der Gewerkschaftsverband des Seine-Departements hat die Demonstration im Bois de Boulogne, die er zuerst dem Verbot der Regierung zum Trotz in den Pariser Straßen fortsetzen wollte, in letzter Stunde ganz abgesetzt. Die ungeheuren militärischen Vorbereitungen und die drohende Sprache der Regierung — Herr Briand selbst hat es unter seiner Würde gefunden, die Vertreter der Gewerkschaften persönlich zu empfangen — ließen keine Hoffnung mehr, daß die Absicht der Gewerkschaften, der Kundgebung einen friedlichen Charakter zu bewahren, durchgeführt werden könnte. Wohl hatte — von der Forderung der Gewerkschaftsführer abgesehen — auch der Ort und die Zeit der Kundgebung eine Bürgschaft dafür gegeben, daß die Demonstration nicht durch das Eindringen von „Abaden“ ihrer Würde verlustig werde, aber Briand, der noch vor einigen Monaten den Protestzug gegen die Hinrichtung Ferrers gestattet hat, fühlt sich jetzt nur noch als „starker Mann“, der vor der bewundernden Bourgeoisie das Proletariat niederguzwingen hat. Als gewissenhafte Männer konnten die Vertrauensleute der Gewerkschaften nicht anders handeln, als dem sicheren Blutbad vorzubeugen, und die heutigen Vormittagsversammlungen auf der Arbeitsbörse haben denn auch, nach einem leichtbegreiflichen Schwanken, ihren Standpunkt verstanden. Ein Flugblatt und eine Extraausgabe der „Humanité“ verständigten die Arbeiterschaft von der Entscheidung. Die Arbeiter wurden darauf dringend ermahnt, das Bois zu meiden und statt dessen auf den Boulevards spazieren zu gehen. Die Anweisung wurde in ihrem ersten Teil ziemlich befolgt. Man sah im Park Polizei und Militär verschiedener Waffengattungen in riesiger Menge, recht viele Reugierige und nur wenig Arbeiter. Dagegen war auf den Boulevards, die ihr gewöhnliches Sonntagsgedränge zeigten, von Demonstranten nichts zu bemerken. Die Mangelhaftigkeit der Organisation war nicht zu verkennen.

Die Empörung der Arbeiterschaft über diesen neuen Streik Briands ist ungeheuer. Die leichtfertige, mit herausfordernden Redensarten bewirkte Herbeiführung einer Situation, die ein schreckliches Massaker fast unausweichlich erscheinen ließ, wird die dritte Republik tatsächlich in eine Epoche zurück, wo die Arbeiterklasse durch brutale Gewalt jeder Regierung beraubt war. Wer wird sie aus diesem Zustand hinausführen? Sicher nicht der „Bürger Browning“, an den Herr v. B. in seiner ebenso gewissenlosen wie unbedachten Renommisterei appelliert hat. Briand hat in dieser Phrase eine elende Ausrede für sein heutiges Vorgehen gefunden und sich natürlich darum nicht gekümmert, daß Herr v. B. schließlich erklärte, daß er für diesmal den „Bürger Browning“ nicht misspazieren führen wolle. Herr v. B. Aberheiten entschuldigen

Briand nicht im geringsten, aber vielleicht werden sich noch mehr revolutionäre Gewerkschafter als bisher ihre Gedanken über den vorwärtigen Notgeber machen. Auch wäre das hartnäckige Unglück, daß die Waisunternehmungen der G. S. L. verfolgt, wohl geeignet, die Kritik einer Taktik und Organisationsmethode nahelegen, die die Bourgeoisie anmaßender und übermütiger, die indifferenten Arbeiter noch skeptischer zu machen geeignet ist.

Paris, 2. Mai. Der 1. Mai ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Im Bois de Boulogne geriet die Polizei kleineren Gruppen von Mitgliedern der Syndikate, die den Verkehr hemmten. Hierbei wurde ein Polizeibeamter verletzt; ein Demonstrant wurde verhaftet. Auch an anderen Stellen kam es zu Verhaftungen, von denen im ganzen sieben aufrecht erhalten wurden. Die Verhafteten werden sich wegen Beamtenbeleidigung zu verantworten haben.

Belgien.

Brüssel, 2. Mai (Privatdepesche des „Vorwärts“). Die Waisfeier verlief hier unter sehr starker Beteiligung in gewohnter Weise. An dem Straßenumzug, in dem die roten Banner mitgeführt wurden und an dessen Spitze Russkorps schritten, beteiligten sich viele Tausende; sehr stark war auch die Teilnahme der Frauen. Vor dem Volkshaus hielten verschiedene Redner Ansprachen, in denen namentlich auf die große Bedeutung der bevorstehenden Wahlen hingewiesen wurde. Ebenso fanden in allen anderen Städten Umzüge und Versammlungen statt. Besonders groß war die Manifestation der Streikenden in den Kohlenbezirken. Ueberall nahm die Feier einen würdigen und ungehörten Verlauf.

England.

London, 2. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“). Die Sozialdemokratische Partei, die Sozialistische Liga der anglokanischen Kirche, die Unabhängige Arbeiterpartei, die Gewerkschaften und die ausländischen Sozialisten Londons zogen heute mit Musik und etwa 100 Fahnen von Charing Cross durch Trafalgar Square, Pall Mall, Piccadilly nach Hyde-Park, wo 10 Wagen als Tribünen aufgestellt waren. An dem Umzug nahmen zirka 25 000 Personen teil. Unter den Fahnen fielen die drei der christlichen Sozialisten mit dem weißen Kreuz auf rotem Grunde auf. Besondere Aufmerksamkeit lenkten die zahlreichen Kinder der sozialistischen Sonntagschulen auf sich, zu denen mehrere Redner von der ersten Tribüne sprachen. Auf Tribüne 10 sprachen deutsche, französische, ungarische, russische, polnische und lettische Redner.

Um 5 Uhr wurde auf allen Tribünen folgende Resolution verlesen und einstimmig angenommen:

Wir senden brüderliche Grüße an unsere sozialistischen und gewerkschaftlichen Genossen aller Länder zum Zeichen der internationalen Solidarität und wir wiederholen unseren Entschluß, für die Befreiung von der Lohnsklaverei zu kämpfen und ein kooperatives Gemeinwesen auf Grund des Gemeinbesitzes der Produktionsmittel zu kämpfen.

Als Mittel zu diesem Ziele verlangen wir: Erhaltung der Schulkinder auf Staatskosten, Organisation der Beschäftigungslosen, Achtstundentag, Verbesserung des Alterspensionsgesetzes, Allgemeines Wahlrecht, Abgeordnetendiäten und Wahlkosten aus staatlichen Mitteln, Verhältniswahlen.

Wir verurteilen aufs entschiedenste die Bemühungen der Jingo-Prese, Feindschaft zwischen dem deutschen und britischen Volke zu säen — eine Feindschaft, die aus der Rivalität der kapitalistischen Klasse beider Länder entsteht und die die Arbeiter nicht berührt, da das Proletariat sowohl hier wie im Auslande um das Produkt seiner Arbeit beraubt wird. Wir versprechen, mit unseren deutschen Arbeitergenossen zusammenzuwirken, um harmonische Beziehungen zwischen den beiden Ländern herzustellen, und wir protestieren energisch gegen die wachsenden Rüstungen in den kapitalistischen Ländern.

Um 6 Uhr war das Massenmeeting zu Ende. Zwischenfälle waren nicht zu verzeichnen. Die Polizei überließ die Aufrechterhaltung der Ordnung unseren Ordnern.

Holland.

Amsterdam, 1. Mai (Privatdepesche des „Vorwärts“). Der Verlauf der Feier des ersten Maitagess wurde sich in hergebrachter Weise. Die Straßendemonstrationen und Festversammlungen wiesen im ganzen Lande starke Teilnahme auf; unter der politischen Stille des Augenblicks aber und der stets weiter um sich greifenden Neigung zum Reformismus hat sich die früher bei der Waisfeier mehr hervortretende Wärme des erwachenden sozialistischen Fühlens und Denkens der Massen etwas abgekühlt. In Amsterdam fand am Vorabend des Maitagess der gebräuchliche Straßenumzug statt, unter klingendem Spiele mehrerer Russkorps, erleuchtet von zahlreichen Fackeln, hunderte von Bannern und Inskripten, zog er durch den fünften Wahlkreis der Stadt, während Tausende sich wieder längs des Weges geschart hatten. Der eine halbe Stunde lange von 10 000 Teilnehmern gebildete Zug hinterließ einen starken Eindruck und nahm einen ungehörten Verlauf. Die Festversammlungen waren bis auf den letzten Platz gefüllt, sowohl die beiden der sozialdemokratischen, als auch die der freisozialistisch-anarchistischen Arbeiter.

Ein Verlegenheitsprodukt.

Treffend hat so der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld am Montag vor der Berufungskammer des Landgerichts Berlin I die Anklage im Wahlrechtsprozess des „Vorwärts“ bezeichnet. Herr Erster Staatsanwalt Steinbrecht, der wieder die Anklage vertrat, hat dem eifrig widersprochen. Er glaubte den Verteidiger mazzuzusehen durch den Hinweis, daß die Unterjuchung gegen den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, den Genossen Barth, schon am 8. März eingeleitet worden sei — nicht erst nach dem 6. März, der der Sozialdemokratie den großen Erfolg brachte. Der Polizeipräsident sei aber nicht durch diesen Erfolg der Arbeiterschaft erst zur Gerichtsaktion bestimmt worden. Das stimmt, aber was der Herr Erste Staatsanwalt damit beweisen wollte, das hat er nicht bewiesen. Die Verlegenheit des Polizeipräsidenten begann nicht erst am 6. März, wenngleich sie natürlich nach dem glänzenden Gelingen der großen Demonstration angefaßt des lachenden Europas am größten war. Sie begann schon, als es sich zeigte, daß sich die Arbeiterschaft Berlins durch das unbegründete Verbot und durch die Anklage des Polizeipräsidenten, daß er den politischen Wahlrechtsprozess gewaltsam verhindern werde, nicht einschüchtern, nicht beirren, nicht von dem Entschluß abbringen ließ, ihren Protest gegen das Wahlrechtsverbot öffentlich kundzugeben. Damals suchte die Polizei nach einem Mittel, die weitere Anklage des Wahlrechtsprozesses im „Vorwärts“ zu verhindern. Sie fand kein anderes als eine Anklageandrohung gegen den verantwortlichen Redakteur, die ihn zwingen sollte, in den nächsten Nummern jede Erwähnung der kommenden Kundgebung zu unterdrücken. Das Mittel schlug fehl, mußte schief schlagen, weil Genosse Barth damals ebenjowenig wie heute anzuerkennen vermochte, daß die Mitteilung, die Arbeiterschaft rüste zu einem Wahlrechtsprozess, eine Veranstaltung nicht genehmigter Umzüge und Versammlungen

unter freiem Himmel und die Aufforderung an andere zum gleichen Verstoß gegen das Wahlrechtsgesetz sei. Und nach dem 6. März wurde dann das unbrauchbare Mittel der Unterdrückung der Kundgebung zu einem ebenso unbrauchbaren Mittel, der Polizei aus der Verlegenheit zu helfen, in die sie der Verkauf des 6. März gebracht hatte, den Eindruck zu verwischen, den ihre Ueberlistung durch das Berliner Proletariat in der Öffentlichkeit hervorrief.

Es war ein unbrauchbares Mittel. Denn obgleich die Staatsanwaltschaft nun in beiden Instanzen die Verurteilung des Angeklagten durchgesetzt hat, so ist doch der Erfolg des Polizeipräsidenten ein sehr fragwürdiger. Das, worauf es ihm weit mehr ankommen mußte, als auf die Verurteilung des „Vorwärts“-Redakteurs, nämlich den Eindruck seiner Blamage zu verwischen und den Erfolg der Sozialdemokratie in der Öffentlichkeit abzuschwächen, das ist ihm nicht gelungen. Im Gegenteil, die Sozialdemokratie kann mit großer Genugtuung auf den Prozess blicken.

Am 1. April strieben wir in der Besprechung des Schöffengerichtsprozesses:

Für den Herrn Polizeipräsidenten fiel die Schale ab, für die Sozialdemokratie der Kern, für das System Jagow-Mollath-Wehmann die Verurteilung, für die Trägerin des Wahlrechtskampfes die Begründung. Und die Verhandlung!

Die Verhandlung — die Weisenaufnahme. Oder kann es eine glänzendere Anerkennung der Disziplin und der politischen Schulung geben, die die Sozialdemokratie der Arbeiterschaft vermittelt hat, als diese Verhandlung! Ein packender Beweis für die politische Reife der deutschen Arbeiterschaft, ihrer Reife für gleiches Wahlrecht und für das Recht auf die Straße, als diese Verhandlung vor dem Schöffengericht zu Roßbühl! Man schaute sich diese Verhandlungen von Männern an, die nicht im Lager der Sozialdemokratie stehen, die aus jenen politischen Kreisen stammen, in denen bis vor kurzem die allgemeine Meinung noch entschieden gegen Straßendemonstrationen war, die endlich durch ihren Verstoß zur scharfen Beobachtung besonders geschult sind. Ihre präzisen Angaben über das Verhalten der Wahlrechtsprozessgänger im Tiergarten zeigen, wo die Kultur und Weisheit zu finden ist, die die Polizei des Herrn v. Jagow angeblich gegen die demonstrierenden Massen schämen mußte. Der Herr Polizeipräsident und die Staatsanwaltschaft haben uns zu der eiblichen Feststellung durch klassische Zeugen verholfen, daß die Wahlrechtsprozessgänger unter sich die strengste Ordnung hielten, daß sie sich sorgfältig hüteten, den Verkehr zu stören, daß Sonntagsprozessgänger, Automobile und andere Fahrzeugwerke stets durchgelassen wurden, daß Teilnehmer, die die Selbstherrschung nicht völlig betwahrten, schnell und gründlich zur Reison gebracht wurden.

Wir können dieses Urteil heute uneingeschränkt wiederholen. Die Berufungsverhandlung bot in allem Wesentlichen dasselbe Schauspiel wie die der ersten Instanz. Freilich waren sowohl von der Anklagebehörde wie von der Verteidigung neue Zeugen geladen worden, aber sie brachten nichts Neues mehr, sie unterstrichen nur einige Stücke der Weisenaufnahme von dem Schöffengericht. Die Verhandlungen der „Tagesblatt“-Redakteure wurden bestätigt durch die Äußerungen der Zeugen Dr. Dohle, Dr. Heuß, Loewy und Paulsen Ruth Ors und des Reichstagsabgeordneten Gothein, und eine Reihe von Schutzleuten vermehrte die Zahl der polizeilichen Schilderungen des Tages. Die Polizeizeugen sahen die Ereignisse mit anderen Augen als die Zivilisten, wie ja natürlich — indes wird der Erste Staatsanwalt nicht viel Gläubige in Prüfen finden, wenn er meint, daß auf der Seite der Polizeibeamten die größte Objektivität ist. Sie sind in diesem Falle Partei — viel mehr Partei als die vom Angeklagten geladenen Zeugen, die sämtlich im bürgerlichen Lager, nicht in den Reihen der Sozialdemokratie stehen. Für die Objektivität der Polizeizeugen spricht gerade, daß keiner von ihnen einen Kameraden mit dem Säbel hat einhauen sehen, obgleich das, wie schon die Aussage des Genossen Stadthagen zeigt, vorgekommen ist. Unter sich sind sie uneinig darüber, ob die Schimpfworte wider sie, wie Bluthunde, vor oder erst nach den Attaken gefallen sind, sobald aber den Aussagen, die das erstere behaupteten, etwas näher auf den Grund gegangen wurde, so zeigte sich jedesmal, daß die Leute, die derartige Äußerungen, vorher schon Objekt oder Zuschauer polizeilicher Attaken gewesen waren. Zwei der interessantesten Zeugen der Schöffengerichtsverhandlung hatte die Staatsanwaltschaft diesmal nicht geladen — die beiden Gendarmen, von denen der eine damals gläubig die Häubergeschichte von dem schriftlichen Parteibefehl an die Demonstranten erzählte, die Schutzleute niedergzuschlagen. Herr Steinbrecht hatte wohl eingesehen, daß die allzu naiven Aussagen dieser Zeugen die Position des Polizeipräsidenten nicht verbessern.

Wertvoll für die Feststellung der historischen Wahrheit über den 6. März war die Aussage eines berittenen Schuhmannes, daß der Polizeimajor Lange, der die Attake am Großen Stern machen ließ, von weiteren ähnlichen Aktionen abhat, weil er sich mit seiner Handvoll Leute ohnmächtig gegen die Zehntausende fühlte. Damit sind die krampfhaften Versuche der Polizei, die Öffentlichkeit darüber zu täuschen, daß sie durch die Verlegung der Demonstration in den Tiergarten völlig überzumpft wurde, wohl endgültig erledigt.

Mit dem politischen Ertrag des Prozesses kann also die Sozialdemokratie sehr zufrieden sein. Genosse Barth hat diesem stolzen Gefühl in seiner Schlussrede den treffendsten Ausdruck verliehen. Ein Monat Haft ist gewiß kein Pappenspiel — aber die Sozialdemokratie ist daran gewöhnt, ihre Erfolge mit Opfern zu bezahlen. Schlechtliebt steht das Urteil, wie die vorreffliche, pointierte wie politisch gleich stichste Verteidigungsrede des Genossen Rosenfeld nachweist, auf sehr schwacher juristischer Basis. Die Richter entschieden, wie sie es für recht hielten. Sie werden sich bemüht haben, gerechte, unparteiische Richter zu sein, aber sie haben nicht verhindern können, daß ihnen unbewußt die Staatsraison das Urteil lenkte. Denn sie sind Glieder der herrschenden Klasse und vor ihnen hand der Sozialdemokrat, der seine Zeit nicht bereute, sondern sie als ein Recht verfocht und den Wahlrechtskampf im Gerichtssaal proklamirte.

Das Urteil ist hier wie in so vielen politischen Prozessen nicht das wichtigste. Alles andere aber außer dem Urteil hat die Sozialdemokratie in die Bücher ihrer Erfolge eingetragen und wahr wird das Wort, das der Angeklagte im Schlusswort sprach, daß dieser Prozess fördern werde

den Wahlrechtskampf!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Mai 1910.

Stellenvermittlung.

Aus dem Reichstag, 2. Mai. Die Uebstände der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung werden vor allen Dingen von den Arbeitern aller Berufsweige empfunden. Deshalb stehen die Arbeiter, steht auch die sozialdemokratische Partei der Regelung des Stellenvermittlungswesens durchaus

sympathisch gegenüber. Nur schade, daß der Regierungsentwurf, auch in der Fassung, wie er jetzt nach der Kommissionsbearbeitung an das Haus zur zweiten Lesung gelangt ist, den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter keineswegs genügt, obson einige Verbesserungen durch ihn erreicht werden.

Der Entwurf will die private Stellenvermittlung bestehen lassen; nur dort sollen private Stellenvermittler nicht wieder konfessioniert werden, wo „ein Bedürfnis nicht vorliegt“, insbesondere nicht dort, wo gemeinnützige Arbeitsnachweise in ausreichender Weise dem Bedürfnis genügen. Sonst werden die privaten Stellenvermittler unter schärfere Kontrolle gestellt als bisher, auch der indirekten Ausbeute der Stellenjücker durch die Vermittler werden Schranken gezogen.

Um nun dem Uebel radikal an die Wurzel zu gehen, haben die Sozialdemokraten wie in der Kommission auch zur zweiten Lesung Anträge gestellt, die die Errichtung von Arbeitsnachweisen in allen Gemeinden vorsehen und nur bis zum 1. Januar 1914 die gegenwärtig bestehenden privaten Stellenvermittlungsgeschäfte fortbestehen lassen wollen, sofern sie nicht auf Grund der schärferen Kontrollbestimmungen des Gesetzes früher schon kassiert werden müssen.

In der Debatte vertreten die Genossen Hildenbrand und Schmidt-Verein energisch den sozialdemokratischen Standpunkt unter besonderer Betonung der Tatsache, daß unsere Partei von jeher für paritätische Gemeinde-Arbeitsnachweise sich ins Zeug gelegt und vor allem den Versuch schärfmächterischer Unternehmer, einseitige Unternehmernachweise durchzuführen, entschieden bekämpft hat. Es gelang indes nicht, für unsere Anträge eine Mehrheit zu gewinnen. Außer den Sozialdemokraten stimmten nur die Polen dafür. Wesentlich kamen dann die Kommissionsanträge, die meisten auch unter Zustimmung der Sozialdemokratie zur Annahme. Ueber das ganze Gesetz wird erst in dritter Lesung abgestimmt.

Das Parlament der Arbeiterfeinde.

Wie gleichgültig dem preussischen Junkerparlament die höchsten Interessen des Volkes sind, dafür legte es am Montag wieder einmal einen vollgültigen Beweis an den Tag. Auf der Tagesordnung stand die dritte Lesung des Etats. Angesichts der hochspannten politischen Situation hätte man bei dieser Gelegenheit hochpolitische Debatten erwarten können. In jedem anderen Parlament hätten solche Erörterungen auch sicher stattgefunden. Anders im Dreiklassenhaus. Die bürgerlichen Parteien waren übereingekommen, in der Generaldebatte überhaupt nicht zu reden. So kam denn als einziger Redner Genosse Stroebel zu Worte, dem noch dazu durch einen Beschluss, daß über die Wahlrechtsfrage nicht gesprochen werden darf, erhebliche Beschränkungen auferlegt waren. Stroebel konnte nicht auf das Verhältnis der Parteien zueinander eingehen, er mußte sich damit begnügen, die durch die Wendung der Dinge am innerpolitischen Horizont neugeschaffene Konstellation nur kurz zu streifen. Um so eingehender beschäftigte er sich mit einer Reihe anderer wichtiger Fragen, vor allem mit den Arbeitsverhältnissen der Staatsarbeiter. Die bürgerliche Mehrheit wollte offenbar auch äußerlich zeigen, wie gleichgültig es ihnen ist, welche Löhne die Staatsarbeiter bekommen und wie die Regierung ihr Koalitionsrecht mit ihnen trit. Die Herren pflogen laute Privatunterhaltungen, so daß unser Redner gezwungen war, ihnen das Unpassende ihres Benehmens zu Gemüte zu führen. Viel genügt hat es freilich nicht. Gerade die Angehörigen der Parteien, die immer über das Sinken des parlamentarischen Anstandes jammern, hätten alle Ursache, erst einmal vor ihrer eigenen Tür zu stehen.

Im weiteren Verlauf seiner Rede hielt Stroebel der Regierung ihre Sünden auf den verschiedensten Gebieten, vor allem auf dem Gebiete der Schule, vor Augen, um dann schließlich scharfe Kritik an den geschwätzigen Verböten der Matuzüge zu üben.

Wie die bürgerlichen Parteien, so hüllten sich auch die Vertreter der Regierung in Schweigen. Vielleicht war das das Beste, was sie tun konnten. Ruheten sie doch nur zu gut, wie berechtigt die Anklagen unseres Redners waren. Auch als später beim Etat des Ministeriums des Innern der Abg. Fischel (Fortschritt. Sp.) die Verbote der Matuzüge zur Sprache brachte, erwiderte der Minister nichts.

Eine gründliche Abfuhr holte sich im Laufe der Sitzung der konfessionale Abg. v. Arnim, der beim Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung mit unserem Genossen Leinert andanbelte, aber von diesem so gut zugehört wurde, daß er schließlich nichts anderes zu tun wußte, als mit der Pistole zu drohen, wenn Leinert satisfaktionsfähig wäre. Ein Glück, daß Leinert nicht Reserveoffizier ist, sonst müßte er sich mit Herrn v. Arnim schießen. Nebenbei hatte Herr v. Arnim früher schon einmal unsern Genossen Adolf Hoffmann vor die Pistole fordern wollen, aber aus denselben Gründen davon Abstand genommen. Es ist doch gut, daß unsere Genossen nicht satisfaktionsfähig sind, sonst würde es mit der kleinen Fraktion bald zu Ende sein. Jedenfalls ist das die bequemste Methode, wie man unangenehme Gegner los wird. Wird diese Art des Kampfes mit „geistigen Waffen“ allgemein üblich, dann wird sogar der Hausrechtsparagraf entbehrlich.

Die Christlichsozialen und das Schandgesetz.

Die Beschlüsse des Herrenhauses sind selbst den Christlichsozialen zu reaktiv. Die „Staatsbürger-Ztg.“ schreibt:

„Dann kam die Wahlrechtsvorlage in das Herrenhaus und hier wurden solche Verbesserungen der Vorlage noch angehängt, daß sie fast ganz und gar ungenießbar wurde. Die sachliche Verschlechterung besteht darin, daß man die Drittelung in den Wahlbezirken grundsätzlich aufgab und damit den Mittelstand und die Arbeiterschichten, soweit sie ein Recht auf zwei- und ordnungsmäßige Vertretung in der Zweiten Kammer beanspruchen dürfen, ausschaltete; und zwar, weil es den Nationalliberalen daran gelegen war, durch die Drittelung in den Gemeinden dem Industrie- und Handelskapital einen größeren Einfluß zu sichern. Das Abweichen von der Drittelung in den Wahlbezirken bedeutet aber eine neue Festlegung und Erhöhung des plutokratischen Charakters der Wahlrechtsvorlage.“

Zur parlamentarischen Geschäftslage.

Eine Korrespondenz meldet: Im Abgeordnetenhause werden die Pfingstferien am 4. Mai beginnen und am 24. Mai ihr Ende erreichen. Die Anträge auf Abänderung der Geschäftsordnung werden erst nach Pfingsten beraten werden, ferner wird sofort nach den Pfingstferien die erste Lesung des Eisenbahnleihegesetzes zur Diskussion gestellt werden. Im Anschluß hieran kommen zur Beratung: Wahlrechtsvorlage, Gerichts-kostenrecht (2. und 3. Lesung), Reisekostengesetz (2. und 3. Lesung) und kleinere Gesetze. Diese Entwürfe sollen spätestens am 16. Juni dem Herrenhause vorliegen, das zu dieser Zeit wieder eine Reihe von Sitzungen abhalten will. — Das Herrenhaus wird am Sonntag, den 21. Mai, die Schlußabstimmung über die Wahlrechtsvorlage vornehmen und an diesem Tage noch einige kleinere Vorlagen erledigen. Die Staatsberatungen im Plenum des Herrenhauses werden erst am 27. Mai ihren Anfang

nehmen, um der Finanzkommission Zeit zur Vorbereitung des Etats zu gewähren. — Im Reichstage rechnet man damit, daß die Vertagung am 11. Mai, dem Mittwoch vor Pfingsten, eintritt. Ob das Kaligesez zur Verabschiedung gelangt, ist noch immer zweifelhaft.

Auf der Suche nach Oriolas Nachfolger.

Die Nationalliberalen finden keinen passenden Kandidaten für den hessischen Wahlkreis Friedberg-Büdingen, den der verstorbene Graf Oriola vertrat. Der reichsverbändlerische Dr. Becker-Sprendlingen, der schon einmal als nationalliberaler Abgeordneter den Reichstag zierte, hat die Kandidatur abgelehnt. Am Sonntag wählte nun eine nationalliberale Vertreterversammlung des Kreises eine Kommission, die einen Kandidaten vorschlagen soll, welcher nach seiner Wahl sich der nationalliberalen Reichstagsfraktion anzuschließen hat. Um die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien zur nationalliberalen Kandidatur herbeizuführen, soll die Kommission Verhandlungen mit den übrigen politischen Organisationen pflegen.

Zweierlei Maß.

Ein Montagsblatt schreibt: Daß der Berliner Polizeipräsident offenbar bei der Genehmigung resp. Verjagung von öffentlichen Umzügen mit ungleichem Maße mißt, konnte man gestern an zwei krassen Beispielen beobachten.

Während die Arbeiterschaft sich den öffentlichen Aufzug ihrer friedlich demonstrierenden Massen verlagern mußte, zog die Berliner Jugendwehr mit einem Musikkorps an der Spitze mittags gegen 1 Uhr von den Linden aus über den Lustgarten die Kaiser-Wilhelm-Strasse hinaus. Und abends gegen 8 Uhr konnte man am Halleschen Tore einen geschlossenen Zug von zirka 400 Personen, Soldaten, Zivilisten und Frauen durcheinander, erblicken, der in Begleitung einiger Offiziere, mit einem Musikkorps voraus, in die Bellealliancestrasse marschierte.

Daß diese öffentlichen Aufzüge gerade gestern vor sich gingen, mußte natürlich angesichts der Kaiserfeierverbote direkt provozierend wirken.

Eine verpönte Staatsaktion.

Bei der Wahlrechtsdemonstration am 13. Februar zogen nach der Versammlung in Reuß (Rheinland) die Genossen durch die Stadt zur Wohnung des Landrats und brachten dort doch auf ein freies Preukewahlrecht aus. Die Polizei erhob darauf gegen die Genossen Baues und Rebe Anklage wegen Vergehen gegen § 19 des Vereinsgesetzes, weil sie eine nicht angemeldete „Versammlung unter freiem Himmel“ veranstaltet haben sollten. Jetzt ist den beiden Genossen vom Amtsgericht die Mitteilung zugegangen, daß das Verfahren gegen sie eingestellt ist und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt worden sind.

Das freisinnig-nationalliberale Wahlbündnis, von dem wir bereits dieser Tage berichtet haben, scheint allmählich greifbare Gestalt annehmen zu sollen. Wenigstens erklärte sich der freisinnige Parteitag für Thüringen grundsätzlich damit einverstanden, daß ein Wahlkartell mit den Nationalliberalen abgeschlossen wird.

Nationalliberale Wahlrechtsfeindschaft.

Dem deutschen Bauernbund ist von einem Agenten des Bundes der Landwirte nachgesagt worden, daß er die Einführung des Reichstagswahlrechtes für Preußen anstrebe. Der Vorsitzende dieses Deutschen Bauernbundes, der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Bachhorst de Wente hält diesen Vorwurf für so ungeheuerlich, daß er schleunigst erklären läßt, daß eine solche Behauptung rein aus der Luft gegriffen ist. Der Deutsche Bauernbund will es an reaktionärer Festnägung offenbar mit dem Bund der Landwirte aufnehmen, und nach seinen bisherigen Leistungen scheint ihm das auch zu gelingen.

Die freisinnige Einigung.

In Nürnberg tagten am Sonntag, zuerst gesondert und dann in gemeinsamer Sitzung, die Vertreter der freisinnigen Volkspartei, der nationalsozialistischen Partei, eines Teiles der Deutschen Volkspartei und der jungliberalen Partei Bayerns. Das Ergebnis der Verhandlungen war die Fusion zur Fortschrittlichen Volkspartei in Bayern. Erster Vorsitzender der neuen Partei wurde der Reichstagsabgeordnete Müller-Reinigen. In einer Resolution wird die Einführung des Proporzsystems zu den bayerischen Landtagswahlen verlangt.

Die bayerischen Salinen.

München, 20. April. In der bayerischen Kammer spielt sich zurzeit ein heftiger Kampf wegen der bayerischen Salinen ab. Die Staatsregierung will eine Konzentration der Salinen, vorläufig von zwei derselben, herbeiführen. Die Saline Traunstein soll aufgelassen und mit der Saline des weltbekannten Bades Reichenhall vereinigt werden aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Rentabilität. Dagegen wehrt sich nun die Stadt Traunstein und findet dabei die Unterstützung eines großen Teiles der Zentrumspartei.

Der Ausgangspunkt der ganzen Aktion liegt für die Regierung einmal in der ungünstigen Situation der bayerischen Salinen überhaupt und zum andern in der zum Teil rückständigen Einrichtung derselben. Um konkurrenzfähig zu bleiben und insbesondere innerhalb der deutschen Salzkonvention seine Stellung zu behaupten, muß Bayern darauf hinarbeiten, die Produktionskosten herabzudrücken. Das soll geschehen durch die geplante Konzentration und durch eine Modernisierung des Betriebes.

Würde die Reform nicht eintreten, so würde nach Ansicht der Regierung die Mittel- und norddeutsche Konkurrenz die Existenzmöglichkeit der bayerischen Salinen überhaupt in Frage stellen.

Für die Allgemeinheit von besonderem Interesse ist die ja nicht unbekannt Tatsache, daß durch die deutsche Salzkonvention, der staatliche und private Werke angehören, die Produktion künstlich eingeschränkt wird, um den Preis des Salzes hoch zu halten. Im Interesse des konsumierenden Publikums läge es jedenfalls, wenn der bestehende Salzriegel gesprengt würde und so die freie Konkurrenz auf dem Gebiete der Salzproduktion zu ihrem Rechte käme.

Spanien.

Die Wahlen.

Madrid, 2. Mai. Das Wahlgesez bestimmt, daß ein Kandidat für die Abgeordnetenkammer, der keinen Gegenkandidaten hat, als gewählt bezeichnet wird. Demgemäß sind 114 Deputierte, also mehr als ein Viertel der Kammer, als gewählt proklamiert worden. Sie verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Parteien: 69 Liberale, 34 Konservative, 3 Republikaner, 3 Carlisten, 2 Unabhängige, 1 nationalliberaler Republikaner, 1 nationalliberaler Liberaler, 1 Integrist.

England.

Eine Erbschaft.

London, 2. Mai. Bei der Erbschaft für das ausgeschiedene liberale Mitglied des Unterhauses Tomkinson in Creve wurden für den Liberalen McLaren 7630 und für den Unionisten Welsford 6041 Stimmen abgegeben. Die liberale Majorität bei der letzten Wahl betrug 2342, hat sich also um 1744 Stimmen vermindert.

Rußland.

Die Arbeit des Kasgens.

Die Zahl der Todesurteile in Rußland ist in der letzten Zeit wieder stark gestiegen. Nach den unvollständigen Angaben der Tagespresse wurden im März von den Kriegsgerichten 99 Todesurteile gefällt gegen 37 im vorhergehenden Monat. Hingerichtet wurden im März 16 Personen.

Insgesamt wurden vom 1. Januar bis 1. April 160 Todesurteile gefällt, von denen 73 vollstreckt wurden.

Die Duma reagierte auf diese Massenschlächterei wie bisher — durch Lobreden auf die Genser und die Gewährung aller von der Regierung verlangten Kredite für die Genserkosten. Die sozialdemokratische Gesetzesvorlage über Abschaffung der Todesstrafe wurde noch in diesen Tagen in der Kommission mit 18 gegen 7 Stimmen als „nicht wünschenswert“ verworfen.

Türkei.

Rückzug der Arnauten.

Saloniki, 2. Mai. Die bei Preshevo und Kumanova kämpfenden Arnauten sind von Ulemas, Notabeln und Beamten aufgefordert worden, die Waffen niederzulegen. Sie befolgten den Rat und zogen unter Hochrufen auf den Sultan in ihre Dörfer zurück. Militär stellt die beschädigten telegraphischen Leitungen wieder her. Die Verfolgung der fliehenden Albanesen wird fortgesetzt. Maschinengewehr- und Gebirgsgechüßabteilungen zwingen die Arnauten überall, ihre Stellungen mit schweren Verlusten zu räumen.

Der Aufstand in Albanien.

Saloniki, 2. Mai. Scheftet Torgui-Pascha hat seinen Vormarsch zu beiden Seiten des Passes von Katschanki fortgesetzt, wobei es zu mehreren Kämpfen mit den Rebellen gekommen ist. Diese weichen immer weiter in die Wälder und Gebirge zurück. Der Engpaß von Ernosheba auf der Straße nach Prizrend wird noch von 3000 Arnauten besetzt gehalten, gegen welche die Truppen nun vorrücken. Das Wetter ist in Albanien kalt und regnerisch.

Serbien.

Ein Bombenattentat.

Wien, 2. Mai. Die Wiener Sonn- und Montagszeitung meldet aus Belgrad: Aus Anlaß der Gemeinderatswahlen in Rofchi wurde in die Wohnung eines der nationalistischen Partei angehörigen Kandidaten durch ein Fenster eine Dynamitbombe geworfen. Von acht in der Wohnung weilenden Personen wurden zwei getötet, drei tödlich und drei schwer verletzt.

Venezuela.

Das Frauenwahlrecht.

Kristiania, 1. Mai. Der Verfassungsausschuß des Storting beschloß anstatt des bisher beschrankten Frauenstimmrechts das allgemeine und gleiche wie für die Männer. Ferner wurde beschlossen, daß auch für alle außerhalb des Wirkungskreises des Stortings liegenden Königlich-erlassenen, mit Einschluß der militärischen, die ministerielle Gegenzeichnung notwendig ist. Für beide Verfassungsänderungen ist eine Mehrheit im Storting sicher.

Soziales.

Von der Zuständigkeit des Gewerbegerichts.

Eine Fuhrerkolonne, aus fünf Mann bestehend, war beim Maurermeister Köppen im Alfordlohn beschäftigt. Die Arbeiter hatten, da die Fuhrarbeiten vom Arbeitgeber nicht ausgemessen wurden, bei Beendigung der Arbeit bereits 230 M. mehr erhalten als ihnen dafür zustand. Diese Forderung an die Arbeiter gestattete der Arbeitgeber an den Kaufmann Peter. Dieser verklagte nun den Fuhrer W., der der Führer der Kolonne gewesen ist und mit dem auch Köppen den Alfordvertrag vereinbart hatte, auf Zahlung der zuviel erhaltenen Summe. Das Amtsgericht wies jedoch irrtümlich die Klage ab, weil die Streitigkeit aus dem Arbeitsverhältnis hervorgegangen sei und das Gewerbegericht als zuständiges Gericht in Frage käme. Der Kläger wandte sich nun, bevor noch dieses Urteil Rechtskraft erlangt hatten, an das Gewerbegericht. Gestern gelangte die Sache vor der Kammer zur Verhandlung. Das Gewerbegericht hielt sich mit Recht an das noch nicht rechtskräftige Urteil des Amtsgerichts nicht für gebunden und erklärte sich seinerseits für unzuständig. In den Gründen hieß es, daß nach dem Wortlaut des Gewerbegerichtsgesetzes Revisionen ihre Forderungen beim Gewerbegericht nicht geltend machen können. Aber selbst wenn das Gewerbegericht durch das Urteil des Amtsgerichts gebunden gewesen wäre, hätte die Klage auch abgewiesen werden müssen. Denn der Beklagte hat den auf ihn entfallenden Teil des zuviel erhaltenen Geldes von 46 M. zurückgezahlt. Für seine Kollegen habe er nur eine Art Bürgschaft übernommen, die mit dem Arbeitsverhältnis wiederum nur in einem sehr losen Zusammenhange steht.

Zur Not der Landwirtschaft.

Die Landarbeiter leiden unter dem Gefühl fast völliger Rechtslosigkeit und verdienen bei harter Arbeit kaum das zur dürftigsten Lebenshaltung Erforderliche. Die Bölle haben ihnen keinerlei Vorteil, vielmehr denselben immensen Nachteil gebracht wie dem Mittelstand und der gesamten Arbeiterklasse, kurz, allen arbeitenden Schichten der Bevölkerung. Durch die Bölle und indirekten Steuern ist die Lebenshaltung dieser wirklichen Kulturträger um 10 bis 12 Proz. verteuert — und dabei hat fast die Hälfte der Einwohner Preußens ein Jahreseinkommen unter 500 M. Der letzte Raubzug des schwarz-blauen Bloks hat die der Arbeiterklasse und dem Mittelstand aufgepackte Last in einer schier unerträglich und für die Ernährung der Massen geradezu verhängnisvollen Weise vermehrt. Diefelbe Gesetzgebung, aber die in so unverantwortlicher, vaterlandsfeindlicher Weise die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung erschwert, wirft Milliarden in den Schoß der Großgrundbesitzer. Noch weit höher als der Preis der Waren ist der Wert des Großgrundbesitzes gestiegen. Einen Beweis hierfür bieten die kolossalen Preissteigerungen bei Verkäufen von Großgrundbesitz. Wir entnehmen unserem Notizordruderorgan ein Beispiel nach dieser Richtung.

Das dem Oberleutnant Bartels gehörige Gut Hünfische ist durch Kauf zum Preise von 435 000 M. in den Besitz eines Herrn Wessel aus Oranienburg, zurzeit Volontär auf dem Wendlandschen Gute Proda, übergegangen. Im Jahre 1890 kaufte Oelonomierat Kruse das Gut Hünfische für 220 000 M. und verkaufte es 1906 für 320 000 M. an Oberleutnant Bartels. In zwanzig Jahren also eine Preissteigerung von fast 100 Proz.!

Nach wieviel Jahren wird von den Besitzern so hoch bezahlter Güter wie von ihren Vorbesitzern erklärt werden: unser Gut rentiert sich nicht, das in dasselbe gesteckte Kaufgeld wirkt zu wenig Zinsen ab, also her mit neuen Böllen, die die notwendigen Rohungsmittel noch mehr verteuern, die Preise für unsere Güter aber in die Höhe schnellen. Die Bölle und indirekten Steuern sind eine Schraube ohne Ende. Der unalltägliche Kampf gegen diese furchtbaren Mittel zur wirtschaftlichen Dekubung der Reichen und wirtschaftlichen Ausbeutung der Massen ist im Interesse des Volkswohles dringend erforderlich.

Gewerkschaftliches.

An die Arbeiterschaft von Groß-Berlin!

Der 7. (außerordentliche) Gewerkschaftskongress zu Berlin hat unter einmütiger Zustimmung aller Vorstände der Freien Gewerkschaften Deutschlands beschlossen, die ausgesperrten Bauarbeiter in ihrem Kampfe zu unterstützen.

Nach Angabe der Bauunternehmer sind in Deutschland 170- bis 180 000 Bauarbeiter ausgesperrt, deren Unterstützung auf die Dauer ihren eigenen Organisationen nicht zugemutet werden kann.

Es muß Ehrenpflicht aller aufgeklärten Arbeiter sein, diese Klassengenossen, die nicht den Kampf für sich allein führen, sondern für die Arbeiterschaft im allgemeinen, nach Kräften zu unterstützen.

Unterliegen die Bauarbeiter in diesem Niesenkampfe, so trifft das alle um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Arbeiter.

Dah dieses nicht eintrete, liegt mit an der nötigen Unterstützung. Kurz kann der Kampf bei den Hunderttausenden nur sein, darum ist schnelle Hilfe doppelte Hilfe.

Nach dem Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses und der Aufforderung der Generalkommission haben die örtlichen Gewerkschaftskommissionen resp. Kartelle die Sammlungen vorzunehmen.

Für Groß-Berlin sind alle Gelder, die durch die Post eingekandt werden, an Alwin Körsten, Berlin S.O. 16, Engel- ufer 15, abzuliefern.

Listen für Gewerkschaften, Vertrauenspersonen der Partei und der Gewerkschaften sind in unserem Bureau, Zimmer 23, von 9 bis 12½ Uhr vormittags und von 4 bis 7½ nachmittags, täglich mit Ausnahme des Sonntags zu haben.

Die Quittungen über die eingegangenen Beiträge werden im „Vorwärts“ veröffentlicht.

Der Ausschuh der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

S. K.: A. Körsten.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Leitergerüstbauer, Kutscher und Blaharbeiter der Firma R. Klitzmann, L.-G., dauert unverändert fort. Der „Totalanzeiger“ erlaubte sich heute in seinem „Montag“ zu berichten, daß 150 von den Streikenden zu arbeiten angefangen hätten. Wahr ist vielmehr, daß nicht ein Gerüstbauer zu arbeiten angefangen hat. Auch sind die Streikenden nicht gewillt, eher anzufangen, als bis die eventuellen Verhandlungen zur Zufriedenheit derselben erledigt sind.

Die „Morgenpost“ glaubt sich sogar berechtigt, in ihrem Artikel „Mentier Studioses Stammtischreden“ von grünen Jungen und Lämmeln zu sprechen. Taurig ist es, daß noch eine große Anzahl der Berliner Arbeiter ein derartiges Blatt in ihrer Behausung dulden. Man kann doch nicht von streikenden Arbeitern als von grünen Jungen und Lämmeln sprechen, von Messerhelden, Revolverhelden, welche sich zu Begleitern herangebildet haben und die Arbeitswilligen und Sicherheitsbeamten einfach über den Haufen schießen, schlagen oder stechen.

Darum heraus mit diesem Blatt aus jeder Arbeiterwohnung. Nur der „Vorwärts“ vertritt die Interessen der Arbeiter und hat die Tatsachen richtig geschildert. Alle Berichte der bürgerlichen Zeitungen über unsere Bewegung wimmeln von Lügen.

Montagabend, so wird uns kurz vor Redaktionsschluss gemeldet, nachdem die Bauarbeiter den Bau in der „Neuen Welt“ verlassen hatten, kamen 14 Streikbrecher unter Führung des Herrn R. Klitzmann und nahmen unter dem Schutz von 40 Schulknuten das Gerüst fort. Der Inhaber wurde auf die Folgen aufmerksam gemacht.

Die Streikleitung.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin.

Achtung, Köpfer! Die Firma Franz Biedemann, Bau Pantow, Vörschtr. 41, ist gesperrt, weil daselbst Wilde arbeiten! Die Streikleitung.

Deutsches Reich.

Zum Kampf im Baugewerbe.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe gibt die Zahl der Aussperrten nunmehr bezirksweise an. Es haben demnach ausgesperrt der Bezirksverband

Königsberg	2 700
Danzig	5 800
Posen	4 300
Breslau	12 200
Stettin	2 200
Stralsund	150
Köln	4 800
Miel	5 000
Hannover	13 300
Bremen	2 250
Kottbus	900
Dresden	28 000
Eisenach	6 100
Halle a. S.	8 000
Braunschweig	2 200
Frankfurt a. M.	13 000
Essen (Ruhr)	23 500
Düsseldorf	8 500
Barmen	3 100
Saarbrücken	1 500
Kaiserslautern	1 000
Münster	8 600
München	11 000
Stuttgart	4 100
Freiburg	2 850
Stuttgart	6 000
Einzelne Ortsverbände:	
Magdeburg	1 700
Lübeck	900
Brandenburg	300
Sachsen	600
Sachsen	600
Verschiedene andere	1 250
Zusammen 180 000	

Der Vorstand des Arbeitgeberbundes erläßt folgenden Aufruf: „Wir stehen nun mitten im Kampf, den wir nach den einmütigen Beschlüssen unserer Dresdener Hauptversammlung nicht vermeiden konnten. Unser Ziel ist, zu neuen brauchbaren Tarifverträgen zu kommen. Wir können das nur erreichen, wenn die Beschlüsse des Arbeitgeberbundes ebenso einmütig befolgt werden, wie sie gefaßt worden sind. Wenn nach dem bedauerlichen Abfall von 2 oder 3 Großstädten wenigstens die gesamte übrige deutsche Bauarbeiterschaft an den einmal gefaßten Beschlüssen unweigerlich festhält, so brauchen wir den Ausgang des Kampfes, auch wenn er sich in die Länge ziehen sollte, nicht zu fürchten. Wir stehen auch nicht allein, von unzähligen Seiten geben uns täglich Zustimmungsfundgebungen und Unterstützungsgeldangebote zu. Also haltet fest und treu zusammen und werdet nicht wankelmütig! Jeder Abfall von den Bundesbeschlüssen fällt die Reihen der Gegner. Wollt Ihr, daß Eure bisherige Tätigkeit für den Bund vergeblich gewesen sei, wollt Ihr Euch dem zunehmenden Uebermut der Arbeiterorganisationen für alle Zukunft unterwerfen? Nein, und nochmals nein! Jetzt heißt es auszuhalten, damit die Ruhe und Stetigkeit Eurer Arbeit aus Jahre gesichert bleibt; aller Kollegen Hoffnung ruht auf uns, abspringen heißt uns in den Rücken fallen. Sonderverträge dürfen nicht geschlossen werden, nur der Bundesvorstand selbst ist zu einem Vertragsabschluss befugt.“

Der letzteren Aufforderung getreu handeln denn auch viele der örtlichen Unternehmervereine. In Nordhausen wurde der Magistrat aufgefordert, im Interesse der ausgesperrten Arbeiter und im Interesse der Gewerbetreibenden Verhandlungen zwischen den Parteien einzuleiten. Gewerberichter Stadtrat Schaller richtete denn auch Einladungschriften an die Vorstände beider örtlichen Verbände. Während die Arbeiter ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen erklärten, lehnten die Unternehmer jede örtliche Ver-

handlung ab, mit dem Hinweis, daß dazu lediglich der Zentralverband zuständig sei.

Gegenüber den Bemühungen einiger Stadtverwaltungen, eine Vermittlung und Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen, sieht das Verhalten anderer Stadtoberhäupter, die sich geradezu zur Unterstützung der Scharfmacher verpflichtet fühlen, recht unvorteilhaft ab. So in nachstehendem Falle. Vier Hofenarbeiter in Sonderburg (Schleswig-Polstein), die durch die Bauarbeiterausperrung arbeitslos geworden waren, richteten an den Bürgermeister den Antrag, bei den Kostandsarbeiten beschäftigt zu werden. Darauf ging ihnen folgender Bescheid zu:

„Auf den hier zu Protokoll gegebenen Antrag vom 28. April teilen wir Ihnen, mit dem Anheimgen weiterer Benachrichtigung an die übrigen Antragsteller, ergeben mit, daß die Veranlassung von Kostandsarbeiten nicht erfolgen kann, weil dadurch in die zurzeit bestehenden Arbeitsverhältnisse des Baugewerbes eingegriffen werden würde.“

Der Herr Bürgermeister scheint danach der Meinung zu sein, daß, wenn er den Bauunternehmern hilft, die frivol aufs Pflaster Gesehten auszuhungern, er in die Arbeitsverhältnisse des Baugewerbes nicht eingreift! Viele werden anderer Ansicht sein und sich die Passivität eines Vertreters einer Stadt anders vorstellen.

Die Bauunternehmer haben sich anscheinend der weitgehendsten Unterstützung anderer Arbeitgeberverbände, sogar der des Auslandes versichert, damit die ausgesperrten Bauarbeiter auch gar nirgends anderwärts in Arbeit genommen werden. Sie bestreiten die Möglichkeit der Abwanderung ausgesperrter Arbeiter, da im Auslande niemand von ihnen in Arbeit genommen würde. In einem Artikel der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ heißt es:

„Der Abfall des Berliner Verbandes von der gemeinsamen Sache wird den Kampf der bundesweiten Verbände etwas in die Länge ziehen, aber nicht weiter ungünstig beeinflussen. Aussperrte Arbeiter werden weder von den Baugeschäften in Hamburg und Berlin, noch in den Nachbarstaaten Oesterreich, Schweiz, Belgien, Dänemark, Schweden und Norwegen eingestellt. Die großen Verbände der Industrie und der Verband der deutschen Tiefbauunternehmer werden ebenfalls jeden Bauarbeiter zurückweisen, solange die Tarifbewegung ihren Fortgang nimmt.“

Zieht sich die Aussperrung durch die Schuld der Unternehmer unnütz in die Länge, so dürften diese das am schwerhaftesten empfinden!

Differenzen der Buchdruckerhilfsarbeiter in Magdeburg.

In der Fabrikischen Buchdruckerei, dem Verlage der national-liberalen „Magdeburger Zeitung“, legten Freitag nacht und Sonnabend morgen die Mehrzahl der Hilfsarbeiter und Anlegerrinnen die Arbeit nieder, weil der Verlag seit einiger Zeit versucht, Mitglieder des Verbandes der Buchdruckerhilfsarbeiter unter dem Vorwande, daß Arbeitsmangel bestehe, zu entlassen, während eher ein Mangel an Arbeitskräften vorhanden ist. Das ist auch daraus zu schließen, daß unorganisierte Leute eingestellt wurden. Weitere Leute, die schon viele Jahre im Betriebe tätig sind, wurden entlassen, während laut Vertrag bei Arbeitsmangel nach der Beschäftigungsdauer entlassen werden soll. Die Arbeiter sehen hierin den Versuch der Firma, allmählich alle organisierten Arbeiter aus dem Betriebe zu entfernen und legten die Arbeit nieder, als die von ihnen verlangte Rücknahme der Kündigung der Organisierten nicht erfolgte. Der Verlag der „Magdeburger Zeitung“ stellte in einer Erklärung die Sache so dar, als ob es sich um einen Tarifbruch seitens der Arbeiter handle.

Christliche Verleumdung.

Gegen das auch von uns gemeldete Schöffengerichtsurteil gegen den Bergmann Fohsepot hatte dieser beim Landgericht Dortmund Berufung eingelegt. Die Berufung wurde zurückgewiesen. Da der Kläger keine Berufung eingelegt hatte, blieb es bei dem Urteil des Schöffengerichts, das wegen verleumderischer Beleidigung auf 30 M. Geldstrafe erkannt hatte. — Fohsepot hatte wiederholt öffentlich behauptet, der Arbeitersekretär Rude habe beim Streik 1905 4000 M. unterschlagen, habe seine Frau verlassen und seine Familie sei der Armenverwaltung zur Last gefallen. Fohsepot, Mitglied des christlichen Gewerkevereins und Agitator der Zentrumspartei, versuchte es nicht einmal, den Beweis anzutreten. Er mußte vor Gericht zugeben, daß er diese Behauptung 1905 in der Zeitung schon einmal mit Bedauern zurückgenommen habe. — Der Vorsitzende wies zum Schluß darauf hin, Fohsepot könne sich freuen, daß der Kläger keine Berufung eingelegt habe, da das Gericht dann zu einer Gefängnisstrafe gekommen wäre.

Nach Mitteilung der Fellen u. Guillaume-Lahmeyerwerke an das Wölfische Telegraphenbureau, ergabte sie mit der Arbeiterkommission eine Verständigung bis auf die Frage der Minimallöhne und die Verbürgung der Arbeitszeit. Das Resultat soll der Versammlung der Ausständigen am Mittwoch zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Differenzen im Hamburger Holzgewerbe.

Im Hamburger Holzgewerbe scheinen sich ernste Differenzen vorzubereiten und zwar wegen der Arbeitsnachweisfrage. Bei den Tarifverhandlungen im Jahre 1908 wünschten die Arbeiter des Hamburger Holzgewerbes die Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises. Die Arbeitgeber lehnten dieses strikte ab, erklärten sich jedoch bereit, den Innungsnachweis derartig zu reorganisieren, daß den Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen sei. Die Arbeiter reichten hierauf ein Regulativ ein, über welches auch in mehreren Sitzungen mit der Leitung der Arbeitgeber beraten wurde. Zu einer Verständigung kam es jedoch nicht, weil die Arbeitgeber die Verbesserungsvorschläge der Arbeiter rund ablehnten und vor allen Dingen darauf bestanden, daß Entlassungsscheine allgemein zur Durchführung gebracht werden sollten. Die Leitung des Holzarbeiterverbandes wies insbesondere diese Zumutung energig zurück und erklärte, auf ihren Vorschlägen beharren zu müssen. Zu einer Einigung über das Regulativ kam es damals nicht und führte jede Partei ihren eigenen Arbeitsnachweis weiter. Vor einiger Zeit wurden nun die Arbeitskräfte in Hamburg sparsam und verlangte der Vorstand der Hamburger Tischlerinnung, daß der Holzarbeiterverband die nötigen Arbeitskräfte heranziehen soll, um den Bedarf an dem Innungsnachweis zu decken. Man ging sogar soweit, zu verlangen, daß alle Arbeitskräfte, die sich auf dem Arbeitsnachweis des Holzarbeiterverbandes melden, dem Innungsnachweis überwiesen werden sollten! Das wurde von der Leitung des Holzarbeiterverbandes abgelehnt und den Innungsmeißtern erklärt, daß sie jeden Bedarf an Arbeitskräften auf dem Bureau des Holzarbeiterverbandes zu decken in der Lage seien. Die Innung lehnte es nun wiederum ab, dort Arbeitskräfte zu bestellen, worauf der Holzarbeiterverband beschloß, den Innungsnachweis zu sperren. Die Hamburger Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes hat nun die Mitglieder verpflichtet, nur den Nachweis des Holzarbeiterverbandes zu besuchen, hat auch das Umfassen in Hamburg untersagt. Davon sind nun allerdings die Arbeitgeber in Hamburg nicht besonders erbaud und ist es nicht ausgeschlossen, daß die Differenzen mit dem Arbeitsnachweis sehr bald weitere Maßnahmen nach sich ziehen werden, worauf die Holzarbeiter Deutschlands hierdurch verwiesen sind.

Eine gelbe „Chrevertung“.

Die „Schwäbische Volkszeitung“ in Augsburg hatte vor einiger Zeit einen Artikel aus der demokratischen Zeitschrift „Das freie Volk“ übernommen. In dem Artikel, überschrieben: „Die gelbe Seuche“, verurteilt Prof. Dr. Rottler-Englauge die gelben Vereine in ganz entschiedener Weise. Der Vorstand des gelben Werkvereins der Maschinenfabrik Augsburg, Schloffer

Clemens Chatelet, fühlte sich durch den Artikel beleidigt und stellte gegen die „Schwäbische Volkszeitung“ Klage. In der Verhandlung, die am Freitag vor dem Schöffengericht Augsburg stattfand, wurde nun Genosse Thiel als Verantwortlicher wegen formaler Beleidigung zu 3 M. Geldstrafe verurteilt. Die Verhandlung selbst förderte sehr interessante Dinge über das Treiben in dem gelben Werkverein zutage. So wurde erwiesen, daß die Vorstandsmitglieder für ihre Tätigkeit pro Jahr rund 2400 M. als Entschädigung erhalten, und zwar auf Betreiben der Direktion. Das Gericht nahm auch ohne weiteres als erwiesen an, daß mit der Zugehörigkeit zu einem gelben Verein von einer Freiheit des Mitgliedes in wirtschaftlicher Beziehung keine Rede mehr sein könne.

Die „Gelben“ streiken schon wieder einmal!

Im Neubau der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei in Augsburg legten wegen fortgesetzter Lohnreduktion und Zuweisung schlechten Materials sämtliche Weber die Arbeit nieder, unter den Streikenden befanden sich etwa 40 Proz. Mitglieder des dortigen gelben Vereins. Nachdem die Direktion den Streikenden eine 10prozentige Lohnerhöhung zugesichert hatte, nahmen die Arbeiter nach einstündigem Streik die Arbeit wieder auf.

Gerichts-Zeitung.

Eine jener Liebestragödien.

Die schon ebenso wie Automobilunfälle eine ständige Rubrik in den Tageszeitungen bilden, beschäftigte als erste Verhandlung in der gestrigen begonnenen Schwurgerichtsperiode des Landgerichts II den Strafrichter. — Aus der Untersuchungshaft wurde der 34jährige Gärtner Konrad Mollat vorgeführt, um sich wegen versuchten Mordes und Beihilfe zum Verbrechen wider das feimende Leben zu verantworten. — Der Angeklagte unterhielt seit August 1908 mit der unehelichen Frida R. ein Liebesverhältnis, welches nicht ohne Folgen geblieben war. Im Januar v. J. verstarb die R. in dem Krankenhause unter verdächtigen Umständen. Da sie schon vorher über die Ursache ihrer Erkrankung verschiedene Aeußerungen nach gewisser Richtung hin gemacht hatte und auch der Angeklagte selbst zu mehreren Personen ähnliche Bemerkungen getan hatte, tauchte der Verdacht auf, daß die R. einem Verbrechen gegen den § 218 des Strafgesetzbuches zum Opfer gefallen war, bei welchem ihr der Angeklagte Hilfe geleistet haben soll. Bei seinen wiederholten Besuchen des Grabes seiner verstorbenen Geliebten machte der Angeklagte die Bekanntschaft der Schauspielerin Emma Rastin, die dort das Grab ihres verstorbenen Bräutigams aufsuchte. Die gleichen Schicksale brachten die beiden einander näher. Beide trösteten sich über den erlittenen Verlust schließlich soweit, daß sie zueinander in nähere Beziehungen traten, die auch zu einer Verlobung führten. Das Verhältnis war jedoch nicht von langer Dauer. Als ihm die R. eines schönen Tages die Freundschaft kündigte, drohte der Angeklagte erst sie und dann sich selbst zu erschlagen. Die R. redete ihm diese Gedanken aus und schenkte ihm zu Weihnachten auch noch ihre Photographie zum Beweise ihrer unergänglichen Treue. Trotzdem trat sie zu einem Maler in Beziehungen, die dem Angeklagten nicht verborgen blieben. Am 19. Januar d. J. trafen beide zu einer letzten Aussprache in einem Cafe in der Hermannstraße in Nixdorf zusammen. Als ihm die R. dann auf der Straße erklärte, daß es zwischen ihnen „aus“ sei, zog der Angeklagte einen Revolver hervor, den er sich einige Tage vorher gekauft hatte, und gab auf die R. einen Schuß ab, der diese in die linke Schläfe traf. Die Verletzung, die erst sehr gefährlich ausfiel, stellte sich später als nur leicht heraus und hat keinerlei Folgen gehabt, trotzdem die Kugel, die unterhalb des Auges sitzt, nicht entfernt werden konnte. — Vor Gericht bestritt der Angeklagte, auf die R. geschossen zu haben und behauptete, nur einen Schuß in die Luft abgegeben zu haben, um zu zeigen, daß es nun wirklich mit dem Schicksal losgehen sollte. Dieser Schuß hätte durch einen Zufall die R. getroffen.

Nach längerer Beratung bejahten die Geschworenen nur die Schuldfrage nach versuchtem Totschlag und billigten dem Angeklagten auch noch mildernde Umstände zu. — Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis.

In ein recht eigenartiges Milieu

führte eine Verhandlung hinein, die gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber die 3. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Aus der Untersuchungshaft wurde der 41jährige Kommissar Theodor Freedmann vorgeführt, um sich wegen versuchten Mordes gegenüber einem Leutnant zu verantworten. — Der Angeklagte, welcher in Kapstadt gebürtig und englischer Staatsuntertan ist, beschäftigt sich nach seiner Angabe mit dem Verkauf von englischen Rennpferden nach Deutschland. Um mit den interessierten Kreisen Fühlung zu bekommen, wurde Freedmann Mitglied von verschiedenen vornehmen Spielclubs in Berlin und Heringsdorf. Im Juli v. J. lernte er in einem schlesischen Artillerieregiment lebende Leutnant v. B. bei einem Rennen in Heringsdorf den jetzigen Angeklagten kennen. Als junger scheidender Offizier und Sportsmann befand sich v. B. wie viele seines Standes ständig in „momentaner“ Verlegenheit. Als er zu Freedmann eine hierauf bezügliche Aeußerung machte, bot ihm dieser bereitwillig den Betrag von 20 000 M. auf Wechsel an. Der Offizier stellte dann später auch einen Wechsel über diesen Betrag aus und erhielt dafür von dem Angeklagten einen Scheck über 1000 Pfund Sterling auf die Kounto-Bank in London. Als v. B. den Scheck der Darmschädel Bank zur Einlösung übergab, erhielt er nach einigen Tagen den Bescheid, daß die Londoner Bank die Einlösung verweigerte, da Freedmann bei dieser kein Guthaben habe. Der Offizier glaubte einem Schwindler von der Klasse der sogenannten Wechselstrolche in die Hände gefallen zu sein und erlittete sofort Anzeige, worauf Freedmann im Februar auf Veranlassung des Kriminalkommissars Friedendorff in Berlin verhaftet wurde. — In der gestrigen Verhandlung behauptete der Angeklagte, daß ihm jede betrügerische Absicht ferngelegen habe. Er habe sich naturgemäß erst über die Vermögenslage des Offiziers erkundigen müssen, um dann das Geld der Londoner Bank zu überweisen. Da er die schlechteste Auskunft, die es überhaupt gebe, über v. B. erhalten habe, habe er den Wechsel sofort zurückschicken wollen. Tatsächlich wurde der Wechsel bei der Verhaftung des Angeklagten auch in einem an den Offizier adressierten Kuvert gefunden, welches einen Begleitbrief enthielt, in welchem F. erklärte, daß er mit Rücksicht auf die schlechte Auskunft von dem Geschäft Abstand nehme. — Die gestrige Verhandlung verlief so zugunsten des Angeklagten, daß der Staatsanwalt selbst die Freisprechung beantragte, auf welche das Gericht auch erlannte. Warum war im vorliegenden Falle Anklage gegen den Angeklagten und nicht gegen den schlecht beauskunfteten Darlehnsnachsucher erhoben?

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Dampfer „Roland“ gescheitert.

London, 2. Mai. (W. T. N.) Nach einer Noodmeldung aus Baltimore ist der deutsche Dampfer „Roland“ auf der Fahrt von Galveston nach Bremen bei Currituck, 30 Meilen südlich von Kap Henry, gescheitert. Die See ist ruhig. Es liegt bereits ein Hilfsdampfer längsbeis. Man hofft, daß der Dampfer bei Hochwasser wieder freikommt wird.

Zwei Matrosen ertrunken.

Bola (Abrial Meer), 2. Mai. (W. T. N.) Im hiesigen Kriegshafen kenterte heute ein Boot mit fünf Matrosen. Zwei sind ertrunken. Die Leichen wurden durch Taucher geborgen.

Reichstag.

77. Sitzung vom Montag, den 2. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Kraetke, Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Besetzungswurfs betreffend

Änderung des Posttagelohes.

Danach soll in Zukunft dem Absender bei Einlieferung von einfachen Paketen auf seinen Wunsch ein Postschein ausgestellt werden, wofür eine Gebühr (10 Pf.) zu zahlen ist.

Staatssekretär Kraetke kritisiert den Entwurf, der den Wünschen der Gewerkschaften entgegenkommt.

Abg. Kämpf (Fortfchr. Sp.) erklärt sich mit dem Entwurf einverstanden und bittet, daß Geldempfangsbescheinigungen, die nur fünf Worte enthalten, in Zukunft als Druckfachen befördert werden.

Abg. Hiesch (Z.): Bei der Verladung von zwei und drei Paketen mittels einer gemeinschaftlichen Postpaketadresse soll nach der Begründung die Gebühr nur zum einfachen Satz berechnet werden; es wäre wünschenswert, daß das auch geschieht, wenn überhaupt mehr Pakete auf eine Postpaketadresse eingeliefert werden.

Abg. Dove (Fortfchr. Sp.): Eine Erhöhung der Gebühr würde auch bei meinen Freunden entscheidenden Widerstand begegnen.

Damit schließt die Diskussion; der Entwurf wird in erster und bedingungslos in zweiter Beratung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines

Stellenvermittlergesetzes.

Zum § 1 beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) die Einführung beruflich gegliederter Arbeitsnachweise in allen Gemeinden, die von aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Kommissionen verwaltet werden; die Konzeption der gewerkschaftlichen Stellenvermittler soll mit dem 1. Januar 1914 erlöschen.

Weiter wird beantragt, die gewerkschaftliche und nicht gewerkschaftliche Stellenvermittlung der Vereine, Verbände, Gesellschaften zu unterlegen. Wenn an einem Ort oder für einen Bezirk für einen erheblichen Teil des Gewerbes auf Grund einer Vereinbarung oder eines Tarifs eine Stellenvermittlung errichtet ist, für deren Verwaltung eine Vertretung vorgelesen ist, die zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Leitung eines unabhängigen Vorsitzenden zusammengesetzt ist, so soll das Erfordernis des ersten Absatzes als erfüllt gelten.

Abg. Dr. Pieper (Z.): Der öffentlich rechtliche Arbeitsnachweis, der über das ganze Land zentralisiert ist, hat eine Reihe von Vorzügen vor der privaten Stellenvermittlung und vor den einseitigen Arbeitsnachweisen der Unternehmer. Aber dem Verlangen der Sozialdemokraten, daß nur öffentliche Arbeitsnachweise bestehen und alle anderen beseitigt werden sollen, können meine politischen Freunde nicht folgen; gerade die primitivsten Formen der Arbeitsuche, die durch Inserat und Umschau, würden dann überhandnehmen, und eine Reihe von Mischformen würden sich dann entwickeln. Es kommt hinzu, daß unsere öffentlich rechtlichen Arbeitsnachweise bisher noch gar nicht in der Lage sind, für eine ganze Reihe qualifizierter Berufe, zum Beispiel für Köchinnen, Varietébühnen, Lehrer, Erziehinnen und viele andere, dem Bedürfnis entsprechend die Stellenvermittlung zu leisten. Auch sonst leidet der sozialdemokratische Antrag an erheblichen Mängeln. Der letzte Absatz (§ 1c) will einfach ein Monopol der Stellenvermittlung für die freien Gewerkschaften. Wenn wir also den sozialdemokratischen Antrag ablehnen, so verwehre ich meine Freunde im voraus gegen den Vorwurf des Verrats von Arbeiterinteressen, der jedenfalls in der nächsten Zeit in der ganzen sozialdemokratischen Presse erhoben werden wird; denn den tatsächlich vorhandenen Auswüchsen und Mischformen bei der privaten Stellenvermittlung tritt das Gesetz wirksam entgegen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Hildenbrand (Soz.):

Es besteht überall Einmütigkeit darüber, daß die seitliche Art der Stellenvermittlung schädliche Wirkungen für die Allgemeinheit herbeigeführt hat, denen Gemeinde und Staat unmöglich

weiter ruhig zusehen können. Es ist nicht richtig, was der Vorredner sagte, daß gerade die qualifizierten Arbeiter, besonders unter der privaten Stellenvermittlung zu leiden haben. Diese sind vielmehr schon längst dazu übergegangen, sich Stellenvermittlungen zu schaffen, die sie vor der Ausbeutung der privaten Stellenvermittlung schützen; wo Gewerkschaften bestehen, hat man durch Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern die unangenehmen Folgeerscheinungen der privaten Stellenvermittlung beseitigt. Wenn aber in einem so beschränkten Kreise wie Stuttgart in einem einzigen Jahre 43 500 M. an Vermittlungsgebühren für private Stellenvermittler zu verzeichnen sind, so ist das eine wirtschaftliche Schädigung der Arbeitnehmenden allerhöchster Art. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Württemberg und in Bayern ist auch schon die Beseitigung der privaten Stellenvermittlung durch Schaffung öffentlich rechtlicher Arbeitsnachweise herbeigeführt, und der Vorredner hätte sich den größten Teil der Gründe gegen unseren Antrag merken können, wenn er daran gedacht hätte, daß der öffentliche Arbeitsnachweis schon seit 1884 in zwei deutschen Vaterländern zum Segen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber funktioniert. Die Notwendigkeit der öffentlichen Stellenvermittlung wird auch in amtlichen Schriften anerkannt, die auf die schweren Mischformen sittlicher Art hinweisen, die mit der privaten Stellenvermittlung z. B. für Köchinnen und Dienstmädchen verknüpft sind. Der Vorredner meint, der öffentliche Arbeitsnachweis wäre nicht imstande, auf die verschiedenen Bedürfnisse der Praxis einzugehen. Das ist aber nicht richtig, längst ist man in den öffentlichen Arbeitsnachweisen zur Spezialisierung übergegangen, sobald alle Wünsche nach besonderer Qualifikation berücksichtigt werden können. Niemand kann also behaupten, daß der öffentliche Arbeitsnachweis die private Stellenvermittlung nicht ersetzen kann. Unser Antrag trägt den bestehenden Verhältnissen vollständig Rechnung, denn er wird erfüllt durch die Eingaben aus allen Interessentkreisen, und ich war sehr erfreut, zu hören, mit welchem Aufwande der Vorredner ihn bekämpft hat. Er muß doch überzeugt sein, daß die Anhänger seiner eigenen Partei, soweit sie Arbeiter sind, über unseren Antrag ganz anders denken. (Widerspruch im Zentrum.) Lesen Sie nur die Petitionen, die von Seiten der Interessenten, sowohl der Arbeitgeber als der Arbeitnehmer, an uns gelangt sind, und Sie werden sich überzeugen, daß wir allein ihren Wünschen gerecht werden. So steht die Petition der Gesellschaft für soziale Reform auf dem Standpunkt, daß ein allgemeines Verbot der privaten Stellenvermittlung das Beste und erstrebenswerteste sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nur weil die Gesellschaft fürchtet, dieses Verbot noch nicht zu erreichen, will sie die privaten Stellenvermittler dadurch auf den Aussterbepfad setzen, daß keine neue Erlaubnis zur privaten Stellenvermittlung erteilt wird. Das Nationale Kartell der deutschen Gastwirtsgehilfen, ebenso der Deutsche Gastwirtsgehilfenverband verlangen die Beseitigung der privaten Stellenvermittlung. Die Petition des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes, dem mehr als 25 000 Mitglieder angehören, sagt, die Aufrechterhaltung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung wird bei den Handlungsgehilfen keine Lücke hinterlassen. Der Internationale Hotelbesitzerverein in Köln hat sich auf denselben Standpunkt gestellt. Uebereinstimmend sind also die Interessenten beider Richtungen, Arbeitnehmer und Arbeitgeber der Meinung, daß am wirksamsten die Uebelstände beseitigt werden können, wenn man die Stellenvermittlung zu einer Angelegenheit öffentlicher Institutionen machen würde. Wenn also schon die Behörden einzelner Staaten dazu übergegangen sind, derartige Einrichtungen einzuführen; wenn wir aus den Kreisen der direkt Interessierten den Wunsch hören, die private Stellenvermittlung zu beseitigen, so können Sie sich doch nicht wundern, daß wir einen Antrag einbringen, der diesen Wünschen Rechnung trägt. Der Gesetzentwurf, wie er aus der Kommission hervorgegangen ist, bringt ja wesentliche Verbesserungen gegenüber den heutigen Verhältnissen. Aber er bringt doch nicht das, was man heute schon durchführen könnte, und wir halten es für eine selbstverständliche Pflicht, wenn das Reich eine Materie gesetzlich regelt, daß man dann nicht hinter dem zurückbleibt, was tatsächlich schon in einzelnen Teilen geleistet wird. Wenn Sie das Prinzip unseres Antrages zur Geltung bringen wollen, so wäre die Möglichkeit dazu durchaus gegeben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Pieper hat vorhin sehr lange gesprochen; ich habe aber nur das Nein herausgehört. Aber alle von ihm erhobenen Bedenken fallen als unberechtigt zusammen, wenn man das Prinzip unseres § 1 anerkennt, aber Sie (zum

Zentrum) bekämpfen eben das Prinzip. (Lebhafter Widerspruch im Zentrum) und deshalb ist es ganz nebensächlich, ob Sie gegen den § 1a und 1b dieses oder jenes kleine Bedenken erheben. Sie sagen, wir wollen ein Monopol schaffen für die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften. Aber was wir verlangen, ist in aller Schärfe in Frankreich bereits Gesetz, ich verweise Sie auf die Begründung der Vorlage und den französischen Gesetzesentwurf. Ich gehe deswegen nicht auf alle einzelnen Bedenken ein, diejenigen Kollegen, die überzeugt sind, daß die Regelung der Stellenvermittlung, wie sie der Entwurf vorschlägt, nicht imstande ist, die Mischformen auf die Dauer zu beseitigen, müssen für den von uns beantragten § 1 stimmen. (Lebhafter Zustimmung b.d. Sozialdemokraten.) Die Erfahrungen sehr trauriger Art, die Arbeitgeber wie Arbeitnehmer im Gastwirtsgebetriebe mit der privaten Stellenvermittlung gemacht haben, reden eine deutliche Sprache für die Notwendigkeit obligatorischer, öffentlich rechtlicher Stellenvermittlung. Und eine beinahe noch deutlichere Sprache reden die immer und immer wiederkehrenden Klagen der Schauspieler und Schauspielerinnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wer je Versammlungen der Bühnenkünstler beigemohnt hat, der weiß, daß das Joch der Agenten noch schlimmer ist als das der Direktoren, daß die Agenten sich nicht mit einmaligen Aufträgen begnügen, sondern die Künstler und Künstlerinnen zu einem dauernden Geleitzumt herabwürdigen. Es ist ein Verdienst dieser Versammlungen, weite Kreise des Publikums mit der traurigen Lage des Bühnenpersonals bekannt gemacht zu haben. (Zustimmung.) Eine Vernichtung von Existenzen ist vom gesetzlichen Verbot der privaten Stellenvermittlung nicht zu fürchten, da ja unser Antrag eine angemessene Frist vorsieht. Auch werden schließlich die meisten Stellenvermittler, soweit es ihnen um reelle Vertretung zu tun ist, in der öffentlichen Vermittlung Unterkunft finden. Wie ich schon sagte: der Entwurf in der Kommissionsfassung bringt unlegbare Fortschritte. Wenn es aber um wirklich durchgreifende Besserung zu tun ist, der muß für unseren Antrag stimmen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Michaelis (L.): Im Prinzip würden auch wir die Beseitigung der privaten Stellenvermittlung wünschen. Aber dann wäre eine Entschädigung notwendig und diese würde circa 20 Millionen betragen. So müssen wir uns denn mit der Beseitigung der schlimmsten Schäden in der privaten Stellenvermittlung begnügen. Der vorliegende Entwurf bietet dazu geeignete Handhaben und so werden wir für ihn stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. Wang (Fortfchr. Sp.): Es ist weder angängig noch zweckmäßig, die private Stellenvermittlung völlig zu beseitigen. Es wäre das ein schwerer Eingriff in die Gewerbefreiheit. (Sehr wahr! bei den Liberalen.) Weder das Handwerk, noch die Industrie, noch auch die Landwirtschaft könne zurzeit und auf lange hinaus der privaten Vermittler-tätigkeit entbehren. Immerhin werden wir für das Gesetz stimmen.

Redner polemisiert heftig gegen den sozialdemokratischen Antrag, nennt ihn eine Kur a la Doktor Eisenbari, eine Beseitigung ehrenwerter Stellenvermittler, eine rücksichtslose Existenzvernichtung usw. und bedauert, daß Abg. Pieper eine halbe Stunde auf die Kritik des Antrages verwandt habe. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten; Beifall bei den Liberalen.)

Abg. Bögl (natl.) erklärt, daß seine Fraktion für das Gesetz stimmen werde. Die Tendenz des sozialdemokratischen Antrages auf Ausschmähung der öffentlich-rechtlichen paritätischen Arbeitsnachweise sei zu billigen, aber die Einzelheiten des Antrages seien unannehmbar. — Gegenüber dem Kollegen Wang ist zu bemerken, daß das Prinzip der Gewerbefreiheit schon mehrfach durchbrochen worden ist und durchbrochen werden mußte, wenn Mischformen zutage traten, die sich nur durch Eingriffe in die Gewerbefreiheit beseitigen ließen.

Abg. Dr. Burckhardt (Wirtsch. Bg.) spricht seine Befriedigung darüber aus, daß alle Parteien trotz verschiedener Bedenken und Bemängelungen für das Gesetz stimmen wollten. Was der sozialdemokratische Redner über Mischformen in der Stellenvermittlung im Gastwirtsgebetriebe gesagt habe, sei durchaus zutreffend; aber der Antrag Albrecht sei undurchführbar. (Beifall rechts.)

Abg. Schirmer (Z.): Gegenüber dem Abg. Hildenbrand möchte ich feststellen, daß mein Fraktionskollege Pieper in keiner Weise sich gegen die öffentlich-rechtlichen Arbeitsnachweise gewandt hat. Er hat nur die Undurchführbarkeit des Antrages Albrecht dargelegt, und zwar mit Recht. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Zustimmung im Zentrum.)

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.):

Die Bemängelungen der Herren vom Zentrum, unseren Antrag

Kleines feuilleton.

Theater.

Kammerstücke. Sommergastspiel der Wiener „Hölle“. Die Wiener Kabarettgesellschaft, die zum Saisonabschluss in das Haus der Kammerstücke einzog, begann ihren ersten Abend mit einer Schreckenstat, der Aufführung des „Nachtgedichts“ „Albino“, für das der Exzentrik-Schriftsteller Gustav Wehrli auf dem Titel als Verantwortlicher zeichnet. Dunkel leuchtet die Bühne, noch dunkler, was der Poet sich eigentlich gedacht. Man hörte von schrecklichen Grausamkeiten, die ein betrogener Gatte an unehelichen Kinde seiner Frau planmäßig systematisch verübt haben soll. Das genährte Geschöpf, aus dem ein Wildhauer geworden ist, quitiert die väterlichen Rücksichtslosigkeiten sittgerecht, indem es einen jungen Menschen, der sich eine Sippsmaske abnehmen lassen will, bei der Gelegenheit kalten Blutes ersticht! Das widerwärtig Abstoßende der Geschichte wird durch die künstlerische Impotenz und Konfusion in der dramatischen Gestaltung noch verstärkt. Hoffentlich verschwindet das Ungeheuer bald, zumal die anderen Nummern des Programms den Abend bereits reichlich füllten. Es folgte ein anpruchloses, durch anmutigen Vortrag ansprechendes Singpiel „Leo Fall's „Brüderlein sein“, das den Komponisten Joseph Drechsler aus der Wiener Großbühnenzeit in Szenen häuslichen Glückes als jungen und alten Chemann vorführt. Eine Mischung von Sentimentalität und kokett lustiger Verliebtheit. Besonderen Beifall fand, von Herrn Ziegler und Emmy Petko ausgeführt, der bedächtigt groziöse Alt-Wiener Bolzer des eben kopulierten Pärchens. Friedells und Polgars „Grottele“, „Goethe“ verurteilt lachend die kleinbürgerliche Gelehrtenpedanterie der Goethe-Hitologen. Der Altmeister selbst, von Herrn Friedell, dem Leiter der Gesellschaft, in glücklicher Maske und drohlicher Betonung des Frankfurter Dialekts repräsentiert, erscheint vor einem germanistischen Prüfungsausschuß und wird, da ihm der Wust der biographischen Daten nicht geläufig ist, als jämmerlicher Goethe-Ignorant gebrandmarkt; sein Prüfungsgenosse aber, der fleißige, die auswendig gelernten Antworten auf jede Frage glatt herunterzuckelnde Herr Cohn heimt Lobspprüche auf Lobspprüche von dem Kollegium ein. Herr Ziegler sang Lieder im Pierrotkostüm, Fräulein Mischa Digmann Chansons. Die Parodie einer Pariser Exzentrique und eines englischen Duos gelang nicht abel, wogegen ihr Vortrag von Apachenberjen, von Szenen aus dem Dürren- und Verbrechenleben, im Stil der großen Huette Gilbert, ganz im leer Deklamatorischen steden blieb. Am Ende gab Herr Friedell noch einige Schmunzler, darunter ein paar sehr amüsante Peter-Altenberg-Anekdoten, zum Besten.

Musik.

Gerne sucht man auch in Kinderwertigen noch Gutes, fahndet in Geschäftsoperetten nach musikalischen Lichtbliden und möchte

nur ja nicht als Körgler gelten. Wird man aber auf einen gar zu tiefen Stand hinabgezogen, dann reißt auch Kritikergebild. Die angebliche Operette „Die Tanghusaren“, die am Sonntagabend in dem einst würdigeren Theater des Westens vorgeführt wurde, ist von solcher Art. Die Namen der (bisher unbekannt) Autoren nennen wir in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft lieber nicht. Ueber den Inhalt genügt die Andeutung, daß er das bekannte Thema von der Kleinstadt behandelt, in die eine Husarengarnison gewünscht wird und schließlich auch eingieht, insbesondere weil die Tochter des Bürgermeisters einem Prinzen gar so schön bitten kann. Ueber die Durchführung des Inhalts nur so viel, daß sie uns nicht einmal einen „höheren Widsinn“ genieren läßt, und daß das gegen Schluß hin erreichte Maß von Unterhaltlichkeit nicht im Verhältnis zu dem steht, was uns an fortwährenden breittastenden „Tanzarrangements“ dargeboten wird. Rußt Kull. Die Kalauer auf der Bühne von den „Notenanleihen“ eines Komponisten, der „verstoßen“ schaut, stimmen.

Das beste Ensemble kann mit derartigem zugrunde gerichtet werden. Hier gab's trotzdem getreuliche Eingabe. Wir mühten zu viele Namen nennen, zu viele Anerkennungsworte aufzeichnen, zu viele Unterscheidungen zwischen Gesangskunst und Soubrettenkunst machen, wenn wir damit auch nur ansingen wollten. sz.

Was alles in den drei Konzerten der Philharmonie musiziert wird, reicht so weit über den Rahmen unseres Referates hinaus, daß wir auf eine Aufzählung nur des wichtigsten verzichten müssen. Zudem ist an anderen Konzertsitäten tiefer und unmittelbarer in das tonkünstlerische Leben einzudringen, wo die gesellschaftliche Wirkung des Dargebotenen keinen bestimmenden Einfluß ausübt.

Doch ein oder das andere Beispiel interessiert. Am Freitag fand ein „Konzert mit dem Philharmonischen Orchester“ statt, das der Dresdener Generalmusikdirektor Ernst von Schuch leitete. Ein Dirigent, der machtvoll und doch ruhig — sogar zu ruhig — die Hauptzüge herausarbeitet und die freiere Bewegung vorwiegend durch langsamere Zeitmaße an den dafür geeigneten Stellen erzeugt.

Eine der vielen Sinfonien Anton Brudners, die VI. in A-dur, war Hauptnummer. Hochgeehrt als kindliche Natur im besten Sinne des Wortes, anerkannt als der wohl beste Sackpfeifer und Orgelspieler seit Bach, galt Brudner doch manchen als ein mit Richard Wagner verrückt gewordener Dorfshulmeister. Das ist nicht weniger ungerichtet als seine Verhimmelung durch andere. Eine Breite, die zwar nicht „formlos“, aber „formenarm“ genannt werden kann, eine nicht eben vollstimmliche Lieberdickwustität der Sackpfeife und ein geringer Sinn für Klangschönheit (demgegenüber die Aufgabe der Philharmoniker undankbar und ihre Leistung um so dankenswerter war) sind bei dem Meister wohl nicht abzustreiten. Was ihn aber noch außerdem nahe an die Größten

stellt, ist einmal sein Reichthum und sodann die Fähigkeit, ohne Sentimentalität innerlichst gemüthvoll zu werden. Volkstümlicher und langvoller komponiert Gustav Mahler. Kammerfänger Karl Burrian sang von ihm und von anderen einiges mit Tenormeisterschaft.

Humor und Satire.

Serrenmoral.

Und was sie tun und was sie reden, sie haben einen frommen Spruch, ein sittliches Gefühl für jeden taubblätigen Menschenrechtbruch. Wir dienen ganz allein dem Staate! So reihen sie die Mäuler breit. Dann folgen etliche Pitate Von Religion und Sittlichkeit. So trübt ja keine Kreislnode, kein adlig Fräuleinhsphal, wie diese Herrenhauspagode, von Christentum und von Moral. Gält' einer wenigstens die Schanze und sagt' es frei: Macht geht vor Recht! Doch dies Gezirre und Gegaurre... Pfui, Kerls! wird euch denn gar nicht schlecht? Wie nur die edlen Mägen trocken so ekelhaftem Redebrei! Normale Menschen mühten lohen, so würde ihnen schlimm dabei.

Frang.

Notizen.

— Auktionen. Im Berliner Kupferstichkabinett wurde eine Auktion von Alingers graphischen Jugendarbeiten eröffnet. — Dem Berliner alten Museum wurde ein solofaler Perikleskopf aus parischem Marmor einverleibt, der bei der Ausgrabung der Stadtmauer von Pergamon (Kleinasiens) gefunden wurde. Er stammt aus der hellenischen Zeit, reicht aber an die Pergamener Altersstatuen nicht heran.

— Die Ausstellung der Sezession ist um ein interessantes Werk des Schweizer Ferdinand Hodler bereichert worden. Dieses Monumentalbild führt den Titel „Der Tag“ und ist eine neue Bearbeitung seines bekannten Motivs. Ferner sind noch Werke von dem Franzosen Ratisse eingetroffen.

— Der Halleische Komet ist Sonntagnacht zwischen 8 1/2 und 4 Uhr nun auch in Berlin gesehen worden, sowohl auf der königlichen wie auf der Treptower Sternwarte, freilich dauerte die Sichtbarkeit auf der ersteren nur eine Viertelstunde. Der Kern hatte die Größe eines Sterns ersten bis zweiten Grades, auch ließen sich bereits Schweifansätze erkennen.

als undurchführbar zu bezeichnen, zeigen nur, daß er ihnen recht unangenehm sein muß. Würden Sie ihn annehmen, so würde vor allen Dingen da, wo auch die christlichen Gewerkschaften ein Interesse an dem öffentlichen Arbeitsnachweis haben, mit Nachdruck für seine Einführung gewirkt werden. Das ist vor allem im Ruhrgebiet. Hier haben Sie die Gelegenheit veräußert, den Arbeitsnachweis der Schachsmacher zu befestigen. Dadurch, daß überall in die Verwaltung des Arbeitsnachweises Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinein müssen, wäre dies möglich, und gerade im Ruhrgebiet ist es notwendig, wo die Arbeitgeber überall

schwarze Listen

eingeführt haben, um die Arbeiter zu mahregeln. Die Herren vom Zentrum hätten alle Veranlassung, diesen Zustand zu befestigen, gerade im Interesse der christlichen Arbeiter. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber weil Sie das nicht wollten, suchen Sie unseren Antrag als unmöglich nachzuweisen, mit Gründen, die Sie selbst nicht glauben können. (Unruhe im Zentrum.) Sie behaupten, wir widersprechen uns selbst damit. Dabei haben wir schon 1884 die Einführung der allgemeinen paritätischen Arbeitsnachweise gefordert und die Gemeinden als diejenigen bezeichnet, welche die beiden Interessenten zusammenführen müssen. Hier aber handelt es sich um seine Grundtendenz. Stimmt der Reichstag ihm zu, so müßte der Entwurf wieder an die Kommission gehen, weil die ganze Tendenz der Vorlage geändert wäre. Man sagt, das Verbot der privaten Stellenvermittlung sei unmöglich, gerade besonders qualifizierte Arbeiter könne nur der private Stellenvermittler vermitteln. Als ob diesem etwas an der Qualifikation des Verwerbers liegt und nicht lediglich an seinen Gebühren! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir erkennen an, daß der Entwurf die schlimmsten Schäden beseitigt. Wir wollen aber weiter gehen und alle Schäden beseitigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In unseren Tarifverträgen sind die Grundlagen für die Einrichtungen gegeben, die für die zukünftige Organisation des Arbeitsnachweises vorbildlich sind. Uns genügt nicht die bloß prinzipielle Zustimmung der Herren vom Zentrum, uns genügt nicht, daß Herr Pieper sagt, der Antrag ist verfehlt. Wir wollen vielmehr, daß Sie ein Stück Sozialpolitik leisten, das wirklich einen Fortschritt darstellt, daß Sie nicht immer an Kleinigkeiten herumarbeiten, sondern wirklich einmal einen großen Zug machen, wie er trotz aller Bemängelung in der französischen und englischen Gesetzgebung zum Ausdruck kommt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren haben sich darüber erwidert, daß wir für die Stellenvermittler nicht eine Entschädigung vorschlagen, sondern 7000 bis 8000 Stellenvermittler mit einem Schlags machen wollen. Im Bayerischen Landtag aber haben die Herren vom Zentrum eine Resolution zugestimmt, die sogar innerhalb eines Jahres die privaten Stellenvermittler ohne jede Entschädigung beseitigen will. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diesen Widerspruch hat uns Herr Schiemer nicht erklärt. Man muß sich doch eben ansehen, wen man entschädigen soll. Bei den Steuerordnungen haben Sie die Zündholzarbeiter und die Brauereiarbeiter ganz unberücksichtigt gelassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich fühle keine Verpflichtung zu einer Entschädigung gegenüber Stellenvermittlern, besonders nicht, wenn sie einen so langen Zeitraum haben, um in einen anderen Beruf überzugehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Noch ein paar Worte über den ländlichen Arbeitsnachweis. Gerade da wäre dringend eine paritätische Einrichtung unter der Aufsicht der Gemeinde notwendig. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gewissenlose Agenten gehen nach dem Auslande und bringen durch

lügenhafte Versprechungen

Arbeiter aus dem Auslande heran zu Vertragsbedingungen, die allem Anstand und aller Sitte Hohn sprechen. Das müßte beseitigt werden. Aber durch die Vorlage wird das nicht beseitigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Da frage ich nicht nach der Gewerbefreiheit, die Herr Manz hier wieder mit alten manchesterlichen Gründen verteidigt hat. Wo solche Mißstände bestehen, machen wir vor der Gewerbefreiheit nicht Halt, da müssen sie vielmehr beseitigt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es liegt auch im Interesse der soliden Unternehmer, daß der Arbeitsnachweis nicht in den Händen von Spekulanten bleibt, die den Arbeitssuchenden ausnützen. Leider ist unser Antrag, daß von dem Arbeitssuchenden eine Gebühr überhaupt nicht zu zahlen ist, in der Kommission nicht angenommen; der Mann, der wochenlang arbeitslos ist, muß oft sein Bestes zum Pfandheifer tragen, nur um die Gebühr für den Stellenvermittler aufzubringen. Diesen Zustand zu beseitigen, hätten wohl alle Parteien ein Interesse. Leider haben sie es nicht getan. Es ist auch unrichtig, wenn Herr Manz behauptet, der Unternehmer bezahle die Stellenvermittlung. Im Gastwirtsberuf zählt der Kellner außer der Vermittlungsgebühr noch eine ganze Reihe von Spesen für Ausgaben des Stellenvermittlers, die in seinem Interesse, nicht in dem des Arbeitssuchenden gemacht sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei den Theateragenten haben wir den selben Uebelstand. Ich habe der Genossenschaft der Deutschen Bühnengehörigen vorgeschlagen, einen paritätischen Arbeitsnachweis zu schaffen oder die Stellenvermittlung ganz in eigene Hand zu nehmen. Das Gesetz sollte ihnen die Gelegenheit dazu verschaffen. Mindestens sollten die Lagen herabgesetzt werden, damit die Ueberhebung der Gebühren, wie sie heute üblich ist, aufhört, und wenigstens ein geringer Schutz für die Künstler und Künstlerinnen eintritt. Wenn wir eine gründliche Reform, eine wirklich ersteuliche Reform bei der Stellenvermittlung haben wollen, müssen wir mit der privaten Stellenvermittlung Schluss machen und den öffentlichen Arbeitsnachweis, der allen Ansprüchen gerecht wird, einführen, und das und nichts weiter will unser Antrag. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion; der § 1 wird unter Abänderung der sozialdemokratischen Anträge in der von der Kommission beantragten Fassung angenommen.

Es folgt § 2, der das Gewerbe eines Stellenvermittlers konfessionsspezifisch macht und die Konzeption versagen will:

1. wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden auf den beschäftigten Gewerbebetrieb oder auf seine persönlichen Verhältnisse darthun.

Die Worte „oder auf seine persönlichen Verhältnisse“, die von der Kommission eingefügt sind, beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) wieder zu streichen.

Weiter soll nach § 2 die Konzeption versagt werden:

2. wenn ein Bedürfnis nach Stellenvermittlern nicht vorliegt. Ein Bedürfnis ist insbesondere nicht anzuerkennen, soweit für den Ort oder den wirtschaftlichen Bezirk durch Vereinbarungen zwischen einem erheblichen Teil der Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder größerer Konventionen beider für den Beruf oder das Gewerbe, für das die gewerbliche Stellenvermittlung nachgesucht wird, ein Arbeitsnachweis errichtet ist, an dessen Verwaltung die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Vertretung teilnehmen, oder wenn für die gesamte Stellenvermittlung oder mehrere Bezirke ein Arbeitsnachweis durch Zuwendung aus Gemeinde- oder Staatsmitteln unterhalten wird, an dessen Verwaltung Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig teilnehmen und diese Vertretung entweder vom Ausschuss des Gewerbegerichts in getrenntem Wahlgang von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern ernannt ist, oder in allgemeiner, geheimer und direkter Wahl die Vertreter von den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gesondertem Wahlgange gewählt sind.

Statt dessen beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) zu sagen:

2. Wenn ein Bedürfnis nach Stellenvermittlern nicht vorliegt. Ein Bedürfnis für einen bestimmten Beruf oder Gewerbe ist insbesondere nicht anzuerkennen, soweit für den Ort oder den wirtschaftlichen Bezirk durch Vereinbarungen zwischen einem erheblichen Teil der Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder größerer Konventionen beider für den Beruf oder das Gewerbe, für das die gewerbliche Stellenvermittlung nachgesucht wird, ein Arbeitsnachweis errichtet ist, an dessen Verwaltung die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Vertretung teilnehmen, oder wenn für die gesamte Stellenvermittlung oder mehrere Bezirke ein Arbeitsnachweis durch Zuwendung aus Gemeinde- oder Staatsmitteln unterhalten wird, an dessen Verwaltung Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig teilnehmen und diese Vertretung entweder vom Ausschuss des Gewerbegerichts in getrenntem Wahlgang von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern ernannt ist, oder in allgemeiner, geheimer und direkter Wahl die Vertreter von den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gesondertem Wahlgange gewählt sind.

Abg. Schmidt Berlin (Soz.):

Unseren ersten Antrag haben wir gestellt, weil wir der Meinung sind, daß bei dem Siechenbleiben der Worte, die wir streichen wollen, politischer Mißbrauch eintreten kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unser zweiter Antrag will vor allem die paritätischen und kommunalen Arbeitsnachweise gegen die Konkurrenz der privaten Stellenvermittlung schützen. Neben allem, wo durch tarifliche Vereinbarungen zwischen einem erheblichen Teil der Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder größerer Konventionen ein Arbeitsnachweis mit Verwaltung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gleicher Vertretung eingerichtet ist, soll eine private Stellenvermittlung neben ihm nicht mehr geduldet werden, damit diese Organisation gefördert und die weitere Ausgestaltung eines Arbeitsnachweises begünstigt wird, der heute in einigen Orten sich neben der privaten Stellenvermittlung mühsam durchhalten muß. Das würde die Grundlage für eine gezielte Weiterentwicklung werden, deshalb bitte ich Sie, unserem Antrage zuzustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schürmer (Z.): Wir halten es für selbstverständlich, daß politische Momente bei der Erteilung der Genehmigung nicht ausschlaggebend sein dürfen. Nach den Erklärungen der Regierung in der Kommission sind auch solche Befürchtungen grundlos. Damit schließt die Debatte.

Unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge wird § 2 in der Kommissionsfassung angenommen. Ebenso § 3 debattelos.

In § 4 hat die Kommission beschlossen, daß von der Landeszentralbehörde für die Gebühren der Stellenvermittler Taxen festgesetzt werden sollen.

Abg. Manz (Fortschr. Sp.) beantragte, die Fassung der Regierungsvorlage wiederherzustellen, wonach solche Taxen festgesetzt werden müssen.

Dieser Antrag wird abgelehnt, die Kommissionsfassung angenommen.

Die Abgg. Dr. Wagner (L.) und Dr. Pfeiffer (Z.) beantragten die Einfügung eines neuen Paragraphen hinter § 4, wonach die Vorschriften der §§ 3a und 4 auch auf früher geschlossene Verträge anzuwenden sind.

Staatssekretär Debrück äußert Bedenken gegen den Antrag; man dürfe nicht zu sehr in wohlverordnete Rechte eingreifen. Wenn es sich um Verträge handle, die den guten Sitten zuwiderlaufen, seien sie ohnehin anfechtbar.

Abg. Dr. Wagner (L.) betont, daß Verträge in Frage kämen, bei denen die Jubilatur verschiedenes sei in bezug darauf, ob sie den guten Sitten widersprechen oder nicht.

Der Antrag wird angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag, 2 Uhr. (Beratung des Gesetzes betr. die Zuständigkeit des Reichsgerichts. Dritte Lesung der Ausgaben für den Aufstand in Südwestafrika.)

Schluss 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

63. Sitzung, Montag, den 2. Mai, 1910, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Rheinbaben, v. Kolke, v. Trott zu Solz.

Auf der Tagesordnung steht die

dritte Lesung des Staats.

Abg. Strübel (Soz.):

Ich wundere mich ja einigermassen, daß ich in der allgemeinen Besprechung als erster Redner zu Worte komme, von der ich erwartet hätte, daß sie zu einer interessanten Aussprache der Parteien geführt hätte. Allerdings nachdem die Wahlrechtsvorlage aus der Diskussion ausgeschlossen ist, ist es ja gar nicht möglich, auf die Konstellation der einzelnen Parteien zu einander näher einzugehen, denn gerade die Stellung, die die einzelnen Parteien zu der Wahlrechtsvorlage einnehmen oder vermutlich in Zukunft einnehmen, ist ja für die Konstellation der Parteien ausschlaggebend. Wir wissen nicht, ob wir künftig noch mit einem schwarz-blauen Block zu rechnen haben werden, ob das außerordentlich intime Verhältnis zwischen Konservativen und Zentrum weiter fortbesteht oder infolge der Wahlrechtsvorlage eine Erädung erfahren wird, oder ob die Nationalliberalen sich dem schwarz-blauen Block anschließen und wir einen

schwarz-blau-gelben Block

haben werden. (Heiterkeit.) Oder ob wir schließlich eine Kombination von Konservativen und Nationalliberalen unter Ausschaltung des Zentrums erleben werden. Es ist sehr bedauerlich, daß die Wahlrechtsfrage hier nicht behandelt wird und das Zentrum so nicht Gelegenheit hat, schon jetzt zu erklären, wie es sich in Zukunft zu dieser wichtigsten Frage der preussischen und der ganzen Reichspolitik stellen wird. Allerdings mögen das ja die Herren selbst noch nicht wissen, wie die widerspruchsvolle Haltung der Zentrumspreste zu beweisen scheint. Nun, Ueberlegungen werden wir ja vom Zentrum nicht erleben, welche Stellung es auch einnimmt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Da über die wichtigste Frage nicht gesprochen werden kann, werde ich mich auf die Erörterung einiger weniger Punkte beschränken. Ich will zunächst dem Wunsch Ausdruck geben, daß nun endlich das

geheime Wahlrecht für die Kommunen

eingeführt werden wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bei unserem Eintreten für die Lage der Staatsarbeiter im Laufe der Staatsberatung haben wir leider bei den bürgerlichen Parteien und der Regierung kein geeignetes Gehör gefunden. Gegenüber dem Hinweis meines Freundes Leinert, daß die Kommunen ihre Arbeiter viel besser bezahlen, als z. B. die Eisenbahnverwaltung, wollte das der Herr Minister mit einigen Zahlen widerlegen, aus denen hervorging, daß in der letzten Zeit die Steigerung der Löhne der Eisenbahnarbeiter ganz minimal höher gewesen sei, als die Steigerung der Löhne der Kommunalarbeiter. Diese Art der Widerlegung ist ein Musterbeispiel dafür, wie vom Ministerium gegen uns polemisiert wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese minimale Steigerung beweist doch nicht das geringste dagegen, daß die Löhne der Kommunalarbeiter absolut höher sind als die der Eisenbahnarbeiter. (Sehr richtig! bei den Soz.) Während dieser Ausführungen des Redners herrschte im Hause andauernde große Unruhe.) Ich stelle fest, daß ich hier über die Lage der Arbeiter spreche, und daß Sie offenbar für diese Frage nicht das geringste Interesse empfinden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das beweist die Wichtigkeit unserer Bepanlung, daß für die Wünsche der Arbeiterklasse, also des größten Teiles der gesamten Bevölkerung in Preußen, im preussischen Landtag vertretelt wenig Interesse vorhanden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weiter habe ich gegenüber wiederholten Behauptungen des Herrn Finanzministers im Laufe der Staatsberatung dargelegt, daß man aus den Einlagen bei den Sparkassen nicht schließen dürfte, daß die Lage der Arbeiter sich bedeutend geboben habe. Da aber diese Behauptung immer wieder vom Regierungstisch und gegenüber erhoben wird, so betone ich nochmals, daß der größte Teil der Sparkasseneinlagen nach der Statistik nicht von den Proletariern stammt, sondern Kapital der bestehenden Klassen oder des Mittelstandes ist. Es ist ja bedauerlich, daß man immer wieder auf dieselben Dinge zurückkommen muß, aber wenn die Herren von der Regierung auf von und längst widerlegte Behauptungen immer wieder zurückgreifen, so bleibt auch und nichts übrig, als sie von neuem richtigzustellen. — Was das

Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter und Beamten

anbelangt, so duldet die Verwaltung zwar die Organisationen der Christlichen und Kirch- und Arbeitervereine, verbietet aber in geschwehrtiger Weise den Eisenbahnarbeitern und Beamten, sich sogenannten ordnungsgemäßen Organisationen anzuschließen. Die Eisenbahnverwaltung beruft sich dabei auf den § 183 der preussischen Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 und behauptet, daß dieses Gesetz noch heute bestünde, wodurch den Eisenbahnarbeitern und Beamten die Koalition bei Strafe verboten wird. Man sagt, durch den § 102 der Reichsgewerbeordnung von 1868 wären zwar alle Strafbestimmungen für gewerbliche Arbeiter auf diesem Gebiete aufgehoben, aber es werde in einem anderen Paragraphen ausdrücklich bestimmt, daß das Gesetz keine Anwendung finde auf den Betrieb der Eisenbahn. Dabei vergißt man, daß inzwischen das Reichsvereinsgesetz geschaffen ist, das mit dem Wust aller Bestimmungen auch der preussischen Gewerbeordnung von 1845 ein für allemal ausgeräumt hat. § 1 dieses Gesetzes lautet: „Alle Reichsangehörigen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieses Recht unterliegt polizeilich nur dann in diesem Gesetz und anderen Reichsgesetzen enthaltenen Bestimmungen.“ Von einem Ausnahmestills für irgendwelche Staatsarbeiter kann also keine Rede sein. Im § 24 des Reichsvereinsgesetzes sind genau die landesrechtlichen Bestimmungen genannt, die nicht abgeschafft werden, zum Beispiel die über ländliche Arbeiter und Diensthöten. Von den Eisenbahnen ist darin mit keiner Silbe die Rede. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn also trotzdem ein Minister Staatsarbeitern verbietet, von ihrem freien Koalitionsrecht Gebrauch zu machen, so handelt er ungesetzmäßig und tritt das Reichsvereinsgesetz mit Füßen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man sagt, nur solche Organisationen seien berechtigt, die nicht das Streikrecht beanspruchen, so steht zunächst im Organisationsstatut des Eisenbahnerverbandes kein Wort vom Streik. Aber selbst wenn das der Fall wäre, hätten die Eisenbahner das Recht, sich zu organisieren. Im übrigen brauchen Sie wirklich keine solche Angst zu haben, daß die Eisenbahner in Streik treten; das würden sie sicher nur in dem äußersten Notfall, bei ganz außergewöhnlichen Umständen tun, denn sie wissen ganz genau, welche Vorkehrungen von den bestehenden Klassen und der Regierung getroffen worden sind, um einen solchen Streik unwirksam zu machen; wir wissen manches, was vielleicht nicht alle von Ihnen wissen, so z. B.

daß in verschiedenen Truppenteilen eine ganz bestimmte Anzahl von Leuten aus verschiedenen Berufen angewiesen sind, in einem solchen Fall sofort einzuspringen.

Das ist mit wunderbarer Genauigkeit ausgearbeitet. Aber andererseits würde es zu einem solchen Streik unter Umständen auch kommen, wenn eine solche Organisation nicht besteht. Wenn eine maßlose Erbitterung in den breiten Volksschichten infolge der Vergewaltigung durch die bestehenden Klassen einmal einen solchen Grad erreicht haben wird, daß ein allgemeiner Generalstreik

ausbricht, dann würden auch die Eisenbahner in diesen Streik hineingezogen werden, ganz egal, ob sie organisiert wären oder nicht. Das haben z. B. die Vorgänge in Rußland bewiesen. Wenn Sie einen solchen Streik verhindern wollen, dann müssen Sie das Volk nicht noch weiter erbittern, dann dürfen Sie nicht solche Gesetze machen wie die Wahlrechtsvorlage, die nur als eine Verhöhnung der heillosen Klassen bezeichnet werden kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Zur Hebung der Arbeiterklasse soll ja auch die Schule dienen und deshalb legen wir besonderes Gewicht auf die

Ausgestaltung der Volksschule.

Wenn man unseren Forderungen gegenüber auf den Mangel an Mitteln hinweist, so hat man andererseits gar nicht danach gefragt, ob Mittel vorhanden seien, als es galt, die Schalter der Geistlichen aufzubessern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen, daß die Volksschule so ausgebaut werde, daß sie zu einer wirklichen Kulturanstalt wird, und daß allen Volksgenossen die Möglichkeit einer höheren geistigen Ausbildung verschafft wird. Wenn dem Herrn Kultusminister diese Forderung als die eines weltfremden Theoretikers erscheint, so hat er durch diese Behauptung nur bewiesen, daß es für ihn ein unerfüllbarer Gedanke ist, daß unser Volk wirklich einmal zu einem Kulturvolk gemacht werden könnte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im vorigen Jahre habe ich eine ganze Reihe der angesehensten Pädagogen, wie Pestalozzi, angeführt, die ebenfalls das Ideal der Volksschule darin erblickten, daß sie der ganzen Arbeiterklasse die Möglichkeit des Aufstiegs zu höchsten Kultur gewähre. Es ist bedauerlich, daß nur wir Sozialdemokraten heute das Ideal dieser großen Pädagogen aufrecht-erhalten, während die bürgerlichen Parteien und die Regierung sich mit den traurigen Zuständen unseres Klassenstaates abgefunden haben. Der Herr Minister meinte dann, ich wäre weltfremd, weil ich nicht wüßte, daß Gymnasien und Universitäten den bestimmten Zweck verfolgten, das Verwaltungspersonal, Lehrer usw. heranzuziehen. Wenn er aber meine Rede vom vorigen Jahre gekannt hätte, so hätte er mir das nicht entgegenhalten können, denn ich habe damals viel prägnanter und eindrucksvoller gerade daselbst ausgeführt, daß nämlich unsere höheren Bildungsanstalten von den bestehenden Klassen nur als Mittel zum Zweck betrachtet werden, höhere Beamte, Gelehrte usw. heranzubilden. Nun soll ich ein weltfremder Utopist sein, weil ich von alledem nichts wisse, was ich selbst in der gründlichsten Weise nachgewiesen habe. Nein, gerade diesen Zustand, daß die höheren Bildungsanstalten nicht zur Verbreitung allgemeiner Kultur, sondern zur Heranzüchtung eines Beamtenstandes und einer kleinen Zahl von Gelehrten dienen, halten wir für verwerflich und antikulturell. Die höheren Schulen sollten die Aufgabe haben, die höchstmögliche Bildung in den weitesten Volksschichten zu verbreiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen, daß alle Angehörigen des Volkes, auch diejenigen, die sich einbilden, auf der Menschheit Höheres zu wendeln, auch zu körperlichen Arbeitsleistungen herangezogen werden. Nichts ist in der spielerischen Weise, wie ja auch die Hohenollerprinzen irgendein Handwerk lernen, sondern wir verlangen im Interesse der Kultur, daß alle Arbeitsfähigen auch zu einer gewissen physischen Arbeitsleistung herangezogen werden, damit die Arbeitskraft so reduziert werden kann, daß auch für alle die Möglichkeit zu höchster geistiger Ausbildung übrig bleibt. Was auf der einen Seite dadurch verloren geht, das wird durch irgendwelche Wissensschaffler nicht soviel leidet, wie er sonst leisten könnte, wird auf der anderen Seite dadurch gewonnen, daß die Zahl der Forscher, Gelehrten und Dichter außerordentlich vergrößert wird. Wer freilich, wie Herr Cassel, behauptet, daß schon heute jeder Volksfähige aus dem Volke die Möglichkeit hat, die höhere Schule zu besuchen, ist in Wahrheit weltfremd und hat von den wirklichen Dingen keine blasse Ahnung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich will auf die Arbeiterverhältnisse des weiteren nicht mehr eingehen, sondern nur noch betonen, daß auch die Lage der Bergarbeiter bei weitem noch nicht in der Weise gesichert ist, wie es die Bergarbeiter verlangen. Ich will zum Schluß nur noch darauf hinweisen, wie gestern wieder, entgegen dem Gesetze, die

friedlichen Umzüge

verboten worden sind, wie sie die Arbeiter am ersten Mai veranstalten. Nach dem Gesetze ist ein solches Verbot nur möglich, wenn eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorhanden ist. Aber die letzten großen Versammlungen unter freiem Himmel in Berlin haben ja bewiesen, daß die Arbeiterklasse so glänzend diszipliniert ist, daß auch die geringste Gefahr für die öffentliche Sicherheit bei solchen Umzügen ganz ausgeschlossen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Im Entwurf zum Vereinsgesetz war zuerst von der Gefahr für die öffentliche Ordnung die Rede. Diesen Begriff hat man als kauschhaftig gestrichen und hat dadurch klar bewiesen, daß man keine willkürlichen Maßnahmen der Polizeibehörde wünscht. In Genähin aber hat man z. B. den Umzug verboten, weil bei der letzten Demonstration das Bürgerthum mit Töpfen usw. aus den Fenstern geworfen habe. (Hört! hört! bei den Soz.)

In den Universitätsstädten passiert es alle Tage, daß die Studenten mit Ruff durch die Straßen ziehen. Ich gönne den Studenten dieses Vergnügens durchaus. Aber wenn diese Störungen der Ruhe erlaubt sind, muß man es auch den Arbeitern gestatten, ein- oder zweimal im Jahre Umzüge zu veranstalten. Jeder Turnverein, Schützenverein und Veteranenverein nimmt für sich das Recht in Anspruch, mit Fahnen und Musik durch die Straßen zu ziehen. Soll den Arbeitern, der großen Masse des Volkes, nicht das gleiche Recht zustehen? Das Zentrum veranstaltet regelmäßig auf seinen Katholikentagen Strahemumzüge, an denen sich schon bis zu 50 000 Menschen beteiligen haben. Was den Katholiken recht ist, ist den Arbeitern billig. Wir erheben den schärfsten Protest dagegen, daß in dieser Weise einseitig gegen die Arbeiter vorgegangen wird. Wir sehen darin einen neuen trübseligen Beweis dafür, daß bei uns in Preußen die Arbeiter Staatsbürger zweiter Klasse sind. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Generaldebatte. Zum Etat des Abgeordnetenhauses liegt ein Antrag Graf Spee (B.) vor auf Errichtung weiterer Arbeitszimmer für die Abgeordneten.

Minister des Innern v. Westke: Ich kann dem Hause mitteilen, daß über die Frage der Gewährung von Freifahrtskarten die Verhandlungen innerhalb der künftigen Staatsregierung ihren Abschluß gefunden haben. Die künftige Staatsregierung hat dem vom Hause geführten Bunde entsprochen und den Herren Abgeordneten Freifahrtskarten zwischen Berlin und der Westbahnstation ihres regelmäßigen Wohnortes bewilligt. Die Ausfertigung dieser Karten werde ich beschleunigen. (Allseitiger freundlicher Beifall.)

Der Antrag Graf Spee wird angenommen. Die Etats der Domänenverwaltung und Forstverwaltung werden ohne wesentliche Debatte angenommen. Beim Etat der „Landwirtschaftlichen Verwaltung“ beantragt

Abg. Wallenborn (B.) die Erhöhung des Besoldungs um 30 000 M.

Finanzminister v. Rheinbaben wiederholt seine Zusage, daß der Besoldung im nächsten Jahre erhöht werden solle, und bittet den Antrag jetzt abzulehnen.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag Wallenborn abgelehnt.

Es folgt der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Abg. v. Arnim (L.): Bei der zweiten Lesung hat Herr Reinert die staatlichen Auskunftsstellen einer abschließenden Kritik unterzogen und hat gefordert, die Regierung solle lieber die sozialdemokratischen Rechtsauskunftsstellen unterstützen. Nun, ich glaube, daß leichter eine revolutionäre Straßendemonstration am 18. März zustande kommt, als daß staatliche Mittel der Sozialdemokratie zu Zwecken der Rechtsauskunft zugewandt werden. Wenn die Rechtsauskunftsstelle des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Linden bei Hannover, wie Herr Reinert behauptete, nicht immer geöffnet ist, so liegt das daran, daß der betreffende Herr noch eine andere Stelle besetzt. Die Bemühung der Stelle ist eine sehr reichliche und steigende gewesen. Die Sozialdemokratie unterhält übrigens eine Rechtsauskunftsstelle in Linden nicht. Die Fenster der Auskunftsstelle des Reichsverbandes sind wiederholt in ekelhafter Weise beschmutzt und das Schild mit roter Lackfarbe übermalt worden. Ich behaupte natürlich nicht, daß das von den politischen Feinden des Herrn Reinert geschehen sei, denn das kann ich nicht beweisen. Ich behaupte aber, daß die Leute, die das getan haben, meine Ansichten ferner stehen, als denen des Herrn Reinert. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Von der Sozialdemokratie werden doch Rechtsauskunftsstellen überhaupt nur gegründet, um die Rechtsuchenden mit allen Mitteln an die Sozialdemokratie zu fesseln. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten, Zuruf: Mit welchen Mitteln?)

Abg. Reinert (Soz.):

Daß der Herr Abg. v. Arnim als Vorstandsmitglied des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie (Hört! hört!) in der dritten Lesung Veranlassung nimmt, auf meine Ausführungen über die Winkelschulnoten des Reichsverbandes zurückzukommen, ist ja nicht wunderbar. Aber was er hier ausspricht, waren keine Beweise, sondern nur eine Häufung von Behauptungen. Wenn er von Demonstrationen am 18. März sprach, so beweist das nur, daß er offenbar noch nicht den furchtbaren Reinfall überwunden hat, den er mit einem von mir bei einem Reichsverbandesmitglied verlorenen Brief vor zwei Jahren hier erlebt hat. Es wäre für die große strategische Organisation des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie besser gewesen, wenn er diese Blamage nicht wieder aufgeführt hätte. Die Rechtsauskunftsstelle in Lauterberg, die sich nach Herrn v. Arnim so gut entwickelt haben soll, kenne ich zufällig genau. Sie wird unterhalten von den dortigen Schuhwarenfabrikanten, die den Mann, der dort die Arbeiter zu besperrt hat, befolgt, nicht der Reichsverband. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Der Mann hat nichts zu tun, als fast täglich in die Dörfer zu laufen, um Flugblätter zu verteilen. Hat und Ankunft in irgend welchen Arbeiterlagern erteilt er nicht. Die dortigen Arbeiter halten ihn überhaupt nicht für fähig dazu. (Hört! hört!) bei den Sozialdemokraten.) Wie mangelhaft unterrichtet Herr v. Arnim ist, beweist er mit seiner Behauptung, die Sozialdemokratie unterhalte keine Rechtsauskunftsstellen in Linden. Er weiß nicht, daß zwar nicht die Partei, aber die Gewerkschaften ein Sekretariat für Hannover und Linden unterhalten, das großartig funktioniert, wo drei Sekretäre ständig Auskunft erteilen und die Anstellung eines vierten geplant wird. Was dann die von Herrn v. Arnim erwähnte Verknüpfung in Linden anlangt, so war er zu feige, sofort anzupfeifen, daß sie nach seiner Meinung von Sozialdemokraten stamme.

Vizepräsident Dr. Forst:

Sie dürfen einem Mitgliede des Hauses nicht Feigheit unterstellen!

Abg. Reinert:

Einen anderen Sinn konnten seine Ausführungen gar nicht haben, daß die betreffenden Leute uns wahrscheinlich näher ständen als ihm; daher habe ich diesen Ausdruck gebraucht. Im übrigen ist es wahrscheinlich von nationalen Arbeitern gesehen, die in das Sekretariat hineingegangen und dort falsche Auskunft erteilt haben. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Das ist eine viel plausiblere Erklärung. Für seine Behauptung, wir suchten in den Arbeitersekretariaten die um Rat Suchenden an die Sozialdemokratie zu fesseln, kann Herr v. Arnim auch nicht den geringsten Beweis anführen. Daß davon keine Rede ist, konnte er selbst feststellen, wenn er sich einmal in ein solches Sekretariat begeben wollte, um Auskunft darüber zu erbitten, wie er die Landarbeiter zu behandeln hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Sekretariate sind soziale Institute, die eine Aufgabe übernehmen haben, die eigentlich der Staat erfüllen müßte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ueber die Auskunftsstellen des Reichsverbandes hat Herr v. Arnim selbst das Urteil gesprochen, indem er sagte, sie hätten die Aufgabe, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Das ist unvereinbar mit einer objektiven Rechtsauskunft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er hat nachher selbst angegeben, daß diese Auskunftsstellen nicht unparteiisch Rat erteilen, sondern darauf ausgehen, Propaganda für die nationalen Parteien zu machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Abg. v. Arnim (L. persönliche Bemerkung): Ich habe nicht die Straßendemonstration am 18. März vor zwei Jahren, sondern in diesem Jahre gemeint. — Was den Vorwurf der Feigheit anbelangt, so würde ich jedem anderen Mitgliede des Hauses gegenüber andere Waffen anwenden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Reinert (Soz.): In diesem Jahre haben am 18. März gar keine Straßendemonstrationen stattgefunden. Solche Bemerkungen, wie die letzte des Herrn v. Arnim, rühren und absolut nicht; sie kennzeichnen nur die Art der Polemik des Herrn v. Arnim gegen mich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Etat wird bewilligt. Beim Etat des Ministeriums des Innern führt Abg. Lippmann (B.) Beschwerde darüber, daß in gewissen Fällen bei mitschlüssigen Gründungsverträgen von Ueberlandzentralen dem Kreise die Kosten aufgeschuldet wurden. So habe das der Landrat in Vornum berichtet, der selbst mit 25 000 M. an der Gründung beteiligt war. (Hört! hört! links.)

Abg. Hübner (Fortf. B.): Herr Ströbel ist bei der Generaldebatte auf die Handhabung des Vereinsgesetzes gekommen. Auch wir legen großes Gewicht darauf, daß das Reichsvereinsgesetz dem Sinne nach gehandhabt wird, wie es der Wille der Gesetzgebung im Reichstag war. Von besonderer Konsequenz der Regierung in dieser Beziehung kann man wirklich nicht sprechen. Erst wurden die Versammlungen verboten, nachher wurden sie gestattet und es kam zu den bekannten großen Demonstrationen in Berlin und anderen Orten. Ich sollte eigentlich meinen, daß diejenigen, die die Versammlungen mit angesehen haben, auch zu der Ueberzeugung gekommen sein müssen, wie töricht es war, vorher ein Verbot auszusprechen. Gegenstand der Agitation waren diese Dinge nur solange als sie verboten wurden. Nachher sah man, daß es sich um ganz ruhige Veranstaltungen handelte. (Lachen rechts.) Zum 1. Mai ist dann die Praxis wieder geändert worden, und das merkwürdigste ist, daß die schon erteilte Genehmigung in einer Reihe von Orten wieder zurückgenommen wurde. Dies Verfahren steht im Gegensatz zu einem Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts, wonach Erlaube lokaler Natur vorliegen müssen, die eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit vorzusehen lassen. Der Bürgermeister von Punglau hat offen erklärt, die Zurücknahme der schon erteilten Genehmigung sei auf Anweisung des Regierungspräsidenten erfolgt. Energischen Protest einlegen müssen wir nochmals gegen das verfassungswidrige Vorgehen im Brieger Krankenhaus, wo ein jüdischer Praktikant nicht zugelassen wurde, weil die Ärzte erklärten, mit Juden nicht verkehren zu wollen. Der Landrat hat die Beschwerde dagegen zurückgewiesen. Daher möchte ich den Herrn Minister des Innern bitten, dafür zu sorgen, daß die durch die Verfassung gewährten Rechte aufrechterhalten bleiben. (Bravo! links.) Die Weiterberatung wird auf Dienstag 11 Uhr vertagt. Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

59 Millionen Mark Lantien in einem Jahre!

Die Einnahmen der Herren Aufsichtsräte in den Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung entziehen sich meist der öffentlichen Kontrolle. Gerade die großen und größten Banken und Industriegesellschaften haben es sich angewöhnt, über Lantien keine Mitteilungen zu machen. Bei ihnen verschwinden die Summen meistens unter Geschäftskonten oder anderen Abrechnungskonten. Einen Einblick für die in Deutschland schätzbar gehaltenen Aufsichtsrätlantien gibt das Resultat der Aufsichtsrätlantiensteuer, die am 7. Januar 1908 Gesetz geworden ist. Versteuert werden aber nur Lantien von Gesellschaften, bei denen die Gesamtsumme mehr als 5000 M. ausmacht. Anherdem bestehen noch Kantelen, welche die Steuerpflicht einschränken. Die Steuer selbst beträgt acht Prozent des Lantienbetrags. Die Einnahmen aus der Lantiensteuer betragen in den Steuerjahren

1907/08	4,21 Millionen Mark
1908/09	3,28
1909/10	4,74

Diese Erträge entsprechen einem Lantienbetrage von rund 22 1/2 Millionen Mark im Jahre 1907/08, 41 Millionen Mark im nächsten und 59 1/2 Millionen Mark im letzten Steuerjahre! Also fast 60 Millionen Mark wurden in einem Jahre versteuert. Der wirkliche Lantienbetrag ist natürlich bedeutend höher. Neben den Lantien kommen dazu an die Direktoren, Prokuristen usw. noch enorme Summen als Gratifikationen usw. zur Verteilung. Besonders interessant ist, daß die Lantiensumme für 1909/10, die des Vorjahres schon bedeutend übertrifft. Die Arbeiter haben von der Besserung der Konjunktur an ihren Löhnen noch nichts gemerkt; die Herren Aufsichtsräte in den Aktiengesellschaften leben aber schon wieder in den Freuden einer industriellen Hochkonjunktur. Harmonie der Interessen!

Reichtum kein Verdienst. Aus welcher „verdienstvollen“ Arbeit der Reichtum mancher Familien entstanden ist, darüber lesen wir in der „Vomwelt“: „Im 1825 herum war das Grundstück am Potsdamer Platz, auf dem heute Josty steht, eine Wiese, die beim Verkauf 25 Taler, eine Fiege und ein Sänapfstrahl brach, womit der Schöneberger Verkäufer und Schöneberger Käufer in gleicher Weise einverstanden waren. Nun, die Millionen kamen und mit ihnen Adel und adlige Verschwägerungen. Zwei Fräulein Bergemann heirateten Herren v. Bennigsen und v. Braunschwieg. Zwei Damen Nikow wurden Frauen v. Reichel und Baronin v. Wrangel und ein Fräulein Gemald eine Frein v. d. Horst. Ein Vetter von ihr wurde von Coburg-Gotha baronisiert, tat sich als Aktionär hervor und ist vor kurzem gestorben. Die Gewalts verpönten sich weiter mit denen v. Ganderer und v. Blankensee. Die Abblämmung der Schöneberger stieg jetzt auf Waldenten, Genzrode, Dipsom und anderen Gütern.“

Straßenbahnen-Goldgruben für das Kapital.

Der westdeutsche Grubenmagnat Stinnes hat es nicht nur verstanden, seinen Vergewaltigungsgelüsten ungeheuer zu vermehrten, mit Erfolg betrieb er auch die Erweiterung des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes. Vor einigen Jahren kaufte er die Hochspannungsgesellschaft Straßens. Sein Plan ging dahin, das gesamte Elektrizitätswesen des Industriegebietes zu monopolisieren. Das Scheitern an der Unfertigkeit einiger Gemeinden, die zwei kommunale Elektrizitätswerke errichten ließen. Die von Stinnes angekauften Straßenbahn rentiert sich nun ungeheuer. Trotz der eingetretenen Verkehrsabnahme ist der Ueberdruck im letzten Jahre bei verminderten Einnahmen um 14 593 M. gestiegen. Die Betriebseinnahme betrug für 1909 2 693 499 M., die Ausgabe 1 490 800 M. Der Ueberdruck beläuft sich auf 1 202 699 M., der Reingewinn auf 675 111 M. Es kommt dabei in Betracht, daß es dem Besitzer durch den Erwerb der Bahn möglich geworden ist, die Kabellegung des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes ungehindert ausführen zu können. Stinnes hat den beteiligten Gemeinden ein Schnupfen geschlagen und ein gutes Geschäft vor der Nase fortgeschwippt.

Hinter den Kulissen der Standard Oil Company.

Rockefeller, der leitende Mann des Petroleumtrusts, hat vor einiger Zeit angeblich sein ganzes Vermögen oder wenigstens eine runde Milliarde für volkspädagogische und wohltätige Zwecke festgelegt. Das hindert ihn aber nicht, auch weiterhin mit allen kapitalistischen Mitteln vorzugehen, wenn er seinen Profit geschnallert sieht. Vor allem ist ihm die Gründung neuer Petroleumgesellschaften ein Dorn im Auge. Die Standard Oil Company hat nun, wie das „Daily Chronicle“ mitteilt, eine Versicherungsgesellschaft eingeleitet, um die englische Presse zu gewinnen und durch ihre Denunziation Konkurrenz totzumachen. Ueber die Beziehungen zwischen der künstlichen Presse und der Standard Oil Company geben die nachstehenden Briefe Aufschluß:

Herrn G. S. Edmonds
Baltimore, Md.

Sehr geehrter Herr!
In Verantwortung Ihres w. Schreibens habe ich das Vergnügen, Ihnen hiermit den Inhaberschein über ein Depot von 3000 Dollar zu übersenden, die auf Ihren Namen eingezahlt sind als Betrag für ein Jahresabonnement auf „The Manufacturers Record“.

Hochachtungsvoll
Jno D. Archbold.

Das Blatt kostet 4 Dollar jährlich, also bezahle ich Mr. Archbold gleich das Abonnement auf 750 Jahre im voraus.
Ein zweiter Brief lautet:

Herrn Thomas P. Crafty
New York.

Sehr geehrter Herr Crafty!
Wir sind bereit, unser Abonnement in Höhe von 5000 Dollar jährlich auf „The Southern Farm Magazine“ um ein weiteres Jahr zu verlängern; die Zahlung würde in derselben Weise erfolgen wie im verflohenen Jahr. Wir zweifeln nicht daran, daß der Einfluß Ihres Blattes im Süden und wertvolle Dienste leisten wird.

Hochachtungsvoll
Jno D. Archbold.

Da jedermann für 50 Cent jährlich auf das Blatt abonnieren kann, bezahle Mr. Archbold in diesem Falle den Abonnementpreis gleich für 10 000 Jahre. Dazu ist zu bemerken, daß Mr. Archbold der Generaldirektor der Standard Oil Company und Rockefeller-Vertrauensmann ist.

In diesem Zusammenhange mag noch der Geheimdienst geschildert werden, den der Trust als Hilfe im Konkurrenzkampf unterhält. In dem von der amerikanischen Regierung eingereichten Schriftsatz zu dem vor dem höchsten Gericht der Vereinigten Staaten schwebenden Verfahren gegen den Trust wird darüber gesagt:

„Die Standard Oil Company unterhält in New York eine Geheimabteilung, die als statistische Abteilung bekannt ist. Durch diese Abteilung hat sie ein vollständiges System zur Auspionierung ihrer Konkurrenz im ganzen Gebiet der Vereinigten Staaten eingerichtet.“

Nur unter großen Schwierigkeiten gelang der amerikanischen Regierung die Aufdeckung dieses Systems. Viele der leitenden Persönlichkeiten der Standard Oil Company wurden darüber gerichtlich vernommen und leugneten so lange, daß sie davon etwas wußten, bis ihnen gewisse Verichte und Mitteilungen vorgelegt wurden, die in den Besitz der Regierung gelangt waren. Aus diesem Material geht hervor, daß die Standard Oil Company ein System der Verichterstattung eingerichtet hat, wonach sich jeder ihrer Verkäufer und Agenten über jeden Petroleumtransport unterrichtet, der in seinem Bezirk für Rechnung einer unabhängigen Gesellschaft geschieht. Zweck Erlangung derartiger Mitteilungen werden Eisenbahnbeamte bestochen, damit sie die gesuchten Anskünfte geben, Angestellte der Company halten sich an den Bahnhöfen auf, um aus den Aufschreibern an den Häusern und Wagen Absender und Empfänger zu ermitteln; Spione gehen den Vertretern und den Tankwagen der Konkurrenzgesellschaften nach, um deren Abnehmer zu ermitteln; Detektivs machen sich an die Angestellten dieser Gesellschaften heran, um sie auszuforschen, und noch eine ganze Reihe gleich unfaulerer Mittel werden angewandt. Diese Verichte gehen unmittelbar an den Vorstand der Verkaufsabteilung des Trusts, und der Vorstand unterrichtet daraus wieder die Vorstände der Bezirks-Verkaufsorganisationen über die Vorgänge in ihrem Gebiet. Dann geht das Material ins Archiv. Das ganze wird mit größter Heimlichkeit betrieben. So unterzeichnen zum Beispiel die bestochenen Eisenbahnbeamten bis von ihnen eingefandenen Verichte nicht mit ihrem Namen und benutzen völlig neutrale Briefbogen, aus denen über die Person des Absenders nicht das geringste zu ersehen ist.

Witterungsbericht vom 2. Mai 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temper.	Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temper.
Stettin	762,00	2	bedeckt	7	Leipzig	763,00	2	bedeckt	0
Hamburg	764,00	2	bedeckt	7	Petersburg	765,00	2	bedeckt	9
Berlin	762,00	2	bedeckt	7	Wien	762,00	2	bedeckt	9
Königsberg	759,00	2	bedeckt	7	Paris	765,00	2	bedeckt	8
München	763,00	2	bedeckt	7	Brüssel	762,00	2	bedeckt	8
Göteborg	765,00	2	bedeckt	7					

Wetterprognose für Preußen, den 3. Mai 1910.
Nebel, vorwiegend trübe mit Regenschauern und ziemlich streifen nördlichen Winden, tagelangen zeitweise aufklaren.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 1. 5. 1910	am 2. 5. 1910	Wasserstand	am 1. 5. 1910	am 2. 5. 1910
Remel, Elbe	185	-6	Saale, Großh.	105	-5
Bregitz, Ankerberg	22	-7	Quedl., Sanden	67	-13
Reichel, Elbe	84	-6	Stahle, Bismarck	114	0
Ober, Havel	154	-9	Spees, Spremberg	68	-10
Stollen	124	-2	Becken	70	-2
Frankfurt	139	-2	Weser, Minden	37	-4
Wartze, Sarmund	22	0	Rhein, Remscheid	54	-3
Landenberg	4	-7	Rhein, Regensburg	470	-6
Rege, Barmen	5	-7	Rhein, Bonn	370	-10
Elbe, Lützen	28	-14	Rhein, Köln	281	-8
Preßden	63	-9	Redar, Hellborn	90	-8
Barbo	198	-8	Rhein, Wertheim	150	-1
Kogelburg	155	-7	Weser, Trier	71	-7

*) + bedeutet Hoch, — Fall, — *) Unterwasser.

Für Wanderer

empfehlen wir:

Silva-Wanderkarten

Oberprece
Vordam
Rheinberg
Zähringelsee
Strandberg
Teget
Zerpitz
Märkische Schweiz

Starbig
Mit
regulier
und
Weg-
beschreibung
Preis p. Karte
75 Pf.

Silva-Wanderkarte

der
Jungfernd von Berlin
mit Cred. egulier
Starbig 50 Pf., Starbig 1 M.

Silva-Märkischer Wanderatlas

mit Cred. regulier u. Wegbeschreibung
Starbig m. 14 Karten, geb. 1.00 M.
8 " " 22 " " 1.50

Expedition des Vorwärts

Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Sofastoffe

Rosenauswahl aller Qualitäten!

Wolle, Reste! Maquette
Pflsch. Satteltaschen

Zimmer- und Treppen- Läuferstoffe

Kokos, Haargarn, Velour etc.

Muster bei näherer
Angabe franko.

Teppich - Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158

Kleiderwagen, Sportwagen billig,
Stiegling, Quersamstraße 15. 1906

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Landsberger Viertel.
(Bezirk 374, Teil II.)
Den Wählern zur Nachricht,
dass unter Genosse, der Metall-
arbeiter
Paul Krumbholz
Großauer Str. 5
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 4. Mai, er., nach-
mittags 5 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofes in Fried-
richsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
217/15 Der Vorstand

Verband der Lithographen,
Steindruckere u. verw. Berufe.
(Deutscher Senefelder-Bund.)
Am 29. April verstarb unser
Mitglied, der Steindrucker
Paul Heine
im Alter von 67 Jahren an
Krankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, 3. Mai, nachmittags
2 Uhr, von der Leichenhalle des
Katholischen Friedhofes in Wil-
helmsberg aus statt. 283/15
Die Verwaltung der Filiale I.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Den Wählern zur Nachricht,
dass unter Kollege, der Möbel-
arbeiter
Emil Sprecher
am 29. April gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 3. Mai, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Katholischen Friedhofes am
Weichenwer Weg aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem sowie dem Gesangsverein
Niederstiel, dem Sparverein Vor-
wärts, den Arbeiterinnen der Firma
Größ und den Kollegen der Firma
E. Heuter, sage ich meinen aufrich-
tigsten Dank für die rege Teilnahme
bei der Beerdigung meiner lieben
Frau.
Dier-Schönweide, den 2. Mai 1910.
Karl Kropp.

Dankfagung.
Allen, welche an der Beerdigung
meiner ungeliebten Frau teil-
genommen, sage ich meinen herzlichen
Dank, besonders dem Verbands der
Buch- und Steindruckere-Arbeiter,
Sektstelle Berlin. 20029
Paul Renner.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Vaters **Otto Zeise** sage ich
allen Freunden und Bekannten,
insbesondere dem Wahlverein sowie
dem Gesangsverein Niederstiel meinen
aufrichtigsten Dank.
Elisabeth Zeise nebst Kindern.

Dankfagung.
Allen, welche anlässlich des Todes
meiner lieben Frau **Klara Krauss**
geb. Gerth mir ihr Beileid aus-
gedrückt haben, sage ich hiermit meinen
dankschuldigsten Dank. 53592
Artur Krause.

TYPOGRAPHIA.
Heute: 60/18
Übungsstunde
Achtung, Grünau!

Empfehle allen Freunden und Be-
kannnten zu dem bevorstehenden
Sommerausflügen mein (renoviertes)
Sofal und Garten. Nur reelle Speisen
und Getränke zu billigen Preisen.
Gustav Lindenhayn,
Telephon 17. Friedrichstr. 2.
Blumen- und Kranzbinderei
von **Robert Meyer,**
nur **Mariannen-Straße 2.**
Syphilis-Nachweis
in allen frisch u. veraltet, zweifelhaft.
Fall, durch wissenschaftl. Untersuchung,
sowohl: bestgl. Harn- (Spez. auf Ge-
nerhöe-Fäden) u. Blutuntersuchung.
Dr. Homayr & Co., Spezial-Laborat.,
Friedrichstr. 169, zw. Kronen- und
Waldenstrasse, I. 8724. Bes. Rüdiger-
distr. u. folient. Geöffnet von 8-8
Sonntags von 12-1.

En gros detail
Knaben- und
Jünglings-Garderobe
fertig u. nach Maß
am billigsten und realisten in
der Fabrik
Koppenstr. 85, part.,
9 Minuten v. Schles. Bahnhof.
Karl Hustädt.



Im Sturm erobert
hat Gentner's **Goldperle** die Herzen aller
Vollhaarselbepulver Hausfrauen wegen
seiner hübschen u. praktischen Oeschenkeballagen. Man achte beim
Einkauf genau auf den Namen „Goldperle“ u. Schutzm. Kamintger
Allein. Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

Wann zu empfehlen ist der Ge-
brauch v. Juckers Patent-Medi-
cinal-Seife bei Hautkrankheiten und
Schuppungen der Haut, b. leichten
Juckthofis, ganz besonders bei Un-
reinheiten der., wenn Witterer
und deren Folgezustände,
Pickel,
Knötchen, Pusteln usw., das be-
sammte unschöne Gesichtsbild hervor-
zurufen. Das ist das Urteil des
Dr. med. B. über Juckers Patent-
Medicinal-Seife, à Stück 50 Pf.
(15 % ig) und 1.50 M. (35 % ig,
stärkste Form). Dazugehör. Juckers-
Creme 75 Pf. und 2 M., ferner
Juckers-Seife (mild) 50 Pf. und
1.50 M. In all. Apoth., Drog. u.
Parfüm. erhältlich. Nichts anderes
aufreden lassen. Es gibt dafür keinen
Ersatz!
Von der Reise zurück
Dr. C. Strecker.

**Orts-Frauenkassen für das Gewerbe der Tischler und
Pianofortearbeiter zu Berlin.**
Den Herren Arbeitgebern und den Kassenmitgliedern teilen wir hierdurch
ergeben mit, daß die von der Generalversammlung am 23. November
1909 und 3. Februar 1910 beschlossene neue Abänderung des Kassenstatuts
die Genehmigung des Bezirksausschusses zu Berlin erhalten hat und mit
dem 9. Mai 1910 in Kraft tritt. Durch diese Abänderung werden die Mit-
glieder nach ihrem Arbeitsverdienst in 5 Klassen geteilt:
1. Kassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag
4,50 Mark und mehr beträgt Klasse 1.
2. Kassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag
3,50 Mark bis 4,49 Mark beträgt Klasse 2.
3. Kassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag
2,50 Mark bis 3,49 Mark beträgt Klasse 3.
4. Kassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag
1,70 Mark bis 2,49 Mark beträgt Klasse 4.
5. Kassenmitglieder, deren Arbeitsverdienst für den Arbeitstag
weniger als 1,70 Mark beträgt Klasse 5.
Der durchschnittliche Tagelohn ist bis auf weiteres festgesetzt:
Klasse 1 5,00 Mark. Klasse 4 2,10 Mark
Klasse 2 4,00 „ Klasse 5 1,50 „
Klasse 3 3,00 „
Die höchstmöglichen Kassenbeiträge betragen:
für Klasse 1 1,02 Mark. für Klasse 4 0,42 Mark.
„ 2 0,81 „ „ 5 0,30 „
„ 3 0,60 „
An Eintrittsgeld ist zu zahlen:
für Klasse 1 1,50 Mark. für Klasse 4 0,63 Mark.
„ 2 1,20 „ „ 5 0,45 „
„ 3 0,75 „
Außerdem ist infolge der Kasseninteilung § 7, 10, 14, 21 sowie § 48
und 49 geändert.
Der Vorstand.
H. Schmidt, Vorsitzender. M. Grabe, Schriftführer.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Achten Sie genau auf die Vornamen **G. A. Hanewacker.**
Amt IV, 3014.

Stoff-Reste
ausreichend für komplette Herren-Anzüge, Hosen, Paletots, Damen-
Kostüme, Kleider, Röcke, Loden-Pelerinen etc., die sich bei uns in
Massen anhäufen, verkaufen wir bedeutend unter Preis!
Meter Mk. 1.-, 2.-, 3.-, 4.-, 5.-.
Tuchfabrik-Lager Koch & Seeland
Gesellschaft m. b. H.
Roßstraße 2. — Sonntags geöffnet. 50841*

Begründet 1873 **Hut-Salinger** Begründet 1873
Engros Spezialhaus für Neuheiten Export
in Filzhüten, Zylinderhüten, Chapeaux claquees, Strohhüten
echten Panamas.
Einzelverkauf zu sehr billigen
und streng festen Preisen.
Neue Königstr. 48, 1 Treppe, am Alexanderplatz.
Reparaturen werden sauber und billig ausgeführt.

Pumpen
aller Art
für Abessinier-
u. Kesselbrannen,
Jauchepumpen
usw. in bester Aus-
führung zu den
billigsten Preisen.
Kataloge gratis.
Paul Gries,
Berlin SO. 16,
Köpenicker Straße 44.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung
elegant. Herren- und
Knaben - Garderobe
fertig und nach Mass,
feinste Verarbeitung.
S. Boltuch,
Frankfurter Allee 75, 8
Eingang Tietzer Strasse.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
u. Empfehlung. Aerzte u. Prof. grat. u. lit.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW. Friedrichstrasse 91/9

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten,
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
Wochentags 10-2, 5-7.

Leihhaus seit 27 Jahren
Gelegenheitskäufe
verfallener Brillanten,
Gold-, Silberwaren etc.
Moritzplatz, Ecke Oranien-
straße 61, I
im Hause der National-Bank.
(früher Prinzenstr. 28)

Ziehung nächste Woche
Mittwoch und Donnerstag.
Berliner **Lotterie**
Arbeitsstätten.
Gesamtwertung der Gew. Mark.
50000
von 200 Gew. von 5 bis 5000 Mark
30000
u. ein Hauptgewinn Mark.
20000
Originallose a 2.— Mark,
Porto u. Liste 30 Pf. extra,
empfiehlt und versendet der
General-Debit
G. Dischelis & Co.,
Bankgeschäft,
Berlin C. 2, Königstr. 34-36.
Auch zu haben in sämtlichen
Lotterio- und Zigarrengeschäften.

Hygienische Bedarfs-
artikel
Drogerie Zaremba,
Weinbergsweg 1, dir. a. Rosenthaler
Tor. Billigste Bezugsquelle.
Besuch f. zur dauernden Frischhaltung!

Enorm billiger
Verkauf
eleganter, hochmoderner
Anzüge,
Paletots,
Ulster
aus feinsten Maßstoffen
jetzt 20 bis 50 M.
VERSANDHAUS GERMANIA
Unter den Linden 21, II. Etage.

Berliner Uk-Trio.
Poliz Schöner Stralsunderstr. 1

Kein Zweifel mehr
Die erste und renommierteste
Firma ist und bleibt
M. Glogau
Alte Jakob-Straße 73, I., II., III. und
IV. Etage,
(Ecke Dresdener- und Roß-Straße).
Jeder erhält Kredit
unter nachfolgenden Bedingungen:
Herren-Anzüge u. Paletots, nur moderne, elegante
Formen, in allen Preis-
lagen, Anzahlung von 5.— M. an.
Damen-Kostüme, Jacketts, Blusen u. Röcke
(Auswahl wie in jedem Spezialgeschäft), Anzahlung von 3.— M. an.
Möbel Einzelne Gegenstände: Anzahlung von 3 M. an.
auf Ein einfaches Zimmer: Anzahlung von 8 M. an.
Eine kleine Einrichtung: Anzahl. von 12 M. an.
Kredit Ein Schlafzimmer und Küche:
Anzahlung von 20 M. an.
Zusammenstellung nach eigener Wahl.
Wochenrate 1.— Mark

H. Pfau, Bandagist
Berl. Dirksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und
Veltjeipräsidentium. — Unt VII, 13739.
Für Damen Frauen-Bodienung. *
Lieferant für alle Krankentassen.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Schneiderei für elegante
Herren- u. Knaben-
Garderobe.
Fertig und nach
Mass. — Garan-
tie für tadellosen
Sitz und beste
Verarbeitung. Auf
Teilzahlung
Wochenrate von
1 Mk.
J. Kurzberg
Rosenthalerstr. 40
direkt am Hacke-
schen Markt, im
Laden u. I. Etage.
Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruch-
bandagen, Leibbinden, Ge-
radhalter, Spritzen, Suspensorien
sowie sämtliche Artikel zur Kranken-
pflege. Eigene Werkstatt. Lieferant
für Orts- und Hilfs-Krankentassen.
Berlin N.,
jest Lothringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Ge-
latten, angenehm u. weich am Körper.

Phänomen
Cigaretten
Qualitätsmarke
mit und ohne, auch mit
Goldmundstück, St.
2, 3, 4 und 5 Pf.
Cigarettenfabrik
NAMKORI

Wahlrechtspaziergang und Polizeiautorität.

Für den Berliner Wahlrechtspaziergang vom 6. März, durch den die Autorität des Polizeipräsidenten von Berlin so bedenklich ins Wanken geraten war, hatte bekanntlich am 1. April das Amtsgericht Berlin-Mitte (Abteilung 129) dem verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, unserem Genossen Richard Barth, als Sühne eine Haftstrafe von 4 Wochen zubilligt.

Durch mehrere im „Vorwärts“ veröffentlichte Artikel und Mitteilungen über die Nichtgenehmigung der im Treptower Park geplanten Versammlung und über die daraus entstandene Absicht eines Spazierganges nach dem Treptower Park sollte Genosse Barth das Zustandekommen jener Wahlrechtspaziergangs, die im Tiergarten vor sich ging, verächtlich haben. Durch seinen Spaziergangartikel habe er — öffentliche Aufzüge und Versammlungen unter freiem Himmel ohne die vorgeschriebene Genehmigung veranstaltet und demnach das Vereinsgesetz übertreten. Ferner habe — der Taufendfüßler! — Barth durch jene Artikel zugleich andere zur Veranstaltung nichtgenehmigter Aufzüge und Versammlungen, hiermit aber zum Ungehorsam gegen das Vereinsgesetz aufgefordert.

Gegen das Urteil hatte Barth Verurteilung eingelegt. So wurde gestern Entscheidung und Verlauf des Wahlrechtspazierganges noch einmal erörtert. In der Verhandlung führte den Vorsitz der Landgerichtsdirektor Duack, die Staatsanwaltschaft wurde durch den Ersten Staatsanwalt Steinbrecht vertreten, Verteidiger war Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld. Es waren 25 Zeugen geladen.

Das Amtsgericht war zu einem verurteilenden Erkenntnis gelangt, indem es annahm, daß der „Vorwärts“ in Aufsehung gegen das Verbot des Polizeipräsidenten die Absicht verfolgte, „trotz alledem“ Aufzüge und Versammlungen zustande zu bringen. Der Angeklagte sei darauf ausgegangen, den Spaziergang zu einer Massenkundgebung zu gestalten. Er habe die „Aufzüge“ und „Versammlungen“ auf Treptower Gebiet und im Tiergarten „veranstaltet“.

Vernehmung des Angeklagten.

Hiergegen wendet sich der Angeklagte, bevor die Artikel verlesen werden, in folgenden Ausführungen: Schon aus der Erhebung der Anzeige geht ihre Unhaltbarkeit hervor. Zum 8. März hatte ich eine Vorladung zu einer verantwortlichen Vernehmung erhalten. Danach sollte ich zum Ungehorsam gegen Anordnungen des Polizeipräsidenten und zur Umgehung eines Verbotes aufgefordert haben. Auf diese Anzeige schrieb der „Vorwärts“ mit Recht, daß sie völlig ins Blaue schiefte und unhaltbar sei, weil der Polizeipräsident keine Anordnungen im Sinne des Gesetzes erläßt, sondern nur die Genehmigung zu einer Versammlung nicht erteilt habe. Es handelte sich um keine Aufforderung zum Ungehorsam im Sinne der §§ 110 und 111 des Strafgesetzbuches, abgesehen davon, daß der „Vorwärts“ gar keine Aufforderung erlassen habe. Die erste Anzeige fiel dann. Es wurde eine neue Anzeige gebaut, aber die Anlagenschrift selber ging mir nicht zu. Jetzt sollte ich Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge ohne Genehmigung veranstalten und durch den „Vorwärts“ zur Begehung strafbarer Handlungen, zum Ungehorsam gegen das Vereinsgesetz aufgefordert haben. Auch diese Anzeige ist völlig unhaltbar. Zu Versammlungen hatte ich nicht aufgefordert, Versammlungen hätte ich nicht veranstaltet, Versammlungen haben auch gar nicht stattgefunden. Auch Aufzüge sind nicht veranstaltet worden. Wenn Anordnungen zustande gekommen sind, so ist das lediglich auf das Konto der Polizei, nicht aber auf mein Konto zu setzen. Der Polizeipräsident hat auch keine Anordnungen getroffen, er hat nur die Genehmigung zu einer Versammlung verweigert und zwar zu Unrecht. Ueber den Treptower Park hat er überhaupt kein Verfügungsrecht, er ist dort nicht zuständig. Ich soll zur Umgehung des polizeilichen Verbotes aufgefordert haben. Eine Aufforderung zur Umgehung einer strafbaren Handlung kann nicht strafbar sein, sie ist das direkte Gegenteil einer strafbaren Handlung, wie auch die Umgehung eines Diebstahls kein Diebstahl ist. Der „Vorwärts“ hat lediglich mitgeteilt, daß ein Wahlrechtspaziergang stattfinden werde. Das ist ebensowenig eine Aufforderung, wie z. B. die Mitteilung, daß Tausende sich den Galischen Kometen ansehen werden. Selbst wenn der „Vorwärts“ zu dem Spaziergang aufgefordert hätte, so wäre das auch kein Verstoß gegen die Gesetze, weil ein Spaziergang seinen Aufzug und keine Versammlung darstellt. Der „Vorwärts“ hat erklärt, daß das Verhalten des Polizeipräsidenten den Gesetzen zuwider ist, weil die Berliner Arbeiterschaft wie jeder andere ein Recht auf die Straße hat. Das zu sagen, war nicht nur gutes Recht, sondern geradezu unsere Pflicht. Auf die provozierende Nichtgenehmigung der Versammlung antwortete der „Vorwärts“ mit einem „Trotz alledem“, das so zu verstehen war: Trotz alledem lassen wir uns nicht zu Ungehorsamkeiten hinreißen, sondern belinden unseren Willen in anderer und durchaus gesetzlicher Weise.

Erster Staatsanwalt Steinbrecht verwahrt sich gegen den Ausdruck, die Anzeige sei „gebaut“ worden. Erhöhen sei überhaupt nur eine Anzeige, die keineswegs in Widerspruch zu der anfänglichen Auffassung der Staatsanwaltschaft stehe. Verteidiger Dr. Rosenfeld erwiderte, man spreche vom „Bau einer Anzeige“ und so auch von ihrem „Zusammenbau“, und hoffentlich werde der Anzeige gegen Barth diesmal der Zusammenbruch beschieden sein. Darüber, ob die Anlagenschrift ihre Standpunkte geändert hat, entspinnt sich eine längere Kontroverse. Der Verteidiger stellt auf die Vorladung zur verantwortlichen Vernehmung des Angeklagten und urteilt, daß darin direkt von einer Aufforderung zum Ungehorsam gegen Anordnungen des Polizeipräsidenten die Rede war.

Nach dieser Konstatierung, daß der Angeklagte völlig zurecht den Verdogang der für den Polizeipräsidenten eingeleiteten Rettungsfaktion geschildert hat, werden die inkriminierten Artikel verlesen.

Ein Zwischenfall.

Während der Verlesung wird dem Verteidiger bekannt, daß im Zuscherraum ein paar Kriminalbeamte sitzen. Er macht den Vorstehenden darauf aufmerksam und erhebt Einwendungen mindestens dagegen, daß der eine dieser ungetretenen Gäste, der Kriminalbeamte Palm, die Verhandlungen mit anhört. Palm habe als Kriminalbeamter sich in einen sozialdemokratischen Wahlverein aufnehmen lassen. In der Verhandlung werde vielleicht auch zur Sprache kommen müssen, daß Ähnliches von Kriminalbeamten öfter getrieben worden ist und daß Kriminalbeamte direkt an Kundgebungen der Sozialdemokratie teilgenommen haben. Palm werde dafür als Zeuge benannt, mithin möge man ihn ersuchen, den Zuscherraum zu verlassen. Der Vorsitzende fragt darauf, ob „ein Herr Palm“ da sei. Herr Palm meldet sich und wird dann hinausgeschickt.

Nach oder im Treptower Park?

Zu den Artikeln äußert sich der Angeklagte im einzelnen noch eingehender. Der Staatsanwalt glaubt hervorheben zu sollen, daß im „Vorwärts“ immer von einem Spaziergang im Treptower Park geredet worden sei, während es sich doch um einen Spaziergang nach diesem Ziel gehandelt habe, den der Polizeipräsident nicht habe dulden dürfen. Barth antwortet, dieses „nach“ sei durch den Polizeipräsidenten hineingetragen worden. Bezüglich der Verlesung der von den Genossen Ernst und Worgmann nachgesuchten Genehmigung zu einer Versammlung unter freiem Himmel stellt Barth fest, daß hierin keine „Anordnung“ des Polizeipräsidenten zu erblicken war. Er lehnt die Zustimmung

ab, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft Berlins mit ihrer Wahlrechtspaziergang hätte warten sollen, bis im Verwaltungsstreitverfahren der Polizeipräsident eines anderen belehrt worden wäre und führt Fälle an, in denen ein solches Verfahren länger als ein Jahr gedauert hat. Der Staatsanwalt weist hin auf die inzwischen ergangene Entscheidung des Bezirksauschusses, der dem Polizeipräsidenten beigegeben habe. Der Verteidiger erwidert, von vornherein sei nicht auf den Bezirksauschuss, sondern auf das Oberverwaltungsgericht gerechnet worden.

Beweisaufnahme

eingetreten. Wieder tritt in ihr der scharfe Gegenfah zutage, der zwischen der Auffassung der Polizeibeamten über die Vorgänge vom 6. März und den Wahnehmungen nichtbeamteter und unbeteiligter Zeugen besteht.

Polizeiwachmeister Dehmel hat in der Umgebung des Gewerkschaftshauses drei Jüge nacheinander beobachtet. Den ersten veranlaßte er selber, vom Hohndamm sich auf den Bürgersteig zu begeben, weil er wünschte, daß es „nicht einen so demonstrativen Eindruck machte“. Dieser Zug habe sich ruhig bewegt, dagegen habe der zweite „losgelassenen Kadav“ gemacht. Auch seien Jüge wie „Bluthunde!“ usw. gefallen. Auch der dritte sei „ein Kadavzug“ gewesen. Daß Ordner tätig waren, nimmt Zeuge an, weil einmal, als der Wagenverleiher zu stoßen drohte, den eingreifenden Beamten von einigen Teilnehmern des Zuges gesagt wurde: „Lassen Sie man, das machen wir allein!“ Eingeschritten worden sei nur gegen den dritten Zug, der an der Neuen Nohstraße die Schuhmannsstraße zu durchbrechen versucht habe.

Polizeihauptmann Bernhard Rixdorf, der den Auftrag erhalten hatte, den Treptower Park abzusperren, berichtete eingehend über seine Beobachtungen am 6. März. Er befandet u. a., daß der Dammweg schwarz voll Menschen war; es mochten wohl 4—5000 Menschen gewesen sein, die heranrückten und von den Polizeimannschaften nicht durchgelassen wurden. Ordner oder Leiter hat der Zeuge nicht bemerkt. Am Treptower Bahnhof brachte jeder Zug Hunderte von Menschen, die die unten schon angefallenen Menschen von oben herab begrüßten und die immer mehr anschwellende Menge mehrfach aufeinander getrieben werden. Da aus einigen dortigen Restaurationsgärten nicht nur geöhlt und geschrien, sondern auch mit Steinen und Seideln geworfen wurde, so mußten diese Gärten geräumt werden. Die 4—5000 Menschen, die sich am Dammweg hielten, haben auf den Zeugen nicht den Eindruck gemacht, daß es sich um zufällig zusammengetreffene harmlose Spaziergänger handelte, sondern um einen planmäßigen Zug, zumal aus der Menge Rufe wie „Bluthunde!“ und „Fru!“ ertönten. Wäre Gewalt von der Menge angewendet worden, so würden die Polizeimannschaften mit Gewalt geantwortet haben, aber es sei hierzu nicht gekommen.

Chefredakteur Dr. Alfr. Oehlke-Wreslau ist am 6. März einige Zeit durch den Tiergarten gefahren. Er hat den Eindruck gehabt, daß die Arbeiter sich ruhig und besonnen bewegt haben, die Polizei aber sehr nervös war. In Anfang boten die Leute das Bild geschlossener Jüge, viele von ihnen hatten Bücher in der Hand und sangen die Arbeitermarschlied.

Restaurateur Gustav Percher, Besitzer eines Restaurants unmittelbar am Treptower Bahnhof, befandet, daß sein erwartetes gutes Sonntagsgeschäft dadurch gestört worden sei, daß mehrmals sein Lokal von der Polizei geräumt wurde, zuerst der Garten, dann später der Saal und die Gallerie, wohin sich die Gäste, die aus gutem Publikum bestanden, zurückgezogen hatten. Der Zeuge hat nicht davon gesehen, daß mit Steinen oder Seideln geworfen worden sei. Als er Einspruch gegen die Maßregel erhob, habe der eine junge Leutnant, an den er sich wandte, geantwortet: „Das ist mir ganz egal, führen Sie mich jetzt nicht! Sie können sich beschweren, ich mache was ich will!“ Der Zeuge betont, daß in seinem Lokal das ganze Jahr nichts vorkomme und daß, wenn irgend jemand sich nicht ordnungsmäßig betrage, er selbst und auch die Gäste selbst für Ordnung sorgen.

Rehere Polizeibeamte befunden Einzelheiten über die Maßnahmen, die die Polizei gegenüber den Demonstranten im Tiergarten für geboten erachtet hat. Sie haben den Eindruck gehabt, daß es sich um „Jüge“ handelte, die von unsichtbaren Führern geleitet wurden. Rechtsanwalt Rosenfeld bemängelt diese Aussagen und zeigt, daß die Zeugen weniger mit eigenen Beobachtungen als mit allerlei Schlüssen operieren. Der Schuhmann Müller sagt unter anderem: Die Jüge schienen organisierte Arbeiter zu sein.“ Verteidiger: Schienen! Warum denn? Zeuge: „Na, wissen Sie, ich habe ja nicht soviel Verstand — ich verbitte mir das!“ Der Vorsitzende verwirft den Zeugen zur Ruhe, indem er sich diese Art, dem Verteidiger zu antworten, verbitte.

Polizeiwachmeister Raquardt wiederholte u. a. seine frühere Aussage, wonach in der Umgebung des Großen Sternes in der Menge verschiedene rote Zücher, die wie Fahnen geschwenkt wurden, geföhlt und Rufe wie „Bluthunde“, „Wörter“, „Goch die völlerbefreiende Sozialdemokratie“ usw. geföhrt wurden.

Schuhmann Mainz läßt den vielerwähnten „Herrn im Auto“ aufmarschieren, der ein rotes Buch geschwenkt habe, sowie die „Dame im Auto“, die mit einem roten Bouquet gewinkt habe. Schuhmann Roll kann, wie in der Verhandlung erster Instanz, so auch jetzt wieder sich nicht entsinnen, daß nach der Attake am Großen Stern einer der Attadierten den kommandierenden Offizier nach einem Schuhmann habe suchen lassen, von dem auf einen Wehrtrofen eingehangen worden war.

Chefredakteur Theodor Wolff vom „Berliner Tageblatt“, der den Aufmarsch der Demonstranten im Tiergarten mit angesehen hatte, gibt wieder, wie in erster Instanz, eine zusammenhängende Darstellung seiner Wahrnehmungen. Der Aufmarsch habe sich in voller Ruhe und Ordnung vollzogen, bis zu dem Augenblick, wo die Polizei eingriff. Die Attake der Polizei sei nach seiner Meinung sinnlos und unvernünftig gewesen und habe erst Anlaß zu großer Erregung, nicht nur unter den Manifestanten, sondern auch unter dem Publikum, welches aus guten Elementen bestand, gegeben. Die angehenden einzelnen Gruppen haben den Verkehr nicht behindert und dem Publikum keinerlei Angst oder Furcht eingeöhlt. Einzelne Personen schienen die Ordner zu sein. Die Rufe „Bluthunde“ usw. seien erst nach der Attake der Polizei erfolgt. Wichtig sei es, daß von den Manifestanten die Marschlied gesungen und Hochrufe auf das freie Wahlrecht ausgebracht wurden. Der Zeuge hat die feste Ueberzeugung, daß die Menge ganz ruhig auseinander gegangen sein würde, wenn die Polizei nicht eingegriffen hätte. Von einer Versammlung“ kann man nach Ansicht des Zeugen nicht sprechen, weil die Leute fortwährend in Bewegung waren.

Auch Redakteur Friß Engel wiederholt seine Befundungen in erster Instanz, wonach kleinere Gruppen in Ruhe und Ordnung nach dem Großen Stern zu streben, ohne Verkehrsstörungen zu verursachen. Es wurde die Arbeitermarschlied gesungen, aber nicht plötzlich gemeinsam als Massendemonstration, sondern es wurden halblaut gruppenweise wieder angestimmt. Die total verunglückte Attake der Polizei habe erst eine große Erregung hervorgerufen; erst beim Anrücken der Polizei hätten sich die Leute umgedreht und seien stehen geblieben. Erst danach ertönten Rufe, wie „Bluthunde“, doch dagegen griffen die Ordner ein. Dasselbe geschah, als dem Zeugen selbst bei Gelegenheit aus der Menge zugerufen wurde: „Nur ab beim Hochruf für das Wahlrecht!“ Der Zeuge hat diese Aufforderung nur als einen übermäßigen Ruf betrachtet.

Von dem vorgeladenen Zeugen Prof. Harnad-Stuttgert ist ein Schreiben eingegangen, wonach er zum Termin nicht erscheinen könne, da er dazu des Urteils seiner vorgelegten Behörde bedürfe und diese in der kurzen Zeit zwischen seiner Vorladung und dem Termin nicht zu beschaffen war. Der Zeuge gilt als entschuldigt.

Als Zeuge wurde der Reichstagsabg. Gothein vernommen: Er habe von seiner Wohnung in der Hindersinfir. 3, 2. Etage, zwischen 2 und 3 Uhr einige der Vorgänge bei dem Abgang der Massen aus dem Tiergarten beobachtet können. Er habe gesehen, daß die Leute, die vom Tiergarten zurückkamen, von berittenen Schülern in der Weise zurückgedrängt wurden, daß die Schülere die Trottoir entlang ritten und die Leute mit ihren Pferden vorwärts drängten. Dabei wurden einigen durch die Pferdeköpfe die Hüte vom Kopf gerissen, anderen traten die Pferde mit ihren Hufen auf die Füße. Das machte keinen erhebenden Eindruck. Auf Befragen erklärt der Zeuge, daß nach seiner Meinung erst durch das Auftreten und das Nachdrängen der Schülere die ganze Sache in Unordnung geraten und dadurch berechtigte Mitbestimmung unter die Zurückgedrängten hineingetragen sei, denn unter der Menge, die vor den Pferdehufen flüchtete, befanden sich auch Frauen und Kinder, Mädchen mit Körben usw. Wo eine Störung des Verkehrs eintrat, habe dies nach seiner Ansicht die Polizei bewirkt. Denn ehe sie gekommen, habe sich der Verkehr in vollster Ordnung vollzogen und es wurde jede Droschke und jedes Auto durchgelassen.

Reichstagsabgeordneter Stadthagen ist am 6. März von 11¼ Uhr an längere Zeit in der Hofjägerallee und den angrenzenden Wegen des Tiergartens, nahe dem Großen Stern auf und ab gegangen. Er sah größere Massen von Spaziergängern, hat aber von irgendwelcher Verkehrsstörung nichts bemerkt. Es wurden Wahlrechtshochs ausgebracht, und gleich darauf machten Berittene erst auf der Offseite, dann auf der Westseite der Allee eine Attake auf die Menge. Diese stob auseinander, und nun fielen ganz spontan Ausdrücke, wie „Bluthunde!“ Ich selber blieb auf der Westseite stehen. Als ein Berittener auf mich zusprenkte, sagte ich ihm, er solle auf dem Reitweg bleiben. Er hielt mit seinem Säbel auf mich zu und traf mich an den Poletot. Ich parierte mit meinem Stod, traf aber nur das Pferd. Durch das Pferd des nachfolgenden Berittenen wurde ich auf den Rasen gestworfen. Vor der Attake der Polizei war von Unruhe nichts zu bemerken gewesen. Mir ist mitgeteilt worden, daß ein Fabrikant sich als Zeuge dafür angeboten hat, daß am Großen Stern beim Durchgehen mit dem Säbel auf einen am Boden Liegenden eine geschlagen ist. Auch soll ein Polizeihauptmann gesagt haben: „Diese verfluchte Bande. Jeden Sonntag muß man sich ärgern, die muß man gleich zusammenhauen“. Was den mehrfach erwähnten Mann betrifft, der in einer Droschke herumgefahren und ein rotes Buch geschwenkt haben soll, so sei dies, wie ihm mitgeteilt worden, nicht ein Parteigenosse gewesen, sondern ein Mann, der früher der Partei angehört und mit den sozialistischen Monatsheften herumgeschwenkt habe. Auf Befragen erklärt der Zeuge noch, daß am Großen Stern der Verkehr nicht gestört gewesen sei. Er selbst habe sich durch das Vorgehen der berittenen Schülere persönlich beeinträchtigt geföhlt und Strafanzeige erstattet. Gegen den ablebenden Bescheid, der ihm geworden, habe er Beschwerde eingelegt. Auf dem Stern hätten gedrängt kaum 2000 Personen Platz.

Ein Handlungsgehilfe Lebh bekennt gleichfalls, daß am Großen Stern ein Verkehrsbehindernis entstanden war; alles sei ruhig und friedlich gewesen, bis die Attake der Berittenen, für die kein Grund zu erkennen war, eingegriffen habe. Der Zeuge befandet noch eine Episode, wo zwei Berittene einen einzelnen Mann über den Rasen gejagt hätten.

Redakteur Dr. Neuh hat die Vorgänge vor dem Widmarkdenkmal, auf der Rampe des Reichstagsgebäudes und an der Siegessäule mit angesehen. Die ganze Entwicklung der Menschenmenge habe auf ihn einen ästhetisch angenehmen Eindruck gemacht, er könne nicht sagen, daß sie eine Versammlung oder einen Zug darstellte. Er habe den besten Eindruck von der ganzen Veranstaltung gehabt, denn die Leute machten im allgemeinen einen festlichen und gehobenen Eindruck. Die Zeitungsnachricht, daß auf der Rampe des Reichstagsgebäudes eine rote Fahne geschwenkt worden, sei nicht richtig. Ein Mann wurde von einem anderen auf die Schulter gehoben und schwenkte ein rotes Tuch hin und her. Er habe von der ganzen Manifestation nur den Eindruck gehabt, daß es ein großartiges und friedfertiges Bild gewesen. Der Verkehr in der Nähe der Siegessäule war nicht gehemmt.

Zeugin Ruth Bré aus Herischdorf im Riesengebirge ist Herausgeberin einer Zeitschrift „Kulterschau und Kinderrecht“. Sie war am 6. März in Berlin und hat den Anfang der Vorgänge am Großen Stern mit angesehen. Es seien kleinere Trupps gekommen, die sich zu immer größeren Jügen vereinigten. Die Ordnung und Disziplin, die dabei herrschten, haben auf sie einen großartigen Eindruck gemacht. Es vollzog sich alles ganz ruhig, so daß man nicht wußte, wer zu den Demonstranten und wer zu den Spaziergängern gehörte. Wenn Polizeipräsident v. Jagow diese Ruhe und Ordnung, die vor dem Erscheinen der Schülere herrschte, gesehen hätte, dann hätte er sicher alle seine Befehle zurückgenommen. (Weiterleit.)

Es wurde noch eine Anzahl von Schülern vernommen, die allerlei Einzelheiten befanden, aus denen hervorgehen sollte, daß es sich um „Aufzüge“ handelte und die von der Polizei getroffenen Maßnahmen der Situation entsprachen. Polizeileutnant Rausche sagte unter anderem aus, daß, als er auf dem Vorderpertron eines Straßenbahnwagens über den Großen Stern gefahren sei, aus der Menge ihm drohende Worte, wie „Bluthunde“, „Wörter“ und dergleichen zugerufen worden seien. Nach seiner Wahrnehmung seien Ordner vorhanden gewesen, die durch Erheben der Hand das Zeichen gaben, wenn Hochrufe ertönen sollten. In einem Auto seien 6 Mann mit einer roten Fahne umhergefahren. Ein anderer soll ein Plakat mit den Bildern von Marx und Moriz und der Unterschrift: „Etch, wir machen eine Landpartei!“ herumgetragen haben.

Ein paar rote „Fahnen“ wurden übrigens durch den Zeugen Schuhmann Lawrenz vor Gericht erstattet; sie waren aus den Väumen des Tiergartens heruntergeholt worden und gingen nun in die „Atten“.

Flüchtyer.

Nach Schluß der Beweisaufnahme begründet der Verteidiger Rechtsanwalt Rosenfeld die Verurteilung: Das ganze Verfahren gegen den Angeklagten ist nicht weiter als ein Produkt der Verlegenheit, in der nach dem 6. März Polizeibehörden und Staatsanwaltschaft sich befanden. Alle Welt war darüber einig, daß die Arbeiterschaft Berlins Bewunderung verdiente für die Art, in der sie ihren Willen kundgegeben verstanden hatte. Die Polizei hätte wohl nichts weiter dagegen getan, wenn nicht das Geschäfter der ganzen Welt sich gegen sie gerichtet hätte. Die Polizei war verkehrt worden: sie selber befand sich in Treptow, und im Tiergarten wurde demonstriert! Sie suchte nun nach den Verantwortlichen und fand niemand, da versuchte man, aus den Artikeln des „Vorwärts“ die Möglichkeit einer strafrechtlichen Verfolgung zu entnehmen. Der Staatsanwaltschaft wurde es nicht leicht, eine Anzeige zustande zu bringen. Aber auch das, was sie zustande gebracht hat, ist durch die Beweisaufnahme widerlegt worden. Die Anzeige und das Urteil erster Instanz ruhen durchweg auf Annahmen und Mutmaßungen, die als „zweifelhafte“ hingestellt wurden und schon dadurch sich als sehr zweifelhaft charakterisieren. Strafdemonstrationen sind an sich zulässig, so hat das Kammergericht entschieden. Wie soll es da etwas Rechtswidriges sein, falls wirklich zu einer Strafdemonstration „aufgefordert“ worden wäre! Der Vorderichter bezeichnet es als „zweifelhafte“, daß der Angeklagte die Demonstration „veranstaltet“ habe und daß es sich bei ihr um Aufzüge und Versammlungen gehandelt habe. Kein Wort in den Artikeln des „Vorwärts“, die lediglich sich allgemein über die Zulässigkeit eines Wahlrechtspazierganges äußern, deutet auf eine „Veranstaltung“ hin. Barth habe, so sagte in der Verhandlung erster Instanz der Staatsanwalt, nach am Abend vor dem 6. März selber nicht gewußt, wo er am anderen Tage seine „Veranstaltung“

aufführen werde. Das ist die aus den Artikeln des „Vorwärts“ gewonnene richtige Auffassung, daß er es nicht gewagt haben könne, weil er eben gar nichts „veranstaltet“ hat. Zu unterscheiden ist zwischen „auffordern“ und „anreizen“. Wer durch eine Kundgebung in erkennbarer Weise zu einem Tun oder Lassen bestimmen will, fordert auf, wer nur geneigt machen will zu einem bestimmten Tun und Lassen, reizt an. Daß dieser Unterschied besteht und empfunden wird, von der Justiz sogar als unbedeutend empfunden wird, zeigt der Versuch, in dem Entwurf zum künftigen Strafgesetzbuch das Auffordern dem Anreizen gleichzustellen. Der Angeklagte hat nicht aufgefordert, sondern höchstens geneigt machen wollen, einer etwaigen Aufforderung von höchster Stelle Folge zu leisten. Die ganze Pressefreiheit ist in Frage gestellt, wenn Mitteilungen, wie er sie veröffentlicht hat, strafbar sein sollen. Es handelte sich auch nicht um Aufzüge und Versammlungen, zu denen er „aufgefordert“ haben soll. Was hierüber die Polizeibeamten befunden haben, ist mit großer Vorsicht aufzunehmen. Die Aussagen der nichtbestimmten Zeugen lauten völlig entgegengekehrt. Von der Verkehrsstörung, die den Polizisten aufgefallen ist, haben andere Zeugen nichts bemerkt. Erst die Polizei hat den Verkehr gestört, erst sie hat die öffentliche Ordnung geschädigt, indem sie auf die Menge just in dem Augenblick einbrach, wo alle Teilnehmer der Kundgebung von Begeisterung erfüllt waren. Wenn Strafendemonstrationen zulässig sind, wie anders sollten sie sich denn abspielen? Man kann doch nicht sagen: Demonstrationen sind zulässig, aber wer sie macht, wird wegen Verkehrsstörung bestraft! Daß die Demonstration vom 6. März durch den Angeklagten herbeigeführt worden ist, hat sich nicht nachweisen lassen. Die von ihm veröffentlichten Artikel und Mitteilungen lassen übrigens deutlich erkennen, daß er nicht der Meinung war, er werde damit in anderen den Willen zum Angehörigen gegen Gesetze hervorgerufen. Es ist nicht wahr, daß er, wie der Vorderichter annimmt, bewußt das Gesetz verhöhnt hätte. Gerade der Artikel „Trotz alledem!“ zeigt, daß ein Weg gesucht wurde, der nicht gegen die Gesetze verstoßt. Der Hinweis des Urteils auf den „Mob“, der sich leicht hätte eindringen können und auf den die Sozialdemokratie keinen Einfluß habe, ist nach dem so ruhigen Verlauf der späteren Wahlrechtskundgebung von 10. April wirklich nicht mehr am Platze. Eine Beurteilung des Angeklagten müßte den Eindruck erwecken, daß auch in Preußen die Sozialdemokraten minderen Rechts seien.

Erster Staatsanwalt Steinbrecht führte aus: Die Anklage ist kein Verleumdungsprodukt, ist nicht veranlaßt durch den Erfolg des 6. März. Sie wurde ja schon vor dem 6. März eingeleitet. Um straflos zu bleiben, hatte der „Vorwärts“ seine Artikel so vorsichtig abgefaßt. Veranlaßt ist aber, wer einberuft, veranlaßt, anregt. Die Hauptrolle fällt dem eigentlichen Einberufer zu, und das war im vorliegenden Fall der „Vorwärts“. Er wollte das Gesetz umgehen, deshalb fügte er sich äußerlich und veranstaltete er einen sogenannten Spaziergang. In Wirklichkeit

aber handelte es sich um öffentlichen Aufzüge und Versammlungen unter freiem Himmel. Den Aussagen der Polizeibeamten in dieser Beziehung ist voller Glaube zu schenken. Nicht auf das Wort kommt es an, sondern auf die Tat. Sie fällt um so schwerer ins Gewicht, da es sich nicht um ein beliebiges kleines Blatt, sondern um das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei handelt, dessen Aufforderung von jedem Genossen respektiert wird. Die Veranstaltung dieser Aufzüge und Versammlungen ist eine Verhöhnung der Polizei. Der Angeklagte ist zu bestrafen, und zwar wegen der Verhöhnung mit einer Freiheitsstrafe, weil — eine Geldstrafe von der Parteikasse gebüht würde.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, wies diese letztere Behauptung als durchaus unbewiesen zurück. Auf den Wortlaut der inkriminierten Artikel komme es an, die aber enthalten keine Aufforderung. Der ursächliche Zusammenhang zwischen den Artikeln und Mitteilungen des „Vorwärts“ und dem Zustandekommen des Wahlrechtsparierganges sei nicht nachgewiesen.

Der Angeklagte Genosse Varré hatte das Schlusswort. Er hob noch einmal hervor, daß bei diesem Wahlrechtspariergang etwaige Verkehrsstörungen lediglich durch die Polizei selber hervorgerufen worden sind. Von der Polizei seien die Vorgänge durch eine gefährliche Brille betrachtet worden, die Aussagen der Beamten müßte man mit Vorsicht aufnehmen. In all den Artikeln des „Vorwärts“ sei keine Aufforderung enthalten. Gätte ich — sagte Varré — zum Spaziergang aufgefordert, so würde ich offen hintraten und erklären: das war mein gutes Recht. Aber ich habe eben nicht aufgefordert. Die Arbeiterschaft hat eingesehen, daß sie ein Recht auf die Straße hat, und das wird sie sich nicht nehmen lassen. Ich treue mich, daß der Wahlrechtskampf durch diesen Prozeß einen neuen kräftigen Anstoß erhalten hat. Ich stehe hier nicht als gereizter Sonder, und plädiere nicht für eine milde Strafe, sondern verlange — wenn ich verurteilt werden sollte — ein gerechtes Urteil.

Urteil:

Die Berufung wird auf Kosten des Angeklagten zurückgewiesen. Der Gerichtshof hat sich, wie es in der kurzen Begründung hieß, vollständig auf dem Boden des ersten Urteils gestellt. Er hat für festgestellt erachtet, daß der Angeklagte durch den „Vorwärts“ öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel ohne Genehmigung der Behörden veranstaltet und zur Begehung einer strafbaren Handlung aufgefordert hat. Dadurch hat er sich strafbar gemacht. Bei der Abmessung der Strafe ist der Gerichtshof in der Begründung etwas vom ersten Richter abgewichen. Der Gerichtshof hat nicht erwogen, ob eine etwaige Geldstrafe vom „Vorwärts“ bezahlt werden würde. Er hat aber berücksichtigt, daß der Angeklagte sich in einer Weise gegen das Gesetz aufgelehnt hat, die

leicht die schwersten bedenklichsten Folgen nach sich ziehen konnte. Deshalb hat der Gerichtshof einen Monat Haft für angemessen erachtet.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber den Mädchenhandel

nach den Vereinigten Staaten sprach sich jüngst ein Mitglied der von der amerikanischen Regierung eingesetzten Einwanderungskommission, Professor J. W. Jenks dahin aus, daß es ungeheuer schwer sei, diesem Handel mit Menschenfleisch erfolgreich zu begegnen. Jede Hilfe, besonders aus Frankreich, sei willkommen. Man habe weibliche Geheimgentagente angestellt, um die mit allen Mäkten und Schlichen arbeitenden Mädchenhändler zu überlisten. Die weiblichen Agenten seien ihrer Aufgabe viel besser gerecht geworden als die männlichen. Die Frauen würden mit Revolvern ausgerüstet, da sie leicht in große Gefahr kommen könnten, die Mädchenhändler schreien vor keiner Gewalttat und vor keinem Verbrechen zurück. Die Händler verfielen über reiche Geldmittel und über gute Verbindungen. Der Mädchenhandel erbringe sehr große Gewinne, noch lukrativer sei der Bordellbetrieb. Ein Mann, der Chicago verlassen mußte, weil ihm dort der Boden zu heiß geworden war und er Anklagen zu fürchten hatte, habe durch das Aufgeben seiner Bordellgeschäfte 75 000 Dollar verloren. Er sei nach Paris gegangen, wo er als Mädchenhändler tätig sei. Ueber die Mittel, welche in Anwendung gebracht werden, um Frauen und Mädchen in den Häusern festzuhalten, äußerte sich Jenks dahin, daß die Widerpenstigen eingeperrt und durch allerlei Drohungen veranlaßt würden, auf eine Flucht zu verzichten. Im allgemeinen würden die Mädchen, die sich fügten, gut behandelt. Die Chinesen, die nicht wenige Bordelle in den amerikanischen Städten besäßen, ständen in dem Ruf, daß sie aus Geschäftsprinzip für das materielle Wohl der Mädchen besser sorgen als die Weißen. Jenks meint, daß Ausländerinnen nicht in so großer Zahl, als man bisher annahm, sondern viel mehr Amerikanerinnen als man glaube, als „weiche Sklavinnen“ auf den Markt gebracht würden. Notwendig sei, die Einschiffung von Mädchen durch Geheimgentagente in den Städten überwachen zu lassen, die hauptsächlich die lebende Ware nach den Vereinigten Staaten liefern. — Sehr viel wird man mit solchen Mitteln nicht erreichen; sie heben ja nicht die sozialen Voraussetzungen auf, die eine Hauptfördern des Mädchenhandels sind.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Charlottenburg. Am Himmelfahrtstage Ausflug zum „alten Freund“ nach Bickelwerder. Treffpunkt 1 Uhr bei Müller, Windmühlstraße, Ecke Kanistraße.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 3. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Geschlossen.
Königl. Schauspielhaus. 8 Uhr von
Berlinsingen. (Anf. 7 Uhr.)
Neues Königl. Opernhaus.
Die Regimentstochter. — Die
Wuppensiege.
Deutsches. Die Braut von Messina.
Kammeroper. Wiener Odeon.
Albino. Bühnenfestspiel. Goethe.
(Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Reising. Landis der Narr.
Neues Schauspielhaus. Geschlossen.
Kleines. Lurdesung.
Berliner. Lachen.
Neues. Die goldene Ritterzeit.
Neues Operetten. Der Graf von
Lugemburg.
Lekanon. Theodora u. Cie.
Reising. Das Nachtlicht. Der
selige Oclava.
Thalia. Die lieben Ottilie.
Geddel. Konturanten.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Westen. Der Langhans.
Königliche Oper. Hofmanns
Geschichte.
Schiller. (Wallner-Theater.)
Hans Lange.
Schiller Charlottenburg. Gold-
fische.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Kavaliere.
Volksooper. Der Freischütz.
Luisen-Theater.
Die Welt
ohne Männer.

Theater des Westens.
8 Uhr: Zauberflaben.
Donnerst. u. Sonn. nachm. 3 1/2 Uhr:
Die geschiedene Frau.
Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Lugemburg.
Sonntag nachm. 3 Uhr zu ermäßigten
Preisen: Der Zigeunerbaron.
**Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.**
Dienstag, den 3. Mai, abends 8 Uhr:
Kavaliere.
Mittwoch u. folg. Tage: Kavaliere.
Donnerstag nachm. 3 Uhr: Die
Rumpelstilzchen.
Volksooper.
SW., Belle-Alliance-Str. Nr. 7/8.
Abends 7 1/2 Uhr:
Der Freischütz.
Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr.
**Die Welt
ohne Männer.**
Vollständ. in 3 Akten von Alex. Engel
und Julius Hirt.
Morgen und folgende Tage: Die
Welt ohne Männer.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater (Wallner-Theat.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Haus Lange.
Schauspiel in 4 Akten von P. Heise.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.
Donnerstag, nachm. 3 Uhr:
Viel Lärm um nichts.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Haus Lange.
Schiller-Theater (Charlottenburg).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Goldfische.
Lustspiel in 4 Akten von Franz von
Schöthan und Gustav Kadelburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Haus Lange.
Donnerstag, nachm. 3 Uhr:
Der Heineidbauer.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Katakomben.
Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Das Nachtlicht.
Schwan in 3 Akten v. M. Jancovics.
Herrn: Der selige Oktave.
Grotteske in 1 Akt von Joes Birraude
und Henry Gecoule.
Morgen und folgende Tage:
Dieselbe Vorstellung.
Donnerstag (Himmelfahrt) 3 Uhr:
Gretchen.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
**Die Sterne
des Hamors**
★ Claire Waldoff
Willi Prager ★
und das große
Varieté-Programm!
**Herrnfeld
Theater**
Kommandantenstr. 67. T. N. 4, 5068.
**Sensationserfolg
Herrnfeld-Schlagers
Wenn zwei
dasselbe tun.**
Eine Konkurrenz-Komödie in 2 Akten
mit den Autoren I. d. Hauptrollen u.
Das starke Stück.
Schwan von Julius Hirt.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.
(Theaterkasse.)
W. Noacks Theater
Oranienstr. 16, am Rosenhalden Tor
Auf Verlangen:
Alt-Heidelberg du meine.
Schauspiel in 3 Akten.
Mittwoch: Letzte Vorstellung:
Sherlock Holmes in Paris.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Abends 8 Uhr:
Direktor Dr. P. Schwahn:
Der Halleysche Komet
Hörsaal 6 Uhr: Dr. Gg. Gehl-
hoff: Die Umwandlung der
Energieformen.
Landesausstellungspark
am Lehrter Bahnhof
Neu erbaut: Festliche
Gartenrestaurant
Konditorei und Café
Täglich Konzert
: von 4 Uhr ab :
Dejeuners
von 2.50 an bis 2 Uhr nachm.
Diners und Soupers v. 4.00 an
Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Park täglich Doppelkonzert.
Eintritt: 10—6 Uhr 1 M., 6—8 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauerl. 6 M.
Städtebau-Ausstellung.
10—8 Uhr. Eintritt 1 M.
Kgl. Ak. Hochschule, Hardenbergstr. 33.
Waldgürtel. Sport- u. Spielplätze.
Kunsa. d. Str. Verkehrssysteme.
Innenstadt. Vororte. Gartenstädte.
Arbeiterwohnungen. Groß-Berlin.
4. Mai: Vortrag, 8 Uhr: Obering.
Peterson: Die Verkehrsfragen
Groß-Berlins. Lichtbilder.

**Wilhelm
Hagenbecks**
größte Raubtier-
Dressur-Schau
der Erde
Bülow-Platz
Kaiser-Wilhelm-Straße
Ecke Linien-Straße
Nähe Alexanderplatz.
Täglich abends 8 Uhr:
Große Vorstellung.
Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag:
2 Vorstellungen
nachmittags 4 Uhr u. abends 8 Uhr.
Tägl. vorm. von 10—12 1/2 Uhr:
Besichtigung, Probe u. Fütterung.
Karl Haverland
Anfang Theater. präz. 8 U.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Täglich nur erstkl. Spezialitäten.
Das munder-
bare
Sonnabend, Sonntag, Mittwoch,
Donnerstag: Voll.
Burgtheater-Kinematograph
vorm. Grotzerjan. Einb. : Rud. Merz,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9833.
Lebende Photographien.
Bogenl. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.
Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.
Vorzugskarten nur Bogenl. gültig.
25 Pf. auf allen Plätzen.
Stets wechselndes Programm.
Jeden Sonntag im Oberaal:
Künstler-Konzert.
Eintritt 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
R. d. Konzert: Familien-Kränzchen.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Schule des Lebens.
Schauspiel in 5 Akten von Hauptst.
Mittwoch: Der Herr von Kirchfeld.
Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.
**Apollo
Theater**
8 Uhr: Programm der Attraktionen!
?? Mahara ??
Louis de Vriens als August.
Der Sängerkrieg auf dem Hühnerhof.
Parodie auf „Chantecœur“, ausgeführt
von Familie Schwarz.
Profingiert! Mit neuem Repertoire:
20 englische Wadische 20
u. a. m.

**Walhalla
Variete-Theater**
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal, Tor.
!! Das neue Varieté-Programm !!
Die Affen-Familie Mayer
und die übrigen Spezialitäten.
Casino-Theater
Rehringer Straße 57. Täglich 8 Uhr.
Trotz des sensationellen Erfolges nur
noch bis zum 13. Mai!
Berlin bei Nacht.
Ab 14. Mai auf allgemeinen Wunsch:
Familie August Knoche.
Sonntag 4 Uhr: Familie Rinkert.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Tenoristen-Vogel.
Ein Künstlerbild v. Meyssol
Anfang:
Bogenl. 8 Uhr.
Sonntag:
7 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Polzmarktstraße 72.
Täglich: Konzert, Theater und
Spezialitäten-vorst. Um 9 Uhr:
Der Segen kommt von oben.
Länd. Schpiel v. M. Hohenfeld.
Act I: The 3 Albertos, phänomen.
Arealakrobaten x Mich. Ottakar,
Trapesen-souls x Erich Castell.
Frans Sobanski usw.

LUNA-PARK
TERRASSEN
HALENSÉE
Größer Vergnügungs-Parc des
Kontinent. Eröffnung 14. Mai.
Voigt-Theater
Gastspiel in Puhmanns
Theater, Schönhauser Allee 148.
Dienstag, den 3. Mai 1910:
Abschieds-Vorstellung:
Ausgewiesen.
Drama in 4 Akten von Karl Böllger.
Raffensöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Folies Caprice
Eine gründliche Kur.
Neuer hinter Zell.
Ein verschwiegenes Atelier.
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

W. Noacks Theater
Oranienstr. 16, am Rosenhalden Tor
Auf Verlangen:
Alt-Heidelberg du meine.
Schauspiel in 3 Akten.
Mittwoch: Letzte Vorstellung:
Sherlock Holmes in Paris.

**2000
LOGISCHER
GARTEN**
Täglich ab 4 Uhr:
Großes
Militärkonzert.
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taifun.**
Morgen: Taifun.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.
Morgen und folgende Tage:
Die goldene Ritterzeit.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel

Lessing-Theater.
Dienstag, 8 Uhr: Landis der Narr.
Mittwoch, 8 Uhr: Das Konzert.
Donnerstag, 7 1/2 Uhr: Obensynthus,
5. Vorst.: Neu einstud.: Die Wildente.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die goldene Ritterzeit.
Morgen und folgende Tage:
Die goldene Ritterzeit.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Tenoristen-Vogel.
Ein Künstlerbild v. Meyssol
Anfang:
Bogenl. 8 Uhr.
Sonntag:
7 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Die heiligen Fakire
in ihren Wunderproduktionen.
!! Lebend !! **Atom**
Prinz
der kleinste Mensch der je gelebt.
Buddhas Wundertafel.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

W. Noacks Theater
Oranienstr. 16, am Rosenhalden Tor
Auf Verlangen:
Alt-Heidelberg du meine.
Schauspiel in 3 Akten.
Mittwoch: Letzte Vorstellung:
Sherlock Holmes in Paris.

**2000
LOGISCHER
GARTEN**
Täglich ab 4 Uhr:
Großes
Militärkonzert.
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder
unter zehn Jahren die Hälfte.
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Mittwoch, den 4. Mai, abends 8¹/₂ Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

Tätigkeitsbericht des Obmannes. — Bericht der Werkstattvertrauensmänner. — Verbandsangelegenheiten.

Alle Werkstätten müssen vertreten sein.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die in den Vororten arbeitenden Mitglieder sind ebenfalls verpflichtet, Vertrauensleute zu senden. Dieselben besuchen die Vertrauensmännerversammlung ihrer Branche oder die ihrer Werkstatt am nächsten liegende Bezirksvertrauensmännerversammlung.

Für die Arbeitslosen geben die Arbeitsvermittler Vertrauensmännerkarten am Mittwoch aus.

Versammlungsorte sind folgende:

Tischler.

Südwesten in Bonafers Festküchen, Blücherstr. 61.
Süden bei Gießing, Wasserstr. 68.
Südosten I u. II in den Raunhu-Festküchen, Raunhustr. 6.
Osten I bei Bergmann, Andreadstr. 21.
Hierzu sind sämtliche im Hause Fruchtstraße 72 Beschäftigten sowie die Kollegen der Werkstatt Franks, Krautstraße 4/5, eingeladen.
Osten II bei Birnan, Frankfurter Allee 106.
Osten III bei Bergmann, Vogelhäuser Straße 26.
Oestliche Vororte bei Wildner in Friedrichsberg, Friedrich-Karl-Straße 11.
Nordosten bei Müller, Große Frankfurter Straße 187.
Jede Sargtischlerei muß einen Vertrauensmann nach dieser Versammlung senden.
Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt bei Obiglio, Schwedter Straße 23.
Wedding und Moabit bei Kaczorowski, Rabenstr. 6.

Bautischler.

Bezirk 1: Südwesten, Süden, Südosten bei Grahoff, Admiralsstraße 15a.
Bezirk 2: Osten bei Zick, Barckauer Straße 61.
Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei Gilsche, Koppenhagener Straße 74.
Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei Sasse, Lindower Straße 26.

Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter.

Osten bei Voeter, Seberstr. 17.
Südosten im „Märkischen Hof“, Admiralsstr. 18a.
Norden bei Günther, Brunnenstr. 96.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbel-Branche.

Norden bei Döhling, Brunnenstr. 79.
Osten bei Schneider, Friedenstr. 67.
Südosten und Südwesten bei Stramm, Ritterstr. 123.
Musikinstrumentenarbeiter um 8 Uhr abends im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 8.
Maschinenarbeiter im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 7.
Modell- und fabriktischler um 8 Uhr bei Agthen, Pfingststraße 5.
Einsetzer im Gewerkschaftshause, Engelauer 14/15, Saal 11.
Bodenleger im Gewerkschaftshause, Engelauer 15.
Stellmacher bei Hahn, „Rosenthaler Vereinshaus“, Rosenthaler Straße 57.
Kisten- u. Koffermacher bei Daudach, Dresdener Straße 28.
Korbmacher bei Eichhorn, Koppentstr. 47.
Bürstenmacher bei Breuh (Hilflein-Ruschmann), Holzmarktstr. 65.
Kammacher bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.
Vergolder bei Klinge, Langestraße 53.
Jalousiearbeiter bei Walter, Adalberstr. 63.
Perlmutter-, Horn- und Steinnußarbeiter um 6 Uhr bei Ernst Thomas, Reichstr. 5.
Bilderrahmenmacher um 6 Uhr bei Matternoth, Ritterstr. 32.
Stockerarbeiter heute Dienstag, um 5¹/₂ Uhr bei Lehmann, Neue Friedrichstraße 1.

Sonntag, den 8. Mai:

Wahl der Delegierten zum Verbandstage.

Montag, den 9. Mai:

Mitglieder-Versammlungen.

Donnerstag, den 10. Mai:

General-Versammlung.

Entwürfe zur Generalversammlung müssen bis Donnerstag, den 5. Mai, ans Bureau eingekandt werden.

Die Ortsverwaltung.

Gartenstadt Hoppegarten.

700 Morgen — 26 Minuten von Berlin — Ca.-R. von 10 M. — 100 M. Anzahlung.

Warum sind unsere Umfänge so groß?

1. Weil die einzige Schwärze der Mittelstellungen viele Berliner zum Erwerb der eigenen Scholle veranlaßt.
2. Weil wir jedem den Erwerb der eigenen Scholle durch günstigste Zahlungsbedingungen ermöglichen, da die Anzahlung nur ein Zehntel der Kaufsumme beträgt, der Rest auf zehn Jahre eingetragten, aber auch in jählichen Raten getilgt werden kann.
3. Weil unsere in der Umgebung begriffene Gebietung am Bahnhof Hoppegarten in wirklich erstaunlich kurzer Zeit ein bedeutendes Wachstum gezeigt hat.
4. Weil der von Jahr zu Jahr wachsende Verkehr mit Hoppegarten durch den projektierten viergleisigen Ausbau der Ostbahn einen neuen mächtigen Impuls erhalten hat.
5. Weil der praktische Sinn der Berliner Bevölkerung den hohen ethischen und wirtschaftlichen Wert des eigenen Heimats auf eigener Scholle erkannt hat.
6. Weil Hoppegarten, was ein unschätzbare Vorteil ist, in 26 Minuten von Berlin aus zu erreichen ist.
7. Weil wir bereits elf Vororte in der Umgegend Berlins geschaffen und zu hoher Blüte gebracht haben.
8. Weil in unseren Kolonien kein Zwang herrscht.
9. Weil die beginnende Ära der Stadtbahnbahnen das Wohnen in Hoppegarten unter Verknüpfung der Arbeitszeit bei englischer Tischler mit Reichlichkeit ermöglicht.
10. Weil sich der Käufer eines Grundstücks in der Gartenstadt Hoppegarten infolge der dauernden Wertsteigerung die denkbar beste Kapitalanlage schafft.
11. Weil wir mit der Anlage unserer Gartenstadt Hoppegarten erst vor wenigen Monaten begonnen haben, wir deshalb

den ersten Ansiedlern große Vergünstigungen

bezüglich der Lage und Preise der Grundstücke gewähren.

Einige Auskünfte im Restaurant „Schweizerhändchen“. Unlästere Zwischenpersonen, die unsere geübten Interessenten am Bahnhof oder auf der Straße ansprechen, sind mit unseren Herren Vertretern nicht identisch.

Zur Besichtigung unserer Gartenstadt wende man sich nach Verlassen des Bahnhofs zur Treppe durch die Bahnhofsunterführung.

Auskunftserteilung in Hoppegarten nur Eichen-Allee 5 in unserem Bureau, nahe der Kirche. Prospekt gratis.

Allgem. Bau- u. Ansiedelungsgesellschaft m. b. H., vormals C. Winkler.
Berlin C. 25, Dirksenstr. 20. Tel. VII, 2524. Hoppegarten 86.

Gartenstadt Hofjagdrevier

mitten im Walde, bei Birkenwerder (Nordbahn)

wird als zwölfte Kolonie von uns in einigen Tagen

eröffnet

1000 Morgen darunter herrlicher 100jähr. Waldbestand R. von 10 M. an.

Den ersten Käufern Ausnahmegewilligungen!

Vornotierungen jetzt angenommen.

Plan umsonst und postfrei.

Allgemeine Bau- u. Ansiedelungsgesellschaft m. b. H.
Berlin C., Dirksenstr. 20. Fernsprecher: VII, 2524.

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Mittwoch, den 4. Mai, abends 8¹/₂ Uhr, in der Brauerei Königstadt,
Schönhauser Allee 10 (dicht am Schönhauser Tor):

Gr. allgemeine Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Aussperrung im deutschen Bausewerbe.

Referent: Kamerad Fritz Schrader-Hamburg.

Vollständiges Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.

Der Vorstand.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin N. 54, Brunnenstr. 188, Restaurant Wille. Amt III, 4535.

Achtung!

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalhabern unseren

kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.

Geschäftszeit täglich von 10¹/₂—1 Uhr mittags.

Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.

NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 3. Quartal blau und muß mit dem Verbandstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

Tischler-Verein E.H.

Donnerstag, den 5. Mai 1910

(Ginnellahrtstag):

Herrenpartie

nach Sehns, Gradowice usw. Abfahrt früh 7.40 von Stettiner Vorort-Bahnhof.

Der Vorstand.

Tischler und Maschinenarbeiter.

Eine Genossenschafts-Kassette sucht zur Erweiterung ihres Betriebes noch 3 Tischler und 5 Maschinenarbeiter, welche sich mit 2000 M. pro Person als Geschäftsanteil beteiligen können. Dauernde Arbeit ist gesichert. Einkommen bis 4000 M. jährlich. Auskunft erteilt das Holzgeschäft Oberbaumstr. 5, von 2—3 od. abds. 8—9.

Lokal Hollmannstr. 33.

früher Fritz Puder, habe ich übernommen und wird nebst großem Vereinszimmer allen Genossen, Organisationen und Vereinen wieder empfohlen. Max Zühlke. 53565

Torpedo-Schreibmaschinen.

Modell 3, verkaufe ich zu billigem Preise mit voller Garantie, da Modell 4 herausgenommen. Vorführung kostenlos.

Franz Kaiser, Mohrenstraße 22/23.

Drei Tropfen



Kaol

100seige Metall-Politur machen das schmutzigste Metall spiegelblank

in Flaschen von 10 bis 50 Pfennig

Überall zu haben.

Fabr.: Lubezyaski & Co., Berlin NO.

Kaol

Geschenke



Ruhestuhl, Nidelservice, wie nebenstehend abgebildet, und viele andere anerkannt wertvolle Gegenstände erhalten Sie bei Benützung von **Flammers Seife und Flammers Seifenpulver**. Hunderttausende solcher Geschenke kamen bis jetzt zur Verteilung. Beide Waschmittel sind die denkbar besten, geben mühelos und ohne besonderes Bleichen schönste Wäsche, sie sind garantiert unschädlich, ausgiebig und billig im Preis. Sparfame, auf ihren Vorteil bedachte Hausfrauen verwenden nur noch



Flammers Seife u. Seifenpulver

Generalvertreter Emil Staaves, NW. 23, Bahnhof Tiergarten, Stahlfabrikweg 470/71, Fernsprecher: Amt II (West), Nr. 2876.

Engelhardt

Caramel-Bier

Alkoholfreies Spezialbier.

Ärztlich empfohlen für Nerven-, Blutschwächliche, nährnde Mütter etc. etc.

Preis pro Flasche 10 Pfg. Überall käuflich.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. A.-G.
BERLIN - PANKOW.
Größte Malzbrauerei Deutschlands.

Jeder Herr, welcher schön!

und elegant sich kleiden will, empfehlen wir große Kosten beste Monatsgarderobe. Unsere Sachen sind in feinsten Werkstätten (teils auf Seide) gearbeitet, von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebraucht. Für jede Figur (auch für den stärksten Herrn) haben wir passende Sachen auf Lager, sabelhaft billig. Außerdem

Herren-Paletots	8 12 14 18 W.	Gehrock-Anzüge	14 18 22 26 W.
Jackett-Anzüge	10 12 16 20 W.	Herren-Hosen	3 4 5-7 W.
Kost-Anzüge	12 16 18 20 W.	Jacketts, Fracks, Smoking's etc.	

J. WAND, Hauptgeschäft: **Gr. Frankfurter Str. 116,** an der Monats-Garderoben-Haus. II. Geschäft: **Chausseestr. 89.** 277/20*
III. Geschäft: **Brunnenstraße 179.**

Schneidermeister

KATZ

Dresdener Str. 76

Anzüge u. Paletots, welche wärd. d. still. Zeit im eigen. Betriebe angefertigt habe, werd. refluam. halber für 27 W. abgegeben. — Verfertigung nach Maß von in- u. ausländischen Stoffen. Garantie f. tadellosen Sitz und beste Verarbeitung. Auch auf Teilzahlung. Wochenrate von 1 W. an. — Kein Laden! Nahe dem Thalia-Theater.

Verkäufe.

Teppiche (fehlende) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhof, Große Frankfurterstraße 9. Reinreinigung, Wärmestärke 6 Prozent Extroradikal. Sonntags geöffnet. *

Teppichen billigt Fabrik Große Frankfurterstraße 9. Flureingang.

Gordinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 24918*

Handelshaus Streiber, Köftrier-Platz 7. Spotbilliger Bettensverkauf, Gardinenverkauf, Häscherverkauf, Warenverkauf, Defensivverkauf, Schmuckwaren, Goldschmuck, Silberwaren, verfallene Pländer. 24928*

Gastronen, 5 Tage Probefreierung! Tatsächlich ohne Anzahlung, wöchentlich 1.00 (bis Hundert Kaufsumme). Kleinenlager Louis Döbler (selbst), Betriebsleitung Vorzugenerstraße 20. (Hochbahn, Stadtbahn: Warshawerstraße). Filialen: Goldammerstraße 81, Niddor, Kaiser-Friedrichstraße 247. 1338*

Radfahrerkarten. Wir empfehlen den Freunden des Radsports: Mittelbros Karte für Rad- und Motorfahrer von Berlin und weiterer Umgebung, auf Reinen gezogen Preis 1.75 W. (zusammenlegbar). — Karte für Rad- und Motorfahrer von Brandenburg, auf Reinen gezogen und zusammenlegbar 2.50 W. Expedition des "Vorwärts", Lindenstraße 69, Laden.

Cartonartikel erhalten 5 Prozent Extroradikal selbst bei nachstehend angeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Dramenstraße 160, Dramenplatz.

Teppiche, farblichste, spotbillig.

Gardinen, Stores, Künstlergardinen, Reispantien für halben Wert.

Einferreite spotbillig.

Sofakofferte spotbillig.

Vorwärtsleiter, beachtet vorliegende 5 Anzeigen. 3072*

Schuhwaren. Elegante Damenstiefel, braun 7.50, schwarz 6.—, Kleinfußstiefel 33, Gungrodschuh.

Kinderwagen. Klappstuhlmöbel, herzförmig, spotbillig. Gregerstraße 19a, Vorderhaus II. Angenerstr. 465*

Anzugstoffe. Knabenanzüge 1.50, Herrenanzüge 9.50. Paletots 12.00. Tuchstoffe 1.50 an. Berufsleistung billig. Beschäftigung ohne Anzahlung. Direkter Verkauf am Privat. Aufschlüsselung Kostüberdamm 19/17. 7398*

Gasthofhaus !!! Geschlossener Pöschelgasthof 1.500. Bierlokalgasthof 1.000. Waschküchenschrank 1.00. Gasplatten! Gasbrenn 1.00. Bronze-gasthof! Gasungelampe! Geschloßverkauf! Spotbillig! Woblaue. Bahnerstraße 82. 7582*

Sozialreform oder Revolution, von Hosa Luxemburg. Neue durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Sitzstühle Röhrenstühle ohne Anzahlung, gebrauchte spotbillig. Stauberstraße 99, Warshawerstraße 67.

Verantwortlicher Redakteur **Richard Barth**, Berlin. Für den

Durch Rauch beschädigte Gardinen, Fenster 1.25, 1.45, 1.85, 2.45, 3.25, 4.50.

Tüllbettedecken 1.75, 1.95, 2.45, 3.25, 4.50, 5.50 etc.

Erdbüchereien 3.45, 4.65, 5.85, 6.50, 7.50 etc. E. Weisenberg's Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik, 2. Haus an der Kottbusstraße.

Durch Rauch beschädigte Tülldecken 0.95, 1.25, 1.85, 2.50, 3.25, 3.85, 4.50 etc.

Tüllbettedecken 4.25, 4.85, 5.25, 5.95.

Wohnt-Tüllbettedecken 6.25, 7.85, 8.50, 9.85, 11.50 etc.

Tuchportieren, komplette Gardinen, 3.25, 3.85, 4.50, 5.25, 5.75, 6.50 etc.

Blüschportieren, komplette Gardinen, 3.25, 3.85, 4.50, 5.25, 5.75, 6.50 etc.

Styppdecken, Simulirte, 3.25, 3.75, 4.50, 5.25, 6.25 etc.

Wiener Styppdecken, Pulver, 7.85, 8.50, 9.75, 11.25, 13.75, 15.50 bis 30 Mark.

Chaiselonguedecken, extra groß, 4.50, 5.75, 6.75, 7.50, 8.75, 9.50 etc. Große Frankfurterstraße 125.

Abfallteppiche 3.25, 3.85, 4.75, 5.25.

Berliner Blüschteppiche 6.85, 7.50, 8.75, 9.65, 11.25, 12.50 etc.

Gute Blüschteppiche 12.50, 14.50, 16.50, 18.50, 21.50 bis 60 Mark. Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik.

Käufer und Holzumreste zu Fabrikpreisen.

Sofarete, Wolle und Plüsch, zu Spottpreisen. Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 7818*

Prachtvolle Betten 4.50, daumige Baumrücken 8.00, Aussteuer, 3.90 Damastbetts, Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, weißschlief 16.50, große Laten 90 Pfennige, Baumrückenbett 25.00, Unterbett, zwei Kissen. Handliche, Prinzentrage 56. 55/15*

Teppiche! (fehlende) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Baum. Haderer Markt 4, Bahnhofstraße. (Fest des "Vorwärts" erhalten 5 Prozent Radikal!) Sonntags geöffnet!

Singer & 75.00, Raumann-Bobbin, Schneidmasch. Adler, auch ohne Anzahlung, 1.00 wöchentlich an. Anstatt 100 Mark erhält Käufer Provision. Vollkarte erwinnt Kaffee, Brunnenstraße 179, Wellenstraße 4, Chausseestraße 80, Döblerstraße 18, Frankfurterstraße 116, Dramenstr. 2a, Langenstraße 5, Frankfurter Allee 72, Charlottenburg, Scharenstraße 2, Rigdorf, Reuterstraße 56. 7738*

Weggehendes Milch, Kolonialwarengeschäft verkehrungshalber schnell veräußert Neu-Niedberg, Niddorstraße 2. 468

Zigarrengeschäft, fünf Jahre bestehend, wegen Krankheit sehr billig für jeden annehmbaren Preis zu verkaufen. Miete 58.00. Kopenhagenerstraße 17. 467

Schlosserei, Klempnerei wegen anderen Unternehmens zu verkaufen. Niddorstraße 12, Niddor. 467

Gemüsegeschäft sofort mit Hausverwaltung Niddorstraße 84.

Restaurant, sehr gutgehendes Geschäft, monatlicher Umsatz 36 Halbe Danks, Miete 1200.00, veränderungsbereit sofort oder später zu verkaufen. Behrens, Halle (Saale), Niddorstraße 2, Restaurant. 55/11

Edelkation, 30/, verkauft sofort billig Danzigerstraße 15. 475

Möbel.

Teppichhaus Möbelleinrichtung, Stube und Küche, 15 Mark. Verleihen gewesene Möbel spotbillig. Verailna, Kastanienallee 49. 3078*

Möbelleinrichtung, 49.00, Tischlermeister, gegründet 1901, Stallreiterstraße 57 (Niddorplatz), liefert komplette Wohnungseinrichtungen zu niedrigen Fabrikpreisen. Unveränderliche Leistungsfähigkeit. Unermessliche Zahlungserleichterung. Vorwärtsleiter 3 Prozent. Kein Laden, Verkauf Fabrikgebäude.

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe ich Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Ueberausstellung daher ausgeschlossen. Bei Arbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Mühe. Möbelgeschäft M. Goldschmid, Hofmeisterstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. Kein Anzahlungsgeschäft! 29018*

Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger als regulär. Ergänzungsmöbel. Büfette 120, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Truhen 30, Schränke, Verticos 26, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchenschrank, Kleiderkasten, Ledersofas, Umbau, Ledermöbel usw. spotbillig. Lemmer's Möbelfabrik, Lohringerstraße 55, Rosenhäger-Lor. Die Möbel sind in vier Etagen aufgestellt. 7542*

Gneisenaustr. 10, Ede Koffizier S. Grau, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. *

Beisitzern mit Kassa, Tisch, verkauft Möbel, Gröppelstraße 11, Niddor. 468

Mahagoni, nußbaum englische Betten, Truhen billig! Wellenstraße 10, Niddor. 47*

58 Ankleideräume! mahagoni, satin, nußbaum 54.—, mit und ohne Spiegel. N. Dirckow, Stallreiterstraße 25, an der Hochbahn. 7769

Widwelligkeiten! Wenig gebraucht, gutgehende Möbel, auch neue, sowie ganze Praxen zum Verkauf, einfache, elegante, beliebige gewaschen, verfallen, spotbillig. Kleinenlager, Lagerstraße, Neue Königstraße 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Nicht Teilzahlung) 278/19*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad einmal benutzt 35.00. Holz Blumenstraße 36 b. 16838*

Geschäftsfahrrad, äußere stabil, 50.00 an Holz, Blumenstraße 36 b. *

Herrenfahrräder, gebraucht, gutgehende, spotbillig, große Auswahl neue, Deutscher, Niddorstraße 6. 17008*

Teilsahlungen, Dreijährige Garantie. Spezial-Garantierab 55.00 Kasse. Invalidenstraße 20, Wilhelmshavenstraße 73. 7608*

Brennradfahrer unter günstigen Abzahlungsbedingungen Louis Barth, Niddorstraße 10a. 6698*

Elegantes Herrenfahrrad unerschütterlich. Braun, Kopenhagenerstraße 95. 473*

Brennradfahrer, Teilsahlungen ohne Anzahlung. Hehle, Danzigerstraße 95. 7728*

Musik.

Violinunterricht (neu, doppelt überdende Methode bis zur Vollendung) gibt erprobener Schüler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1.25 W., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des "Vorwärts". *

Verschiedenes.

Englischen Unterricht für Anfänger und Vorgeschr. Einzelstunden und im Zitel erteilt G. Smeintz, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. *

Kunsthandwerk von Frau Koloski Schladtemer, Kurstraße 8, III.

Verantwortlich Beisel, Niddorstraße 24.

Chausseur-Ausbildung, theoretisch und praktisch. Auto-, Flugzeugführer, Tages-, Abendkurse. Prospekt! Autotechnikum, Charlottenburg, Brückstraße 27 n. 4448

Geld auf Wohnungs-Einrichtungen, Pianinos, Bärenpöten, Automobils, anerkannt kilant, schnell. Lagerstraße, Neue Königstraße 5. (VII. 1987). 278/17*

Patentschutz, Erwinung, Bewertung, Ankauf, Modellbau. Praxis seit 1893. Schnell, anerkannt billig! Gebrauchsmuster für und fertig 10 Mark! Sprechzeit 9 bis 7, Sonntags 10 bis 2. Telefon 6a, 18981. Vereinigte Bureaus Friedrichstr. 230, II.

Nehme die Beleidigung gegen die Eheleute Köhn zurück. Frau Köhn, Döblerstraße 29. 4118

Platina, alle Goldschmuck, Druckgold, Silber, Gebisse, Krongold, Goldwaffen, sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände kaufte Goldschmelze Broß, Köpenickerstraße 29, Telefon IV, 6958. 7748*

Handwäscher. Wäsche wird schonend gewaschen, freies getrocknet, Leinwand, vier Handtücher, vier Lohschmüher, Laten 0.10. Kein Verkauf. Abteilung Freitag. Frau Köhn, Köpenick, Niddorstraße 9.

Knabenanzüge, Anfertigung aller Größe, Frau Becker, Bernauerstraße 22, II. 464*

Regelbahn sofort zu vergeben. Otto Reimoldorf, Berlinerstraße 113. *

Vermietungen.

Wohnungen.

Zwei-Zimmerwohnungen (sokort). Sonnenburgerstraße 27. 17406*

Zimmer.

Kleines möbliertes vermietet Frau Hoffmann, Engelstr. 20, Hof I. Inklusiv 15 Mark. 47

Gut möbliertes Zimmer für Herrn oder Dame bei Thormann, Brandenburgerstraße 22. 20038

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Geldschrankschloffer, tüchtiger, selbständiger Schrankbauer, verlangt Lindener, Gollnowstraße 43. 19575*

Steinmetz für Möbelschreiner verlangt Nanteuffelstraße 60. 55/12

Silberarbeiter verlangt Petersfeld, Döblerstraße 10. 17958*

Tüchtige Schmiedmeister auf edle, gelagerte Arbeit sofort in dauernde, lohnende Beschäftigung gesucht. Straußler Glasbläser u. G.

Lehrling, Buchbinder, Hand- und Buchvergold. Falz, Krausenstraße 31. 20708

Gelehrter verlangt Drucker, Stallreiterstraße 57. 20715

Tüchtige Barockvergoldner verlangt Goldschmied Reichensbergerstraße 88. 55/18

Wassermalerin, Lehrmädchen gegen Vergütung sucht Walter, Vorklagen, Niddorstraße 25. 466

Lehrmädchen aus achtbarer Familie zum sofortigen Eintritt bei monatlicher Vergütung gesucht. — Möbelschreiner nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes in der Personalverwaltung in der IV. Etage. H. Randorf u. Co., Wellenstraße 12. 7182*

Zu Arbeitswart durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung!

Holzarbeiter

Wegen Streit und Differenzen sind gelbvert:

Bautischerei Herzog, Stieglitz, Händlerstr. 52.

Möbelfabrik Wäcker in Darmstadt sowie die in Berlin und Umgebung befindlichen Bauten dieser Firma. Gleichzeitige eruchen wir die Kollegen aller Branchen der Holzindustrie das Vermittlungsbureau des gelben Handwerkersverbandes streng zu meiden.

Die Erziehung.

Inferatenteil verantwortl.: Th. Glöde, Berlin. Druck-Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Auf wiederholte Anfragen sowie für die Besucher der Friedhöfe in Ahrenstraße (Nieder-Damm) teilen wir mit, daß uns vorläufig nur die Lokale Heinrich Köber, am Bahnhofs- und Julius Schneider, am Ostfriedhof, zur Verfügung stehen. Alle anderen Lokale sind streng zu meiden.

Die Lokalkommission.

Zweiter Wahlkreis. Heute Dienstag findet die Fortsetzung der Vorträge des Genossen Gruenewald statt, und zwar bei Habel, Bergmannstr. 7/9. Anfang pünktlich 8 1/2 Uhr. Die Teilnehmer werden gebeten, pünktlich zu erscheinen. Legitimation mitbringen! Der Vorstand.

Mariendorf. Am Mittwoch, den 4. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Preuß, Anstaltenstraße, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: Die Bedeutung der Konsumgenossenschaftsbewegung für die arbeitende Bevölkerung. Referent: R. Barth-Berlin. Freie Aussprache. Die Parteigenossen werden ersucht, für diese Versammlung rege Propaganda zu machen.

Wilmann. Eine Herrenpartie in unseren Agitationsbezirk unternimmt am Himmelfahrtstage der Arbeiter-Gesangverein. Da die Artie zugleich der Agitation dienen soll, werden die Genossen ersucht, sich anzuschließen. Abfahrt 8 1/2 Uhr Bahnhofs Wilmann.

Potsdam. Die diesmonatliche Wahlvereinsversammlung fällt aus. — Der Wahlabend findet am Mittwoch, den 18. Mai, in den Bezirkslokalen statt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Baumblüte in Werder

hat in den letzten Tagen Zehntausende von Berliner Ausflüglern nach dem schönen Havelstädtchen gelockt. Gatte die Erde vorvoriger Woche herrschende kühle Witterung die Blüte auch etwas beeinträchtigt, so war doch ein Werderbesuch für den, der sich ihn leisten kann, noch lohnend genug. Natürlich darf man sich nicht darauf beschränken, etwa sofort einzufahren und von den verschiedensten Sorten Fruchtweinen zu kosten; wer das tut, hat wohl bald einen gehörigen Schaden sitzen, aber von der Baumblüte hat er vertuselt wenig gesehen. Man muß schon die Wege kennen, die durch die Blütenwälder führen, um auch einen wirklichen Genuß von einem Werderbesuch zu haben. Die mit Obst angebaute Fläche beträgt etwa 23 000 Morgen und wer den hinter der Bismarckhöhe gelegenen Salzenberg entlang geht, bekommt erst einen Begriff von dem Umfang der Obstanlagen Werders und seiner Umgebung. Auch die Höhen gewähren einen gewaltigen Fernblick. Jeder, der sich an dem Blütenzauber Werders erfreut, wird erstaunt sein darüber, daß der Brandenburger Sand noch eine solche Vegetation hervorbringt.

In den letzten Jahren hat die Fahrt zur Baumblüte nach Werder immer mehr zugenommen. Die Eisenbahnverwaltung muß Extrazüge einlegen, um alle Menschen zu befördern. Für die Geschäftswelt in Werder bedeutet dieser Massenbesuch einen wahren Goldregen. Natürlich fahren manche Gesellschaften nicht so sehr der Blüte halber als des Vergnügens wegen nach Werder. Und wer einmal beobachtet hat, in welcher Verfassung die meisten Werderbesucher wieder heimkehren, kann recht interessante Studien machen.

Wie blaues Blut entsteht.

Charakteristische Bilder aus dem Parastentum der Terrain-Spekulation zeigt ein Artikel in der Wochenschrift „Die Bauwelt“, aus dem man wieder einmal ersieht, wie kleine Schallenscheiter, wenn sie Glück haben und gerissen sind, Millionen einfaches können, um dann wurmförmige Adels-geschlechter aufzuspüren oder gar neue zu gründen. Damit erleidet auch die fromme alte Mär, daß man durch Fleiß und Sparsamkeit wohlhabend wird, einen argen Stoß, gleichzeitig lernt man auch den Prozeß kennen, wie durch Geld gemisches rotes Blut in edles blaues verwandelt wird. Der Schreiber des Artikels bekennt sich zu dem charakteristischen Ausdruck: „So wie sie (die Genannten) es hier (in Berlin) zu Geld gebracht haben und den Adel erlangten oder doch anstrebten, kaufen sie auf dem Lande Rittergüter, stiften Fideikomnisse und werden „Schloßgefißene“. Dafür, heißt es weiter, sei gerade die freiherrliche Familie von Griebenow typisch, der ein simpler Wüchsenmacher war und mit einer Bauern-tochter 300 Morgen wüsten Landes auf dem Wedding und ein Gehöft vor dem Schönhauser Tor erbat. Er wurde der erste wirkliche und großartige Terrainpekulant in Berlin, brachte es zu einem riesenvermögen, kam in den Adels- und seine Nachkommen sogar in den Freiherrnstand. Ähnlich ging es mit den Millionenbauern von Schöneberg/ Rette, Gewalt, Richnow und Beegemann. An Stelle des heutigen Jostyschen Cafés am Potsdamer Platz breitete sich 1825 noch eine grüne Wiese aus, deren Verlauf eine Ziege (N), ein Schnapskrüßstück und 25 Taler einbrachte. Später brachte der Platz Millionen und Adelsstiel den glücklichen Verkäufern.

Der Verfasser zählt nun eine ganze Reihe erlauchter Geschlechter auf, die durch solche Art-entweder gepfröpt oder neu entstanden sind, so daß man sich fragen muß, wo denn überhaupt noch der „Aradel“ sitzt. Und diese „Edlen“, die sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern und namenloses Elend verschuldeten, sind heute unentwegte Stützen von Thron und Altar.

Die Kieselsteindarbeiter der Stadt Berlin beschäftigten sich in den letzten Tagen in mehreren Versammlungen mit dem Resultat ihrer Lohnbewegung. Das Ergebnis ist, wie bei allen übrigen städtischen Arbeitern, die glatte Ablehnung aller Forderungen. In der Versammlung wurden besonders die Rechenkunststücke des Stadtkammerers Steininger einer Kritik unterzogen. Gatte doch der Herr Kammerer in der Stadtvorordnetenversammlung am 23. März frank und frei behauptet, der Jahresverdienst der Postleute sei im letzten Jahrzehnt von 1100 auf 1900 M. gestiegen. Diese Behauptung trägt den Stempel der Unwahrscheinlichkeit an der Stirn. Raum 600 M. beträgt das Durchschnittseinkommen dieser Arbeiter. Neben einem Deputat, das mit 300 M. genügend bewertet ist, erhalten die Arbeiter im Winter einen Tagelohn von 1,20 M., im Sommer 1,50 M. Die Sommerlöhne sind seit 20 Jahren nicht mehr erhöht worden. Es liegen Jahresrechnungen vor mit einer Einkommenssumme von 750 M. Ein Arbeiter, der einen großen Teil der Sonntage mitgearbeitet hat, kommt ausnahmsweise auf 650 M. Dabei sind die Klagen über mangelhaftes Deputat allgemein. So sind die Kartoffeln vielfach bezaht, daß sie nur als Viehfutter verwendet werden können. Als Brennholz gibt es eine fuhre Meißig, bestehend aus dem Wasserholz der Ostküste. Die Ausführungen des Kammerers wurden in den Versammlungen

durch diese Tatsachen ad absurdum geführt. Ähnlich schlecht liegen die Verhältnisse bei den Kieselsteinern. Diese Arbeiter erhalten für die 12stündige Schicht 2,75 M., nach 10 Jahren 3,25 M. Vergewaltigt man sich, daß die Vororte in ihren Verhältnissen, Wohnungsverhältnisse, Lebensmittelpreise, sich mehr und mehr Berlin nähern, so muß eine derartige Entlohnung als völlig unzureichend bezeichnet werden. Dabei sind die Kieselsteindarbeiter von den sogenannten Wohlfahrtsvereinigungen ausgeschlossen. Sie erhalten z. B. keinen Sommerurlaub. Es wird da gesagt, sie wären immer in „frischer Luft“. Diese Angaben sind unhalbar, pestilenzartig stinkt es beim Kieselstein der Feder. Mit der Auszahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld wird auch nicht nach Deputationsbeschlüssen gehandelt. Ein Administrator zählt aus, der andere verweigert, oder zählt erst nach langem Hinundherverhandeln. In den Versammlungen kam allerorts eine starke Empörung über diese Dinge zum Ausdruck. Einstimmig gelangte die nachstehende Resolution zur Annahme: „Die zahlreich versammelten Drainagearbeiter, Kieselsteindarbeiter, Arbeiterinnen und Arbeiter der städtischen Kieselgüter protestieren auf das schärfste gegen die Ablehnung ihrer bescheidenen Anträge auf Verbesserung ihrer Verhältnisse. Die Behauptungen des Herrn Stadtkammerers Steininger, das Einkommen der Postleute sei in 10 Jahren von 1100 auf 1900 M. gestiegen, sind völlig aus der Luft gegriffen. Festzustellen ist, daß ihr normales Einkommen nirgends 800 M. übersteigt, und daß in einigen Fällen seit 20 Jahren keine Erhöhung der Löhne erfolgt ist. Die Versammelten erwarten, daß bei der zum 1. Mai angefügten Lohnerhöhung das Personal der Kieselgüter in weitestem Maße berücksichtigt wird. In der Erkenntnis, daß die rückständige Lage der Kieselsteindarbeiter ihren Hauptgrund im Fernbleiben der Arbeiter von der Organisation hat, verpflichten sie sich, Mann für Mann dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter beizutreten und für dessen weitere Ausbreitung Sorge zu tragen.“

Das Gensendordenmal am Treffpunkt der Schönhauser Allee und der Weichenburger Straße, wo jetzt die Arbeiten zum Bau eines neuen Untergrundbahnhofs begonnen haben, hatte vor einer Reihe von Jahren bedenkliche Risse aufzuweisen, so daß der ziemlich große Sockel mit der sitzenden Figur Gensenders, des Erfinders der Lithographie, sich senkte. Es wird deshalb aus unserem Bezirk darauf aufmerksam gemacht, daß durch die unermesslichen Erschütterungen beim unterirdischen Bahnhofsbaue das schöne Denkmal abermals leiden könnte. Besondere Schutzmahregeln sind bis jetzt nicht getroffen. Das dürfte aber doch wohl nötig sein, da das Denkmal sogar innerhalb des Bauzaunes liegt.

Die Abholungen auf dem Gensender Platz sind eingestellt worden, nachdem wir gegen diese Rücksichtslosigkeit protestiert hatten. Die wenigen noch stehenden Bäume hat man zum Schutz mit Holzverschaltungen umkleidet. Dagegen ist die schöne Promenade der Schönhauser Allee vom Gensender Platz bis zur Wöhrter Straße vollständig wegeräumt. Auch nicht ein einziger Baum oder Strauch steht hier mehr. Öffentlich bleibt wenigstens der Promenadenweg hinter der Wöhrter Straße von einer gleichartig rücksichtslosen und wohl nicht unbedingt notwendiger Herfürsorge wut verschont.

Wie die Polizei berichtet.

Unter der Überschrift: „Eine Massenfestnahme von Hungrigen“ brachten wir in unserer Nummer vom 24. April eine Notiz, die sich auf den Polizeibericht stützte und knüpfte daran einige kritische Bemerkungen. Der Polizeibericht lautete wörtlich:

„Mittags gegen 1 Uhr betrat ein dreißig Männer den Hausflur des Nikolaus-Stifts, Vorkamerer Straße 43, und bettelten dort um Essen. Da sie sich durch ihr unerschämtes Wesen außerordentlich lästig machten, ließ die Oberin des Stifts einen Schuttmann rufen, der mit Unterstützung eines Kollegen vierundzwanzig von ihnen festnahm und sie zur Wache des 66. Polizeireviere führte. Zwei von ihnen konnten, da sie Wohnung haben, entlassen werden; die übrigen wurden dem Polizeipräsidium zugeführt.“

Wie aus einer Zuschrift der Oberin des Nikolaus-Stifts an uns hervorgeht, nimmt es der Polizeibericht mit der Wahrheit nicht genau. Die Oberin ersucht um folgende Berichtigung:

„Es ist nicht wahr, daß die Oberin des St. Nikolaus-Stifts einen Schuttmann rufen ließ; vielmehr wurde die Oberin seitens des zuständigen Polizeireviere an das Telefon gerufen und um Auskunft ersucht, aus welcher Veranlassung sie den Bettlern Mittagessen gebe. Auf die Erwidrerung, daß es aus Menschlichkeit und der als Ordensregel geltenden Uebung der Warmherzigkeit geschehe, wurde das Gespräch abgebrochen. Kurz darauf erschienen dann 2 Polizeibeamte, die sämtliche Personen zur Wache brachten. Die Mah-nahme der Polizei ist aber auf Verlangen von Anwohnern und nicht auf deren eigene Initiative und ebensowenig auf das Ansuchen der Oberin des St. Nikolausstifts erfolgt. Letzteres ist wohl schon deshalb ausgeschlossen, weil bereits den ganzen vergangenen Winter täglich circa 50 Personen mittags ihre warme Suppe erhielten. Im übrigen haben sich die Koffelbenden und Elenden, — abgesehen von wenigen Ausnahmen — nie durch unerschämtes Wesen lästig gemacht, sobald trotz der sehr beschränkten Mittel des Stifts an der täglichen Speisung der Armen nach Möglichkeit festgehalten wurde.“

Die vorstehend abgedruckte Zuschrift der Oberin des Nikolausstifts sagt so ziemlich das Gegenteil dessen, was die Polizei berichtet hat. Der Polizeibericht hat danach in den wesentlichsten Punkten die Unwahrheit behauptet. Unwahr ist die polizeiliche Behauptung, daß die Oberin die Polizei habe rufen lassen. Unwahr ist, daß die Leute gebettelt haben, denn wie die Oberin sagt, verteilt das Stift schon immer Essen an Hungrige. Unwahr ist nach dem Schreiben der Oberin die polizeiliche Behauptung, daß die Armen sich unverschämte benommen oder sich lästig gemacht hätten. Damit wird aber die polizeiliche Berichterstattung in einer so kraassen Weise beleuchtet, daß jeder weitere Kommentar nur als schwächend wirken würde.

Selbstverständlich trifft nach der oben wiedergegebenen Darlegung der Oberin des Nikolausstifts die letztere nicht der geringste Vorwurf, sondern ihre Hochherzigkeit soll gern anerkannt werden. Daß eine falsche Meinung entflohen konnte, ist lediglich Schuld der Polizei.

Soll das „warme Herz“ sich nicht mehr amüßeren dürfen?

Heber „moderne Armenfürsorge“ unterzieht man sich am Freitag im Erziehungs- und Fürsorgeverein für geistig zurückgebliebene Kinder“. Referent war Herr Dr. A. Vogt, der die von der „Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur“ eingerichtete Auskunftsstelle für Wohlfahrtspflege leitet und der Armendirektion Berlins als Bürgerdeputierter angehört. Vogt erörterte drei „Programm-punkte“, die er als wichtig bezeichnete: Die Hersteigerung einer engeren Beziehung zwischen den verschiedenen Wohlfahrts-einrichtungen und Fürsorgeeinrichtungen, eine sorgemäße Ausbildung von beruflichen Pflögern, ein einwandfreies Verfahren bei Beschaffung der Geldmittel. Seine Ausführungen über den dritten Punkt regten eine Diskussion an, weil er an die Ver-anstalter jener sojamm bekannten Wohltätigkeitsamüßments, ohne die angeblich das „warme Herz“ der Wohlhabenden sich die milden Spenden nicht abringen läßt, eine scharfe Wafage gerichtete hatte. Der genannte Erziehungs- und Fürsorgeverein gehört zu den wenigen Vereinigungen, die seitens mit diesen Geldmitteln der Geldbeschaffung gebrachen hatte. In der Diskussion wurde die Meinung ausgesprochen, daß wahrscheinlich in der

nächsten Zeit die Schwärmerei für Wohltätigkeitsfeste ohnedies nachlassen werde. Es wurde angedeutet, daß „an sehr hoher Stelle“ sich eine Abneigung gegen derartige Veranstaltungen bemerkbar gemacht habe. Hiermit sei zu erwarten und zu hoffen, daß ein von dort gegebener Wink seinen Einfluß auf die wohlhabenden Gesellschaftsklassen ausüben und zu einer Minderung der Wohltätigkeitsfeste führen werde. Man sieht, was alles der Mode unterworfen ist, und wie sie auch hier nach Wunsch wechselt, sobald tonangebende Persönlichkeiten merken lassen, daß die bisherige Mode ihnen zuwider geworden ist. Unter uns gesagt: es ist schmachvoll, daß es zu dieser Wandelung erst eines „Winkes von oben“ bedarf, schmachvoll, daß die besitzende Klasse nicht aus eigenem Antriebe längst davon zurückgekommen ist, für ihre Wohlthätigkeit ein Amüßment als Gegenleistung zu fordern. Warten wir übrigens ab, ob überhaupt wahr ist, daß „von oben gewinkt“ werden soll.

Eine Anbedeliche wurde auf dem Friedhofe der Dankes-Gemeinde zwischen den Gräbern gefunden. Die Leiche des Neugeborenen war in starkes Padpapier eingewickelt.

Die Nase abgeklippt hat in einem Streit in der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag in der Pankstraße ein Schlosser Eger dem Pankstr. 27 wohnenden Arbeiter Weigel. Eger hat auch mehrere andere Personen in der schlimmsten Weise attackiert. Er wurde verhaftet. Der schwerverletzte Weigel wurde zunächst nach der Unfallstation in der Bahnhofs- und von dort nach der königlichen Klinik in der Biegelstraße gebracht, wo ihm unter anderem eine künstliche Nase angelegt werden muß.

Arbeits- und Mittellosigkeit haben den 66 Jahre alten Arbeiter Martin Twarz, der als Junggeselle in der Wilhelmstr. 91 in Schlafstelle wohnte, in den Tod getrieben. Der Mann war längere Zeit in einer Anstalt für Teppichreinigung in der Wilhelmstr. 3b beschäftigt, mußte aber vor zwei Monaten wegen schlechten Geschäftsganges aufhören. Seitdem gelang es ihm nicht mehr, feste Arbeit zu bekommen. Um das Leben zu riskieren, half er bei Umzügen, verdiente aber nur sehr wenig. Wiederholt klagte er Berufsgenossen, daß er Schulden habe machen müssen und nicht mehr aus noch ein wisse. Es werde ihm nicht anderes übrig bleiben, als sich das Leben zu nehmen. Gestern morgen trank er sich Mut an, ging dann nach einem Heuboden in der Wilhelmstraße 3b und erhängte sich an einem Balken. Erst um 12 Uhr mittags fand ihn ein Stammann tot auf.

Auf die Wohnung gezeigt wurde am Sonnabendmorgen eine im Hause Salzwedeler Straße 7 wohnende Frau A., die dem Gewalt der Timme wegen Mietsrückständen exmittiert wurde. Frau A. war im hochschwangeren Zustande und mußte infolge der sich erhellenden Geburtswehen sofort mittels Wörsche nach der Charité gebracht werden, wo sie von einem toten Kinde entbunden wurde.

Große Empörung rief gestern vormittag die Behandlung eines Mannes durch einen Schuttmann Nr. 499 hervor. Ein etwa 65-jähriger anständig gekleideter Mann hatte sich in der Nähe des Büchlingplatzes am Friedrichshain auf einer Bank niedergelassen und beschäftigte niemand. Da trat der genannte Schuttmann hinzu, rief den Mann mit aller Gewalt von der Bank, so daß der so Behandelte zwei Meter entfernt hinfiel. Das Publikum war über diese Tat des Schuttmannes so empört, daß es seiner Ent-tüftung laut Ausdruck gab.

Mehrere Betriebsstörungen im Straßenbahnverkehr ereigneten sich am Sonnabend. An der Ecke der Haupt- und Tempelherrenstraße in Schöneberg entgleiste ein Motowagen der Linie I in der Kurve und sperrte die Gleise während der Zeit von 2,45 bis 3,10 Uhr nachmittags. — Eine fast halbstündige Störung wurde in der Köpenicker Straße durch einen umgestürzten Steinwagen verursacht, dem ein Rad gebrochen war. Das Hindernis wurde durch den Rettungswagen der Straßenbahn beseitigt. Während der Zeit von 4,50 bis 5,15 Uhr ruhten die Linien 19, 83, 87 und 88 in der Richtung nach dem Spittelmarkt über Wöhrter Bahnhof, Waldemar- und Adalbertstraße abgelenkt werden, während die nach dem Schlesischen Tor fahrenden Wagen Aufenthalt hatten. — Eine weitere Betriebsstörung, die sich auf die Zeit von 7,37 bis 8,06 Uhr abends erstreckte, fand in der Belle-Alliancestraße statt. Ein Wagen der Firma Wenzel, Solmsstraße 42, dem ein Hinterrad gebrochen war, sperrte das Gleis in der Richtung nach dem Halleschen Tor. Die Wagen der Linien 70, 73, 96E, und 99 wurden in der Kreuzbergstraße umgelegt und ebenso wie die Linien 34, 35, 39, 37 und 33 durch die Kapbach- und Jarckstraße umgeleitet.

Unter den Rädern des Automobils. Zwei schwere Automobil-unfälle haben sich gestern früh in der Wilhelmstraße und in der Friedrichstraße zugetragen. An der Ecke der Wilhelm- und Gedenmannstraße geriet der 29-jährige Mechaniker Willi Liebetrau aus der Reichsbergerstr. 43 unter die Räder eines Privatautomobils. Der Verunglückte erlitt einen Bruch des rechten Oberschenkels und erhebliche Kopfverwunden. Nachdem er auf der Unfallstation am Tempelhofer Ufer die erste Hilfe erhalten hatte, wurde er in bedenklichem Zustande nach dem Urbandkrankenhaus geschafft. — In der Friedrichstraße wurde der 53-jährige Kaufmann Otto Lerch aus der Landberger Straße von einer Autodroschke überfahren und am Kopfe erheblich verletzt. Lerch wurde auf der Unfallstation in der Kronenstraße verbunden und dann nach seiner Wohnung gebracht.

Geschlossene Krankenkasse. Die eingeschriebene Hilfskasse „Fortuna“, Kranken- und Versicherungs-Anstalt zu Rünchens, Kapuzinerstraße 31, ist von der Regierung von Oberbayern am 31. März 1910 geschlossen worden. (Diesige Vertreter waren Emil Willig, Kommandantentstfr. 5a, Robert Wolcke, Ebertstr. 23 und G. A. Kampmann, Steglitz, Schloßstr. 28.)

Die Gebühren für die Benutzung der Viegehefen für Schiff-sahrtzage an dem zum Rixdorfer Stadtgebiet gehörenden Teil des Mahdapsers sowie am Rixdorfer Kanal werden von heute, den 1. Mai, ab durch den Magistrat zu Rixdorf erhoben. Mit dem gleichen Zeitpunkte sind die polizeilichen Meldungen der Schiffer, die die Rixdorfer Löh- und Ladestellen benutzen wollen, im Polizeidienstgebäude zu Rixdorf, Kaiser-Friedrich-Straße 193/194, zu erstatten. Mit den Anmeldungen ist außer den üblichen Legitimationen die Anweisung des städtischen Kanalaußsehers über Verteilung einer Viegehefe vorzulegen. Die Zahlarten für die Reichskasse (Bundesratsbestimmungen vom 25. Juni 1908) werden in der Stadthauptkasse zu Rixdorf, Berliner Straße 62/63, wo selbst auch die Ufergebühren zu entrichten sind, entgegen-genommen werden.

Thalia-Theater. Die Direktion als Verfasserfirma meint's ja gut mit dem Publikum; und so beschränkte sie ihm gleich auf einen Dieb drei „Dittos“, d. h. soviel Gmaltersposten, die, ob zusammen-gehörig oder nicht, auf diesen Namen getauft sind. Das Mittel-stück, ein Vaudeville von Léon Kautzoff, war das Beste —, wenn es von Herrn Jean Kren nicht für sein Thalia-Theater verbeamtet worden wäre. Ein Pammellist, dahinter von der Donau her, hat der französischen Republik seinen ersten offiziellen Besuch gemacht. Mehr aber als Paris als Pfanzstätt europäischer Kultur inter-essieren den Keinen Thronensitzer die — Ballettatten der Großen Oper. Mit einer solchen, die ihm nachts ihre Aufmerksamkeit macht, besteht er seinen ersten Liebesroman. Ein artiges Langduett bildet den Schluß. Serenissimus kommt unter der belamten Notiz: daß „Wir“ nicht lieben, nur „wählen“ dürfen, billig weg. Die Französin ist nobel, denn sie nimmt nur einen wertlosen Ring zum Andenken an dies „königliche“ Abenteuerchen mit — nicht etwa auch noch die „türkische Rusli“ als unangenehme Dreingabe. „Otto der Zweite“ und „Otto der Dritte“ sind Berliner „Original“ posten aus der fleißigen Hausdichterverkstatt, d. h. zwei aus verschiedenen

Hölzern klebt und recht zusammengeleimte Sessel für den Käsegebrauch. Otto den Dritten läßt der Verfasser dann wirksam genug durch eine Parodie auf „Chanteclerc“ und — einen Apagantanz auslingen. Die Musik zu den von Alfred Schönfeld geleisteten Gesangstücken stammt diesmal nicht von Holländer, sondern von Jean Siefert. Dafür scheint er eigens „neu“ zu sein, wenn man die Motive von Humperdinck, Strauß, Brahms, Chopin u. a. in Abzug bringt; wenigstens klingt das Duett „Duff mein Mädel und lach dazu“ recht anheimelnd. Arnold Niek und Grete Ly (diese auch in einer Hosenrolle als König Otto II. von Preußen) offenbaren jeder für sich in drei verschiedenen Rollen ihre mimotechnische Verwandlungsfähigkeit und komische Begabung. Ilse Lorenz, Kurt Diers sowie das ganze Ensemble steuerten nach Möglichkeit zum guten Gelingen bei. Es ist also Aussicht, daß die drei Ottos auf ein Weilschen Kaiserhändigen Verfall finden.

Radrennen in Steglitz, 1. Mai. Die Rennen um das „Goldene Rad“ hatten auch in diesem Jahre dem Sportpark Steglitz eine große Anzahl von Besuchern zugeführt. Die vom besten Wetter begünstigten Rennen verliefen ohne jeden Unfall. Die Ergebnisse sind folgende: **Goldenes Rad** über eine Stunde. 900, 700, 600, 500 und 400 M. Dem Sieger eine Medaille im Werte von 200 M. 1. R. Scheuermann (Breslau) 75,480 Kilometer; 2. Herrm. Brähmbeil (Berlin) 75,230 Kilometer; 3. Schöu (München) 70,700 Kilometer; 4. Van Rel (Amsterdam) 69,200 Kilometer; 5. Ebert (Leipzig) 65 Kilometer. Schön führte bis zum 31. Kilometer, dann blieb er infolge eines Bruches seiner Sattelkeder zurück und mußte Scheuermann, dann auch Brähmbeil passieren lassen. Zwischen diesen beiden gab es einen harten Kampf; mehrmals war der Berliner seinem Gegner auf den Fersen, doch vermochte er nicht, ihn zu überholen; zuletzt kam Brähmbeil durch den Wechsel seiner Führungsmaschine noch mehr zurück, so daß er mit 300 Meter Rückstand als Zweiter endete. Van Rel und Ebert vermodeten sich nicht zur Geltung zu bringen. — **Goldenes Rad** (100 Kilometer) 2500, 1800, 1400, 1200, 1000 M. Dem Sieger eine Medaille im Werte von 500 M. 1. H. T. Heile (Berlin) 1 Stunde 19 Min. 8 1/2 Sek.; 2. Nat Butler (Cambridge) 790 Meter; 3. A. Schippe (Berlin) 630 Meter; 4. P. Guignard (Paris) 7500 Meter; 5. Th. Kohl (München) 9400 Meter zurück. Heile, der als Sechster abgefallen war, holte zusehends auf; er passierte seine Gegner und nahm in der 27. Runde die Spitze, die er bis zum Schluß erfolgreich verteidigte. Zwischen Butler und Schippe kam es zu einem Kampf um den zweiten Platz, den Schippe bis zum 60. Kilometer inne hatte, dann mußte er sich vor Butler beugen; beide endeten nicht weit hinter dem Sieger. Guignard, der mit einer noch nicht geheilten Kopfverletzung ins Rennen kam, endete weit zurück an vierter Stelle; den Schluß bildete der „Belmeister“ Kohl, der viermalige Sieger des Goldenen Rades, der von Anfang an immer mehr ins Hintertreffen geriet; doch muß man dem Münchener wenigstens die Anerkennung gönnen, daß er bis zum Schluß mithihrte und die Platte nicht ins Korn warf. — Einige Fliegerrennen waren dem Goldenen Rade vorangegangen, sie waren so angeordnet, daß die Sieger der Vorläufe an den späteren Rennen nicht teilnahmen. **Hauptfahren** 1000 Meter. 100, 75, 60 M. 1. Müdl, 2. Schürmann, 3. Stabe. — **Preis von Steglitz** 1000 Meter. 60, 50, 40 M. 1. Peter, 2. Wegener, 3. Hoffmann. — **Preis von Friedenau** 1000 Meter. 40, 30, 25 M. 1. Kubela, 2. Carapezzi, 3. Grohmann. — **Entschädigungsfahren** 1000 Meter. 25, 20, 15 M. 1. Kubel, 2. Kurzmeier, 3. Lehmer. — **Tandem-Prämienfahren** 8000 Meter. 120, 80, 60, 40 M. 1. Schwab, 2. Schürmann, 3. Müdl, 4. Wegener, 5. Peter, 6. Tadewald, 7. Lehmer. Zwei zur Verlosung gelangende Fahrräder fielen auf die Nummern 706 und 8210.

Die **Oeffentliche Leschale der Deutschen Gesellschaft für ethnische Kultur**, Kungestr. 25/27, ist im Monat April von 8240 Personen besucht worden. In der Leschale wurden außer Zeitungen und Zeitschriften 658 Bücher gelesen; nach Hause entliehen 2969 Bände, zusammen 3627, von denen 1002 wissenschaftlichen oder belehrenden Inhalts waren. Die Leschale ist werktäglich geöffnet von 12 bis 3 Uhr mittags, 6—10 Uhr abends, Sonntags von 1/2 10—1 Uhr und 5—10 Uhr.

Die **„Märkische Arbeiterschachvereinigung“** veranstaltet am Donnerstag, den 5. Mai (Himmelfahrtstag), einen Wettkampf der beiden Vereine „Vorwärts“ Brandenburg und „Vorwärts“ Potsdam gegen den „Berliner Arbeiterschachklub“ in Nowawes, im Lokal von Max Singer, Priesterstraße. Anfang vormittags 9 Uhr. Alle noch etwa existierenden Arbeiter-Schachvereine und alle Arbeiterschachspieler sind zu den, nach dem Wettkampf stattfindenden öffentlichen Schachspielen freundschaftlich eingeladen.

Bei der **Reifeprüfung** in der „Neuen Welt“, Hasenheide, sind folgende Gegenstände gefunden worden: Ein Herren- und ein Damenschirm, ein Notizzettel und ein Handschässel. Die Eigentümer können die Gegenstände bei Pohl, Raunigstraße 30, in Empfang nehmen.

Im **zoologischen Garten** ist ein seit dem Herbst dort befindlicher **Virchahn** gegenwärtig in voller Balz und zeigt, namentlich seit ihm zeitweilig eine Henne beigelegt ist, fast zu allen Tageszeiten seine eigenartigen Künste, so daß man das merkwürdige Rollen schon lange hört, bevor man das Gehege des Vogels in der Ischanerie, in der Nähe der Ramas, erreicht hat. Bekanntlich sind Virchahner in zoologischen Gärten recht selten anzutreffen, da sie sich nicht besonders gut in Gefangenschaft halten. An diesem ersten Sonntag im Monat Mai kostet der Eintritt nur 25 Pf.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Schwere **Brandwunden** erlitt am Sonntagmorgen die neunjährige Tochter Frida des Schuhmachers Steiner in der Wühlower Straße 10. Die Kleine kam mit ihrer Schürze der Gasflamme zu nahe, wodurch ihre Kleider in Brand gerieten. In ihrer Angst lief sie nach dem Fenster und rief um Hilfe. Hierbei legte sie auch die Gardinen in Brand, deren brennende Fäden auf den Rücken des Kindes fielen. Die anderen Geschwister waren nach der Stube geeilt, in der sich der Vater befand. Derselbe kam in die Küche, warf dem Kinde ein Tuch über und erlöste die Flamme. Dabei zog er sich gleichfalls Brandwunden an den Händen zu, die von den Samaritern der Feuerwehr verbunden wurden. Frida wies schwere Brandwunden im Rücken und am Kopfe auf und wurde in bedenklichen Zustände nach dem Krankenhaus gebracht.

Todessturz aus dem dritten Stockwerk. Einen schrecklichen Tod hat die 33 Jahre alte Ehefrau Pauline Brunner, Fietzenstr. 11, gefunden. Frau B. war seit vielen Monaten leidend und da sich ihr Zustand gar nicht bessern wollte, so sah sie den Entschluß, in den Tod zu gehen. Gestern mittag stürzte sie sich in der Abwesenheit des Mannes aus der im dritten Stockwerk belegenen Wohnung auf die Straße hinab. Mit zerschmetterten Gliedern blieb die Lebensmüde auf dem Bürgersteig liegen. Der Tod war auf der Stelle eingetreten.

Verloren wurde bei der im Hoppeschen Lokale stattgefundenen Reifeprüfung ein Herrenportemonnaie, enthaltend eine größere Summe Parteigelde. Da der Besitzer haßbar ist, so erlauben wir den Finder, das Geld in unserer Parteipostition, Redarstraße 2, abzugeben.

Wilmerdorf.

Der **Wahlverein** hielt am Dienstag seine Monatsversammlung im Gesellschaftsraum ab. Genosse Schröder hielt einen Vortrag über: Raigedanken. Unter Vereinsangelegenheiten wird beschlossen, gegen den Genossen Grünberg das Ausschlußverfahren zu beantragen. Als Bezirksführer werden die Genossen Hilbig und Krüger beauftragt. In die Expeditionskommission wird Genosse Penke gewählt.

Steglitz.

Ein **Kind** kroch gestern bei sich gestern in der Schloßstraße. Eine Frau mit fünf Kindern schliefte sich nur mühsam vorwärts. Ein Beamter schaffte Mutter und Kinder nach der Polizeiwache, wo sie in halb verhungertem Zustande anlangten. Es handelt sich um eine Arbeiterin Klara Abel, die von ihrem Wohnsitz in Müldersdorf mit ihren kleinen Kindern auf dem Wege nach Jossen begriffen war.

Schöneberg.

Ein **Kindersack** ist bei der Reifeprüfung gefunden worden; dasselbe kann von dem Genossen Hertz, Grünwalderstr. 30, abgeholt werden.

Charlottenburg.

Ein **Armband** und ein **Damengürtel** sind am Sonntag im Volkshaus gefunden und vom Genossen Reich, Cauertstr. 10, Seitenflügel 4 Treppen, in Verwahrung genommen worden.

Rummelsburg.

In der letzten **Gemeindevorstellung** erfolgte zunächst die Einführung der neu- wie wiedergewählten Gemeindevorsteher, darunter unsere Genossen Günther, John und Ritter. Gegen die Gültigkeit der Wahl des in der Stichwahl in der 2. Abteilung gewählten Grundbesitzerkandidaten Carlin war von drei Seiten Protest eingelegt worden. Auch gegen die Gültigkeit der Wahl des in der ersten Abteilung gewählten Direktors Dr. Friedmann lag ein Protest vor. Der Gemeindevorstand beantragte, die Wahl von Carlin für gültig zu erklären, da auch nach Berücksichtigung der erhobenen Protestgründe Carlin noch mit einer Stimme Mehrheit als gewählt zu betrachten sei. Da unser Genosse John in der Lage war, noch mit zwei weiteren Protestgründen aufwarten zu können, welche von der Gemeindevorstellung — wenn auch nach langem Sträuben — als stichhaltig anerkannt werden mußten, so wurde die Wahl des Herrn Carlin einstimmig für ungültig erklärt. Die Beschlusfassung über die Gültigkeit der Wahl des Direktors Dr. Friedmann, der seinen eigentlichen Wohnsitz in Berlin hat, wurde, da begründete Zweifel über einen angeblichen Wohnsitz des Genannten in hiesiger Gemeinde im Sinne der Landgemeindevorstellung vorgebracht wurden, ausgesetzt. Die Einführung des in der zweiten Abteilung in Vordagen in der Stichwahl gegen den Grundbesitzerkandidaten gewählten Oberlehrer Aigte konnte nicht erfolgen, da von der Schulbehörde die Erlaubnis zur Ausübung des Mandats noch nicht erteilt worden war. Wie aus der letzten Bürgervereinsversammlung hierzu berichtet wurde, ist diese Verzögerung darauf zurückzuführen, daß aus Grundbesitzerkreisen eine Denunziationschrift gegen die Wahl resp. Person des Oberlehrers Aigte beim Kultusminister betr. Verweigerung der Erlaubnis zur Ausübung des Mandats eingelaufen ist. Bei den vollzogenen Wahlen zu den einzelnen Deputationen und Verwaltungsausschüssen wurden unsere Vertreter mit Ausnahme im Kuratorium für die höheren Lehranstalten in sämtlichen Körperschaften gewählt. Einem Antrage des Gemeindevorstandes wurde hierauf zugestimmt, daß die vor drei Jahren beschlossene Errichtung einer Volksbibliothek wegen der jetzigen ungünstigen Finanzlage der Gemeinde für absehbare Zeit fallen gelassen wird. Dagegen sprachen und stimmten nur unsere Vertreter. Ebenso stimmte die bürgerliche Mehrheit dem Antrage des Gemeindevorstandes auf Erhöhung des Schulgeldes bei der launmännlichen Pflichtfortbildungsschule von bisher vierteljährlich 4 M. auf 5 M. zu. Unser Genosse Berger sprach gegen diese Erhöhung. In der folgenden nicht öffentlichen Sitzung wurde einem Vergleiche, welcher die Eigentumsverhältnisse zwischen hiesiger Gemeinde, der Stadt Berlin und dem Eisenbahnstaat an der unteren Hauptstraße am Markgrafenbäum (fog. Schappelpfad) regelt, die Zustimmung erteilt. Ein Antrag des Gemeindevorstandes, dem Fortschritt die Grundsteuer für die Zeit vom 1. November 1908 bis 31. März 1909 mit 2457,50 M. für den am 1. November 1908 nach Rummelsburg eingemeindeten Jagen 333, welchen die Stadt Berlin erworben hatte — der aber erst in diesem Jahre zur Auktion gekommen ist — aus Billigkeitsgründen zu erlassen, fand keine Mehrheit. Es wurde dann noch die Zustimmung erteilt, daß das an der Markt- und Hirscherberger Straße gelegene 233 Quadratrudd große Dreieckgrundstück zum Preise von 650 M. pro Rute an den Unternehmer Stuh verkauft werden kann. Eine frühere Sitzung hatte den Mindestpreis für dieses Grundstück auf 675 M. pro Rute festgesetzt.

Reinickendorf-Ost.

Gefunden wurde bei der Reifeprüfung im „Schönholzer Tivoli“ ein **Reiztragen**. Derselbe ist abzuholen bei Köhling, Provinzstraße 60.

Zegel.

Der **Berliner Jugendheim** hält heute Dienstag, den 3. Mai, abends 8 Uhr, im Lokale von Julius Klippenstein eine Mitgliederversammlung ab, in der Bericht und Abrechnung des Jugendauschusses, Jugendbewegung und Jugendheim, sowie Diskussion auf der Tagesordnung steht.

Friedrichsfelde.

Bei der **Reifeprüfung** am Abend in Eubes Lokal ist ein Ring gefunden worden. Abzuholen bei E. Oehfert, Pringens-Allee 12.

Potsdam.

Eine **rege Debatte** im Stadtparlament rief ein von elf Stadtverordneten eingebrachter Antrag hervor, für die erledigten fünf Stadtverordnetenmandate Ersatzwahlen vorzunehmen; vier davon hatten ihre Unterschrift schon vor der Verhandlung zurückgezogen. Die Stadtvv. Pauli (L) und Kemmer (lib.) führten zur Begründung aus, daß für drei Mandate die Wahl noch gar nicht zu Ende geführt sei, da die damals Gewählten die Wahl nicht angenommen haben; der vierte ist innerhalb der achtägigen Frist nach der Wahl verstorben. Der Magistrat sei geleglich verpflichtet, diese Wahlen zu Ende zu führen. Der Magistrat äußerte sich schriftlich, daß er die Ersatzwahlen ablehne, da sie erst im November vorgenommen werden könnten, was den Aufwand an Arbeit, die Unruhe und die Kosten nicht rechtfertige, stellt aber der Stadtverordnetenversammlung eine andere Beschlusfassung anheim. Bürgermeister Nadi führte aus, daß sowohl Magistrat, Stadtverordnetenversammlung oder Bezirksauswahl die Ergänzungswahlen beschließen könne; über die Rechtsfrage, ob die vorgeschriebenen Wahlen zu Ende geführt sind, könne man verschiedener Meinung sein. Als Vertreter der Mehrheit brachte Stadtv. Walter unverbürgt die Meinung derselben zum Ausdruck. In der Bürgerchaft sei keine Stimmung für eine Ersatzwahl; im übrigen hätten die Vereine, die früher sich mit warmem Interesse für die Wahlen hingegeben haben, jetzt kein Geld dazu. 55 Stadtverordnete seien auch genug. Stadtv. Hofmann fand sogar, daß der Geist der Städteordnung nicht will, daß immerzu in den Städten gewählt werden solle. Nachdem der Mehrheit dann noch entgegengehalten wurde, daß es unerhört sei, daß die Wahlen nicht stattfinden sollten, weil gewisse Vereinigungen dazu kein Geld haben, andererseits die Behandlung dieser Angelegenheit durch den Magistrat den Stadtverordneten die Schamröde ins Gesicht treiben müßte, wurde der Antrag auf Ersatzwahlen mit 39 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Rechtliche Ausführungen fanden bei den Bezirksvereinigern und den Mitgliedern des konservativen Neuen Wahlvereins, die dabei auch gleich mit dem Schlußantrag zur Hand waren, kein Gehör. Sie wollen keine Wahl und die Bürgerchaft muß sich fügen. Wann werden die Potsdamer endlich einmal diese selbstherrliche konservative Diktatur abschütteln.

Ein **neuer Reklametrakt**. Ein Potsdamer Gastwirt, der jetzt sein neues Geschäft übernommen hat, ist auf einen schlaun Reklametrakt verfallen, um seinem Lokal eine Anziehungskraft zu sichern. Wie er in einem in einer hiesigen Zeitung veröffentlichten Inserat bekannt gibt, hat er für seine Gäste das leibhaftige Möbel der russischen Gräfin Tarnowska ausgestellt, wofür er eine hiesige Verkäuferin, die der Tarnowska täuschend ähnlich sieht, gewonnen haben soll.

Jugendveranstaltungen.

Die **Freie Jugendorganisation Charlottenburg** veranstaltet am Sonntag, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Volkshauses, Rosenstr. 3, eine künstlerische **Jugendfeier**. Die Feste hält Schriftsteller Heinrich Schulz. Es wirken mit dem Streichquartett: Viktor Voril, Celso; Franz Hoffelder, Ferner Violinist: Max Robert, Violonist: Max Löwe, Organist: „Charlottenburger Liedertafel“ (N. d. A.-S.-S.). Nach dem Feste findet Tanz statt. Das Eintrittsgeld beträgt für Jugendliche unter 18 Jahren 10 Pf., für Erwachsene 30 Pf. Programm werden gratis abgegeben. Abendessen findet nicht statt. Billets sind zu haben im Volkshaus (Stehplätze) sowie beim Vorstehenden Paul Schiller, Rottdamer-Str. 38. Die erwachsene Arbeiterchaft wird gebeten, die Jugendlichen in den Werkstätten und Fabriken auf diese Veranstaltung hinzuweisen.

Vordagen-Rummelsburg-Stralau. Der Jugendausflug veranstaltet am Donnerstag, den 5. Mai (Himmelfahrtstag), einen Ausflug nach den Rummelsbergen. Abfahrt früh 1/2 8 Uhr vom Bahnhof Rummelsburg. Für Radfahrer bis 8 Uhr am Rummelsberg. Fahrzeit hin und zurück, mit Leberkejen 50 Pf. Um rege Beteiligung auch der Erwachsenen wird gebeten.

Vermischtes.

Im Rausche ermordet.

In **Bismarckhütte** (Ober-Schlesien) hatten am Sonntag drei Arbeiter den ganzen Nachmittag zusammen geschwitz und gerieten schließlich wegen der Zahlung einer Zech von 70 Pfennig mit einander in Streit. Auf dem Nachhausewege schlich einer der Beteiligten, der Arbeiter Lipoy, seinem Kneipplumpen Bungle nach und verlegte ihm im Hausflur seines Hauses einen Messerfluch. Der Strich ging dem Bungle in den Kopf und führte bereits nach zehn Minuten den Tod herbei. Der Attentäter wurde verhaftet.

Zwei Personen verbrannt.

Der **Schauplay** einer schweren Brandkatastrophe war in der Nacht zum 1. Mai die Ortschaft Veite in Dänemark. Während die Bewohner im Schlafe lagen, brach auf einem Gehöft Feuer aus, das mit großer Schnelligkeit um sich griff. Von den Bewohnern fanden zwei in den Flammen ihren Tod, eine dritte Person ist durch Brandwunden schwer verletzt worden. Das Gehöft ist vollständig niedergebrannt.

Eine Straußzüchterei in Italien.

Der Senator **Georgio Sonnino** hat auf seinem Gute Castelvichio in der Provinz Florenz den Versuch gemacht, den amerikanischen Strauß (Struthio rhio) zu akklimatisieren. Der Versuch scheint ausgezeichnet gelungen zu sein. Die Straußen legen 30 Eier im Jahr, deren jedes 800—1000 Gramm wiegt. Das Brutgeschäft besorgt das Männchen und die Brutzeit dauert annähernd 40 Tage. Die Tiere fressen alles, können bei jedem Wetter unter freiem Himmel leben und werden sehr schnell zahm. Außer den Eiern finden das Fleisch und auch die Federn Verwendung, die freilich nicht so wertvoll sind wie die des afrikanischen Straußes.

Kleine Notizen.

Seine **Vestebte** ermordet hat in Passenstein i. Bogtl. der aus Berlin kommende Geschäftsreisende Hubert Rihen. Rihen schmitt dem Mädchen mit einem Rasiermesser den Hals durch. Der Mörder wurde verhaftet.

Abgehört ist auf einer Hochgebirgstour in Steiermark der Tourist Karl Langer. Bei dem Sturze erlitt Langer so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb.

Starke Schneefälle wird aus Oesterreich gemeldet. Das gesamte Semmeringgebiet ist in eine tiefe Schneedecke gefüllt. Unter dem **Berndacht** der Altschneefleischung wurde in Rürnberg der hiesige Konsul Adolf Winkler, Inhaber einer Effekten- und Wechselbank, verhaftet.

Einer **verhängnisvollen Verwechslung** sind vier Kutscher eines Speditors in Schwientochowitz zum Opfer gefallen. Die Kutscher brachten Waren an den Konsumverein nach Schlesiengrube und fanden im Keller des Vereins eine mit Kafen gefüllte Meschbüchse. Sie aßen davon und gaben auch mehreren Kindern zu essen. Alle Personen, die von den Kafen gegessen hatten, erkrankten sofort unter Vergiftungserscheinungen. Der Kutscher Antoni war nach einigen Stunden eine Leiche und der Kutscher Hreda ringt mit dem Tode. Die harmlos aussehenden Kafen waren zur Vergiftung von Ratten bestimmt.

Mit der **Guillotine** hingerichtet wurde am Dienstag früh in Luzern der Raubmörder Matthias Ruff. Er hatte in der vorjährigen Weihnachtswoche den Pächter Wisang, dessen Frau und zwei Knechte in Rudwil bei Luzern ermordet und nach vollogemem Raube Scheune und Wohnhaus angezündet.

Berliner Arbeiter-Schachklub. Norden: Abt. I bei G. Schulz, Magstr. 13b, jeden Dienstag 1/2 9 Uhr; Abt. II bei W. Frisch, Drontheimer Straße 4, jeden Freitag 1/2 9 Uhr; Abt. III bei St. Bagara, Gaudystraße 3, jeden Freitag 1/2 9 Uhr; Abt. IV bei Böhrndorf, Udemstraße 28, jeden Sonntag 1/2 9 Uhr.

Wobbit! Abt. I bei Pielede, Zwingsstr. 25, jeden Donnerstag 1/2 9 Uhr. Abt. II bei Vanagret, Pustitzstr. 10, jeden Freitag 1/2 9 Uhr. Oben: bei W. Dohly, Rüdendorfer Str. 20, jeden Dienstag und Donnerstag 1/2 9 Uhr.

Siden: bei A. Uebelesken, Wasserstr. 8, jeden Dienstag 1/2 9 Uhr. Zentrum: bei Freiheit, Dragonerstr. 15, jeden Donnerstag 1/2 9 Uhr. **Nichtberg:** bei Dams, Alt-Vordagen 55, jeden Freitag 1/2 9 Uhr. **Hilberstr:** bei Stadmann, Reuterstr. 46, jeden Dienstag 1/2 9 Uhr. In allen Abteilungen Sonntags freier Schachvorlese.

Eingegangene Druckschriften.

Die soeben erschienene Nummer 10 des „**Postillon**“ enthält an Notizen und Illustrationen: Von unerer Sternwarte. — Die preussische Gubenburg. — Eine Geschäftsordnungsmahregelei in preussischen Verwaltungsstellen. — Auf warmem Wege. Um. Aus dem Letzte erwähnen wir: Die göttliche Weltordnung. — Empor die Fahne. — Das Heilium. — Zur Bauarbeiterausperrung. — Samuels 16. — In den Wahrgelungen der Stenographen in Sachsen. — Brief aus Berlin. — Aus dem preussischen Parlament. Um.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf.

Das **„Kampfb.“**, dem wissenschaftlichen Organ der überreichlichen Genossen, ist das 8. Heft des 3. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Karl Kemmer: Organisation der Welt. — Otto Bauer: Theorien über den Mehrwert. — Adolf Baum: Nationale oder internationale Genossenschaften? — Julius Deutsch: Vom Landesverein zum Reichsverband. — Josef Witzny: Die Lehren des Auslandes. — Eduard Anselme (Genf): Ein Brief. — S. Rajszal (Budapest): Die ungarischen Genossenschaften und die Nationalitäten. — August Guggler (Bern): Internationalität der Genossenschaften in der Schweiz. — Richard Boldt (Berlin): Das Kalkulationsproblem in der Großindustrie. — Engelbert Verneker (Jena): Kleine Erinnerungen. — Radja Straßer: Wandlung der Moralbegriffe. — Sächterhaus.

Universal-Bibliothek. 5184. **Alexandro Stradella.** Romantische Eper von H. Friedrich. — 5185. **Im Talle.** Schwank von R. Müller. Einzelheft 20 Pf. W. Reclam, Leipzig.

Geschichte des Deutschen Buchbinderverbandes. 1885—1910. I. Band. Bearbeitet von Emil Roth. 245 Seiten gebunden. Verlag: Deutscher Buchbinderverband, Berlin.

Ganze Menschen. Von G. Wolgast. Ein sozial-psychologischer Versuch. 2 B., geb. 3 M. Buchverlag der „Diffe“, Berlin-Schöneberg.

Kritischer Marktbericht der städtischen Buchhändler-Vereinigung über den Großhandel in den Zentral-Marktschulen. **Marktlage:** Preise: Aufzub. Markt, Geschäft schleppend, Preise für Oelen, Kalk- und Schmelzschmelz angehängt. **Bild:** Aufzub. sehr knapp, Geschäft still, Preise wenig verändert. **Gesllage:** Aufzub. ziemlich rege, Geschäft lebhaft, Preise gut. **Fische:** Aufzub. mäßig, Geschäft ziemlich rege, Preise wenig verändert. **Gutter und Röhre:** Geschäft ruhig, Preise unverändert. **Gemüse:** Ob- und Sächterfrüchte: Aufzub. zum Teil knapp, Geschäft anfangs still, später reger, Preise gedrückt.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.